

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Deutsche Einheit

Kerstin Brückweh

DAS VEREINTE DEUTSCHLAND
ALS ZEITHISTORISCHER
FORSCHUNGSGEGENSTAND

Steffen Mau

EINE SKIZZE ZUR OST-
DEUTSCHEN SOZIOPOLITIK

Edgar Wolfrum

ZUM ENDE DER „ALTEN“
BUNDESREPUBLIK

Henrik Scheller

GESCHICHTE UND
PERSPEKTIVEN DES
SOLIDARITÄTSZUSCHLAGS

Noa K. Ha

VIETDEUTSCHLAND
UND DIE REALITÄT
DER MIGRATION IM
VEREINTEN DEUTSCHLAND

Daniel Kubiak

DEUTSCH-DEUTSCHE
IDENTITÄTEN IN DER
NACHWENDEGENERATION

Karin Thomas · Rüdiger Thomas

FEHLWAHRNEHMUNGEN
IM DEUTSCHEN
VERSTÄNDIGUNGSPROZESS
AM BEISPIEL DER KUNST

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Deutsche Einheit

APuZ 28–29/2020

KERSTIN BRÜCKWEH

**DAS VEREINTE DEUTSCHLAND ALS ZEIT-
HISTORISCHER FORSCHUNGSGEGENSTAND**

Das vereinte Deutschland hat in der Geschichtswissenschaft eine Sonderstellung zwischen sozialwissenschaftlicher Begleitforschung, zeithistorischen Meistererzählungen, ostdeutschen Identitätsgeschichten, internationaler Transformationsforschung und politischen Diskussionen.

Seite 04–10

STEFFEN MAU

**EINE SKIZZE ZUR OSTDEUTSCHEN
SOZIOPOLITIK**

In dem Beitrag wird der Versuch unternommen, die erkennbaren Unwuchten in Ostdeutschland zu erklären. Im Zentrum stehen die schwierige Demokratisierung, die Blaupause West als Transformationsmodell, die sozialstrukturellen Mobilitätsblockaden und die Veränderungserschöpfung.

Seite 11–16

EDGAR WOLFRUM

ZUM ENDE DER „ALTEN“ BUNDESREPUBLIK

Die „alte“ Bundesrepublik war 1989 kein Provisorium mehr. Umso größer war dann der Wandel: Verabschiedet wurde Bonn, der alte Parteien- und der tradierte Sozialstaat, sogar die D-Mark. Das Land wurde souverän, doch der „Aufsteiger“ suchte seine neue Rolle in der Welt.

Seite 18–21

HENRIK SCHELLER

**GESCHICHTE UND PERSPEKTIVEN
DES SOLIDARITÄTSZUSCHLAGS**

Der Solidaritätszuschlag war nie nur eine steuerliche Ergänzungsabgabe, die einen Integrationsbeitrag zur deutschen Vereinigung leisten sollte. Vielmehr war er von Anbeginn auch Anstoß für Verteilungskonflikte – zwischen Steuerpflichtigen sowie Bund und Ländern.

Seite 22–28

NOA K. HA

**VIETDEUTSCHLAND UND DIE REALITÄT DER
MIGRATION IM VEREINTEM DEUTSCHLAND**

Auf zwei höchst unterschiedlichen Wegen kamen Menschen aus Vietnam in die Bundesrepublik und in die DDR. Nach dem Kalten Krieg hatte die Neuordnung der globalen Verhältnisse auch Auswirkungen auf die vietnamesische Diaspora im vereinten Deutschland.

Seite 30–34

DANIEL KUBIAK

**DEUTSCH-DEUTSCHE IDENTITÄTEN
IN DER NACHWENDEGENERATION**

Die Ost-West-Differenz ist für nach 1990 Geborene eine identitätsprägende Kategorie. Während sich junge Ostdeutsche in einigen Situationen selbst als Ostdeutsche identifizieren, bleiben junge Westdeutsche die unsichtbare Norm und reden über Ostdeutsche als die „Anderen“.

Seite 35–39

KARIN THOMAS · RÜDIGER THOMAS

**FEHLWAHRNEHMUNGEN IM
DEUTSCHEN VERSTÄNDIGUNGSPROZESS
AM BEISPIEL DER KUNST**

Im gesamtdeutschen Verständigungsprozess zeigen sich politische, gesellschaftliche und ideologische Wahrnehmungsblockaden, divergente Mentalitätsstrukturen, aber auch kulturelle Differenzierungen, die sich in noch immer abgrenzenden Bilderwelten manifestieren.

Seite 40–45

EDITORIAL

Drei Jahrzehnte sind seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten vergangen, und das vereinte Deutschland wird zu einem eigenen Kapitel in den Geschichtsbüchern. Der gesellschaftliche Aushandlungsprozess über die Frage, wie dieses Kapitel zu schreiben ist und von wem, hat im Vorfeld des Jubiläums Züge eines Deutungskampfes angenommen: In emotionalen Debatten werden die Folgen der seinerzeit so rasch vollzogenen staatlichen Einheit insbesondere für Ostdeutschland diskutiert, etwa mit Blick auf die Arbeit der Treuhandanstalt, die binnen kürzester Zeit Tausende DDR-Betriebe privatisierte, oder den umfassenden Austausch der DDR-Eliten durch Personal aus dem Westen. Damalige Fehler und Benachteiligungen wirken bis heute nach und verdecken bisweilen das, was erreicht worden ist.

Trotz aller Angleichungsfortschritte sind „Ost“ und „West“ in Deutschland nach wie vor relevante Kategorien. Erhebungen zu wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren wie Produktivität, Infrastrukturdichte, Einkommenshöhe, Vermögensverteilung oder demografische Struktur, aber auch das Wahlverhalten lassen den einstigen Grenzverlauf immer wieder sichtbar werden. Westdeutschland wird dabei meist als der „Normalfall“ gehandelt, an dem die Entwicklungen in Ostdeutschland gemessen werden, und „ostdeutsch“ somit häufig zur Markierung einer vermeintlich defizitären Andersartigkeit.

Seit 1990 hat sich Deutschland insgesamt verändert: Die „alte“ Bundesrepublik, das Bonner „Provisorium“, gibt es nicht mehr. International hat Deutschland deutlich an politischem Gewicht gewonnen, und die deutsche Gesellschaft ist heute vielfältiger als je zuvor. Drei Jahrzehnte nach dem Ende der deutschen Teilung ist es an der Zeit, sich von der Fiktion einer vollständigen kulturellen oder gesellschaftlichen „Einheit“ des Landes zu verabschieden und die „Deutsche Einheit“ größer zu denken als in zwei Himmelsrichtungen.

Anne-Sophie Friedel

DAS VEREINTE DEUTSCHLAND ALS ZEITHISTORISCHER FORSCHUNGSGEGENSTAND

Kerstin Brückweh

Nach einem klar definierten Forschungsbereich zum vereinten Deutschland sucht man auch nach drei Jahrzehnten Deutscher Einheit in der Geschichtswissenschaft vergeblich. *Erstens* ist es schlichtweg zu früh, denn die Zeitgeschichtsforschung hängt den Ereignissen prinzipiell hinterher. Es bedarf eines zeitlichen Abstands, um mit geschichtswissenschaftlichen Methoden die Vergangenheit zu betrachten. Viel früher haben sich die Sozialwissenschaften als gegenwartsnahe Disziplin diesem Untersuchungsfeld gewidmet. Aus ihren Studien und Daten, aber auch Erfolgen und Problemen können Zeithistoriker/innen Erkenntnisse und Quellen für eigene Analysen gewinnen. *Zweitens* waren in der Geschichtswissenschaft in den vergangenen Jahren eher globalgeschichtliche Themen in Mode. Sich mit Ostdeutschland zu beschäftigen, hafterte etwas Rückschrittliches oder gar Kleingeistiges an. Trotzdem gab es *drittens* jenseits der wissenschaftlichen Trends ein lebensgeschichtliches, gesellschaftliches und politisches Bedürfnis, sich mit dem vereinten Deutschland und somit auch mit Ostdeutschland zu beschäftigen. Daraus sind – plakativ formuliert – zum einen politikgeschichtliche Meistererzählungen, also große sinnstiftende Geschichten entstanden, die mit offiziellen Positionen eine gewisse Symbiose eingingen, wie sie etwa beim Reden und Feiern „der“ Wiedervereinigung und „der“ Deutschen Einheit deutlich werden. Zentral ist in diesen Erzählungen der alles in allem positiv gewertete Übergang von der Diktatur zur Demokratie und von der Plan- zur Marktwirtschaft. Zum anderen sind aus verschiedenen persönlichen und politischen Richtungen identitätsstiftende ostdeutsche Gegenerzählungen entstanden, und „der Groll bei den tatsächlichen und vermeintlichen Verlierern“⁰¹ ist mittlerweile deutlich zutage getreten.

Innovative zeitgeschichtliche Forschung zu 1989 findet derweil anderswo statt. Dazu hat sich ein lebendiges internationales Forschungsfeld entwickelt, in dem (Ost-)Deutschland aber der Sonderfall bleibt. Denn Ostdeutschland nimmt in den zeithistorischen Forschungen eine eigentümliche Sandwich-Position ein: nicht östlich genug für die Forschungen zu Ostmitteleuropa und nicht westlich genug für die Forschungen zur alten Bundesrepublik. Und jenseits der Forschung vergleichen sich auch viele Ostdeutsche weniger mit polnischen oder tschechischen Nachbar/innen als mit bayerischen und hessischen. Das Politische der Zeitgeschichte könnte sichtbarer kaum sein.

EREIGNISSE BEGLEITEND: SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNG

Von einem „forschungspragmatischen Glücksfall, der vor unseren Augen ein ‚natürliches Experiment‘ von Dimensionen ablaufen lässt, die unter ‚Laborbedingungen‘ auch nicht annähernd zu reproduzieren wären,“ schwärmte der Soziologe Claus Offe 1991.⁰² Ähnlich äußerten sich damals auch andere: Gesellschaftsforschung zu naturwissenschaftlichen Bedingungen – so lässt sich die Euphorie zusammenfassen. Aber aus der westdeutschen Ferne ließ sich die Situation anders bewerten als in Ostdeutschland, wo man zwar die Begeisterung teilte, aber zugleich einen westdeutschen Import befürchtete.⁰³ Die Karriereewege der Forschenden in Ost und West, die Neuordnung ostdeutscher Institutionen und die Geschichte der Theorien und Methoden der Sozialwissenschaften, unter die hier das weite Feld von der Politik- über die Wirtschaftswissenschaft bis zur Soziologie gefasst wird, sind seit 1989/90 mit all ihren Machtverhältnissen untrennbar ver-

bunden. Das hatte gleichsam Auswirkungen auf persönliche Karrieren, die Forschungslandschaft und Erklärungsansätze.⁰⁴

Inhaltlich standen ost- und westdeutsche Sozialforscher/innen vor ähnlichen Problemen: Weder hier noch dort war man in der Lage gewesen, den Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Ostmitteleuropa vorauszusagen. Es existierte weder ein passender Begriff noch eine Theorie zur Transformation, die nach 1989 helfen, das Phänomen zu erklären.⁰⁵ Im Jahr 2000 bilanzierte Stephan Weingarz, dass einzelne ältere Theorieansätze wie die Systemtheorie und aktorsorientierte Ansätze bei der Erklärung geholfen hätten, eine weiterführende transformationsspezifische Theoriebildung aber noch ausstehe. Generell war sein Resümee ernüchternd: Es sei den deutschen Sozialwissenschaften in den 1990er Jahren nicht gelungen, mit Blick auf das vereinte Deutschland „einen geschlossenen Forschungsbereich mit einem klar definierten Forschungsziel, spezifischen Fragestellungen sowie bestimmten sozialwissenschaftlichen Instrumentarien zu entwickeln“.⁰⁶

Verbindet man diese Bewertung mit den vier Phasen sozialwissenschaftlicher Erforschung des vereinten Deutschland, die der Soziologe Raj Kollmorgen gut zehn Jahre später herausgearbeitet hat, so wird deutlich, wie stark wissenschaftliche Neugier, (politische) Forschungsförderung und der Umbau der ostdeutschen Institutionen die Forschung beeinflusst haben. Nach einer kurzen unkonventionellen gemeinsamen *Aufbruchs-*

phase von 1989 bis 1991 folgte bis 1996 eine *Phase des systematischen institutionellen Aufbaus* der sogenannten Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung. Hier ist besonders die Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) erwähnenswert, die zwischen 1991 und 1996 eine Vielzahl von Daten sammelte und Forschung förderte. Kennzeichnend für diese zweite Phase war die Orientierung an altbekannten („westlichen“) Theorien in inhaltlicher und theoretischer Hinsicht bei gleichzeitigem Umbau der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft. Da die Vereinigung in dieser Zeit zu *dem* gegenwartsdiagnostischen Forschungsthema wurde, standen hier besonders viele Drittmittel zur Verfügung.⁰⁷ So gründeten von Umstrukturierungen und Arbeitslosigkeit betroffene ostdeutsche Wissenschaftler/innen freie Forschungsinstitute. Zugleich bewarben sich auch westdeutsche Wissenschaftler/innen um die Forschungsgelder. Wissenschaftsgeschichtlich sind hier die Machtstrukturen des Wissenschaftssystems von großer Bedeutung und bei Weitem noch nicht erforscht. Vertraut man den Eindrücken der damaligen Akteure selbst, so ergibt sich folgendes Bild: „Gefragt wurde (...) praktisch nur nach dem, was im Osten aus westlicher Perspektive von Interesse war.“⁰⁸

Die folgenden Jahre von 1996 bis 2001 bezeichnet Kollmorgen als *Phase der Normalisierung*, in der alle großen Förderprogramme ausliefen und sich viele Forschende wieder anderen Themen widmeten. Gleichzeitig entstanden neue öffentlich finanzierte Forschungsinstitute. Von den freien ostdeutschen Instituten konnte sich langfristig das im März 1990 gegründete Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien halten.⁰⁹

Die vierte Phase ab etwa 2000, die Kollmorgen als *institutionelles Rearrangement* bezeichnet und über den Zeitpunkt der Veröffentlichung seines Aufsatzes 2011 hinausgeht, war vor allem

01 Christoph Kleßmann, „Deutschland einig Vaterland“?

Politische und gesellschaftliche Verwerfungen im Prozess der deutschen Vereinigung, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 1/2009, S. 85–104.

02 Claus Offe, Die deutsche Vereinigung als „natürliches Experiment“, in: Bernd Giesen/Claus Leggewie (Hrsg.), *Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch*, Berlin 1991, S. 77–86.

03 Vgl. Dieter Segert, Die langen Schatten der Vergangenheit. Warum es in der DDR keine Politologie gab, in: ebd., S. 111–122, hier S. 111.

04 Vgl. Kerstin Brückweh, *The History of Knowledge: An Indispensable Perspective for Contemporary History*, 4. 12. 2017, <https://historyofknowledge.net/2017/12/04/the-history-of-knowledge-an-indispensable-perspective-for-contemporary-history>.

05 Zur Einführung vgl. Raj Kollmorgen/Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Wagoner (Hrsg.), *Handbuch Transformationsforschung*, Wiesbaden 2015.

06 Stephan Weingarz, *Laboratorium Deutschland? Der ostdeutsche Transformationsprozess als Herausforderung für die deutschen Sozialwissenschaften*, Münster u. a. 2003, S. 364.

07 Vgl. Raj Kollmorgen, Zwischen „nachholender Modernisierung“ und ostdeutschem „Avantgardismus“. Ostdeutschland und deutsche Einheit im Diskurs der Sozialwissenschaften, in: ders./Frank Thomas Koch/Hans-Liudger Dienel (Hrsg.), *Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen*, Wiesbaden 2011, S. 27–65, hier S. 39.

08 Burkart Lutz, Einleitung, in: ders. et al. (Hrsg.), *Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe, Berichte der KSPW 1*, Opladen 1996, S. 1–16, hier S. 1 f.

09 Siehe www.biss-online.de.

durch den in Halle und Jena angesiedelten Sonderforschungsbereich 580 „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch – Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung“ geprägt. Während dort zunächst davon ausgegangen worden war, dass es zu einer schnellen Angleichung der Verhältnisse durch eine nachholende Modernisierung kommen würde, wurde der Blick in der späten Förderphase stärker auf eigenständige Entwicklungen in Ostdeutschland gelenkt. In dieser Hinsicht war auch ein von 2007 bis 2011 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderter Projektverbund bemerkenswert, der im Dialog von Wissenschaft, Kunst und Alltag das Überleben im Umbruch am Beispiel der brandenburgischen Stadt Wittenberge untersuchte.¹⁰ Es stellte weniger große Strukturen, sondern vielmehr alltägliche Strategien ins Zentrum. Damit wurde an ein grundlegendes Problem angeknüpft: die fehlende Verbindung der Mikro- und Makroebene, also der Alltags- und Erfahrungsebene einerseits und der Ebene der großen Strukturen und des institutionellen Wandels andererseits.

Etwa zur gleichen Zeit begann eine jüngere Generation von Sozialwissenschaftler/innen die Bedeutung ihrer Alterskohorte zu betonen. In ihren Veröffentlichungen zeigt sich die Nähe zur „3ten Generation Ostdeutschland“, einem Netzwerk sogenannter Wendekinder, die zwischen 1975 und 1985 in der DDR geboren wurden. Als Anlass für die Gründung dieses Netzwerks wird unter anderem auf die Feierlichkeiten zum 20-jährigen Jubiläum der Wiedervereinigung verwiesen, bei denen sie sich durch die „betagte[n] westdeutsche[n] Herren“ und ihre Interpretationen der Geschichte nicht oder falsch vertreten sahen.¹¹ Das ist als gesellschaftliches und politisches Phänomen interessant, weil es auf die mangelnde Verknüpfung der Analysen auf der Erfahrungsebene und der Systemebene basierte.¹²

10 Vgl. Heinz Bude/Thomas Medicus/Andreas Willisch (Hrsg.), *Überleben im Umbruch. Am Beispiel Wittenberge. Ansichten einer fragmentierten Gesellschaft*, Hamburg 2011.

11 Vgl. Die Buchankündigung von Adriana Lettrari/Christian Nestler/Nadja Troi-Boeck (Hrsg.), *Die Generation der Wendekinder. Elaboration eines Forschungsfeldes*, Wiesbaden 2016 unter <http://netzwerk.dritte-generation-ost.de/sammelband-die-generation-der-wendekinder-elaboration-eines-forschungsfeldes>.

12 Diese Dissonanz wurde bereits benannt von Renate Mayntz, *Die deutsche Vereinigung als Prüfstein für die Leistungsfähigkeit der Sozialwissenschaften*, in: *Biss Public* 13/1994, S. 21–24, hier S. 23.

Um die Transformationszeit erklären zu können, müssen die Makro- und die Mikroebene enger miteinander verbunden werden – das ist ein Ergebnis der sozialwissenschaftlichen Forschungen, die aufgrund ihrer gegenwartsnahen Forschungsgegenstände viel stärker als die Geschichtswissenschaft mit theoretischen Konstrukten arbeitet. Das zweite wichtige Produkt ist der immense Umfang an Forschungsdaten, den die sozialwissenschaftliche Forschung erhoben hat.¹³

RÜCKBLICKE: MEISTERERZÄHLUNGEN UND IDENTITÄTSDISKURSE

Zeithistoriker/innen waren in den 1990er Jahren zunächst weniger mit dem vereinten Deutschland als mit der Erklärung der DDR beschäftigt. Eine Fülle an Akten, die durch das Ende der DDR viel früher als bei den üblichen Archivsperrfristen zur Verfügung standen, schufen auch hier ein Forschungsparadies. Diskussionen darüber, mit welchen Ansätzen man die DDR untersuchen könne und ob es Grenzen der Diktatur gab, prägten die 1990er Jahre.¹⁴ Das bestimmte auch die ersten Veröffentlichungen zum vereinten Deutschland, weil man sich damit Erklärungen für den Zustand der sogenannten inneren Einheit erhoffte.¹⁵ Weitere Bücher von Historikern zur Geschichte des vereinten Deutschlands erschienen erst ab Ende der 2000er Jahre. Dabei handelt es sich vorrangig um politikgeschichtliche Darstellungen, die den Ablauf des Einigungsprozesses beschreiben – also um Geschichten von oben.¹⁶ Sie kennzeichnet zumeist, dass sie Ostdeutschland nicht zuerst für sich betrachten und analysieren, sondern die alte Bundesrepublik als Referenzrahmen nehmen. Das ist einerseits verständlich, sollte es doch um das vereinte Deutschland gehen, andererseits ergab sich gerade daraus die schon aus den Sozialwissenschaften

13 Vgl. dazu auch Weingarz (Anm. 6), S. 365.

14 Vgl. Richard Bessel/Ralph Jessen (Hrsg.), *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*, Göttingen 1996. Für einen Überblick vgl. Frank Bösch, *Geteilt und verbunden. Perspektiven auf die deutsche Geschichte seit den 1970er Jahren*, in: ders. (Hrsg.), *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*, Göttingen 2015, S. 7–37.

15 Vgl. Gerhard A. Ritter, *Über Deutschland: Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte*, München 1998.

16 Vgl. Andreas Rödter, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009; Manfred Görtemaker, *Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung*, Berlin 2009.

bekannte Schiefelage: Die Bundesrepublik wurde auch von Historikern als Maßstab gesetzt. Symptomatisch war wohl, dass Hans-Ulrich Wehler als Doyen der bundesdeutschen Gesellschaftsgeschichte 2008 vom „Intermezzo der ostdeutschen Satrapie“ schrieb, die in seinem Werk nicht durch eine ausführliche Analyse aufgewertet werden müsse.¹⁷ Die Debatte, die sich darüber entfachte,¹⁸ sagte nicht nur etwas über die DDR, sondern auch über das Deutschland von 2008 aus und trug nicht dazu bei, Ostdeutschland zu einem gleichberechtigten Teil der deutschen Geschichte werden zu lassen. Zwar bemühten sich andere Historiker um eine differenziertere Analyse, dennoch blieben sie ihren etablierten Interpretations- und Referenzrahmen treu und versuchten, Ostdeutschland in diese einzuschreiben: Zentral waren die alte Bundesrepublik,¹⁹ die Geschichte des Westens²⁰ oder die (west)europäische Geschichte.²¹

Aus diesen Publikationen, auch wenn sie kritische Perspektiven bieten, ist alles in allem der Eindruck einer politischen und wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte entstanden; die Geschichte einer Nation, die den Weg von der Diktatur in die Demokratie und von der Plan- in die Marktwirtschaft geschafft hat. Dieser Eindruck hat sich auch deshalb verfestigt, weil die politischen Akteure der Berliner Republik selbst, etwa bei Jahrestagen, auf positive Erzählungen Bezug nehmen oder einzelne Historiker/innen sich selbst klar in parteipolitischer Richtung positionieren. Die bisher genannten Titel sind besonders stark in der Öffentlichkeit präsent, von Verlagen beworben und im Feuilleton besprochen. Das ist vermutlich auch deshalb der Fall, weil sie dem Bedürfnis nach großen Narrativen, nach Meistererzählungen entgegenkommen. Diese sollen Sinn stiften und im Fall des vereinten Deutschland auch eine gesamtdeutsche Erzählung bieten.

Die deutlichste Gegenerzählung hat bisher Ilko-Sascha Kowalczyk geschrieben. Er bietet, gerahmt durch seine persönliche Geschichte, das Motiv der Übernahme des Ostens durch den Westen als Gegennarrativ an. Andere ostdeutsche Akteure nehmen die bereits in den 1990er Jahren verbreitete These von der „Kolonisierung Ostdeutschlands“ wieder auf.²² Beides hilft für die Zuspitzung des Narrativs, aber nicht für die gegenseitige Verständigung. Wie schon bei den Sozialwissenschaften geht es auch um Machtfragen, den Umbau der DDR-Forschungsinstitutionen und den Verlauf persönlicher Karrieren. Letztlich ist es auch hier an der Zeit, genauer zu erforschen, wie die Abwicklungen von ostdeutschen Historiker/innen vollzogen wurden. Eine Wissens- und Wissenschaftsgeschichte ist zentral, um die Einzelerzählungen zu verbinden, zu kontextualisieren und auf eine empirische Basis zu stellen.²³ Dafür müssten auch die Aufarbeitungslandschaft und Geschichtspolitik in den Blick genommen werden.²⁴

Dass Machtstrukturen und das (west)deutsche Wissenschaftssystem eine eigene Rolle spielen, lässt sich auch an Philipp Thers „Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent“ illustrieren. Der 2014 erschienene Band ist ebenfalls ein Überblickswerk, eine Geschichte von oben, die aber einen anderen Referenzrahmen für Ostdeutschland bietet, nämlich die ostmitteleuropäischen Länder und ihren Weg in den Neoliberalismus. Dieses Buch hat weitere Forschungen angeregt und ordnet sich in eine lebendige ostmitteleuropäische Forschung ein, bei der Ostdeutschland eine Randposition einnimmt: einerseits aufgrund der Sonderrolle durch die Wiedervereinigung, andererseits weil Lehrstühle in Deutschland klaren Strukturen folgen und die osteuropäische Geschichte in dieser Ordnung nicht zur deutschen Geschichte gehört. Die Situation scheint verfahren

17 Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München 2008, S. XVf.

18 Vgl. Patrick Bahners/Alexander Cammann (Hrsg.), *Bundesrepublik und DDR. Die Debatte um Hans-Ulrich Wehlers „Deutsche Gesellschaftsgeschichte“*, München 2009.

19 Vgl. jüngst Edgar Wolfrum, *Der Aufsteiger. Eine Geschichte Deutschlands von 1990 bis heute*, Stuttgart 2020 sowie zuvor z. B. Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014.

20 Vgl. Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens. Die Zeit der Gegenwart*, München 2015.

21 Vgl. Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012.

22 So etwa mit der Tagung „Kolonie Ost? Aspekte von ‚Kolonialisierung‘ in Ostdeutschland seit 1990“ in Dresden und Hoyerswerda vom 3. bis 5. April 2019.

23 Sie ist noch am Anfang, vgl. z. B. die Tagung „Hochschulumbau Ost. Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive“ an der Universität Leipzig am 13./14. April 2018 sowie das von 2019 bis 2022 laufende Forschungsprojekt „Die Transformation der ostdeutschen Hochschulen in den 1980/90er Jahren. Potsdam in vergleichender Perspektive“ der Universität Potsdam.

24 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, *Zur Gegenwart der DDR-Geschichte. Ein Essay*, 18. 3. 2019, www.zeitgeschichte-online.de/themen/zur-gegenwart-der-ddr-geschichte.

ren, aber ist nicht aussichtslos. An dieser Stelle bleibt zunächst festzuhalten, dass die als westdeutsch gelabelten Erfolgsgeschichten für viele Ostdeutsche kein Dach bieten. Die ostdeutsche Wirklichkeit verlangt ein genaues Hinsehen und Differenzieren.

Der Sozialwissenschaftler und Publizist Thomas Ahbe kam 2019 zu einem ähnlichen Resultat, indem er auf jene drei Viertel der DDR-Bevölkerung verwies, „die nicht zu den unterschiedlichen Gegner/-innen des DDR-Systems zählten (...), sich eben nicht einfach als Opfer eines Unrechtsregimes fühlten“ und für die die Groß-erzählungen deshalb nicht passen.²⁵ Zeitzeugenschaft wird an dieser Stelle gleichermaßen wichtig und schwierig, weil die Erinnerung von heute nicht gleichzusetzen ist mit der Geschichte von damals. Und doch ist diese „Mehrheit der Gesellschaft“ bisher vernachlässigt worden. In die Lücke, die die großen Erzählungen hinterlassen haben, sind derweil andere Deutungsangebote getreten, die wie die Meistererzählungen relativ laut zu hören sind: Sie können als identitätsstiftende Erzählungen bezeichnet werden, die ein ostdeutsches Bewusstsein ins Zentrum stellen und zugleich zeigen, dass es „die“ Ostdeutschen nicht gibt.²⁶ Auch hier hat sich zuletzt eine jüngere Generation aufgemacht, sich über ihre ostdeutsche Herkunft und Erfahrung zu definieren, und auch hier gibt es große Unterschiede in der Qualität der Analyse. Schwierig wird es für die zeithistorische Forschung dann, wenn eine Berechtigung dafür, über Ostdeutschland forschen zu dürfen, aus der eigenen ostdeutschen Biografie abgeleitet wird beziehungsweise im Gegenzug so bezeichneten Westdeutschen die Kompetenz qua Geburtsort abgesprochen wird. Dabei ist unklar, wer und was eigentlich „ostdeutsch“ ist. Die geschichtswissenschaftliche Forschung geht derweil anders vor.

25 Thomas Ahbe, *Revolution und Vereinigung. Viele Erfahrungen und eine Große Erzählung*, in: *Journal für politische Bildung* 4/2019, S. 10–17, hier S. 16.

26 Vgl. die Kritik an Valerie Schönian, *Ostbewusstsein*, München 2020 durch den ebenfalls in der DDR geborenen Frank Pergande, *Schau an, ich bin ein Ossi*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. 4. 2020, S. 5. Vgl. zur Problematik und zum Potenzial der Identitätspolitik Silke van Dyk, *Identitätspolitik gegen ihre Kritik* gelesen, in: *APuZ* 9–11/2019, S. 25–32. Konkret auf Ost-Westdeutschland bezogen vgl. Jörg Ganzenmüller, *Ostdeutsche Identitäten. Selbst- und Fremdbilder zwischen Transformationserfahrung und DDR-Vergangenheit*, 24. 4. 2020, www.bpb.de/308016.

TRANSFORMATIONS- GESCHICHTEN: ERFAHRUNGEN, PERSPEKTIVEN, RÄUME UND AKTEURE

Ein eigenes Forschungsfeld, das sich dezidiert der Geschichte des vereinten Deutschlands widmet, wird es vermutlich auch in Zukunft nicht geben. Denn was einerseits der Nachteil der Zeitgeschichte ist, ist andererseits ihr Vorteil: Sie kann mit größerem zeitlichen Abstand die bisherigen Entwicklungen beobachten und daraus Forschungsbedarfe formulieren. Das größte Problem stellt derzeit auch hier die Unverbundenheit von Makro- und der Mikroperspektive dar, also die widersprüchlichen Erzählungen von oben und von unten. In dieser Hinsicht ordnet sich Ostdeutschland nahtlos in andere ostmitteleuropäische Länder ein, die ebenfalls ein Auseinanderfallen von öffentlichen Meistererzählungen und persönlichen Erfahrungen verzeichnet haben.²⁷ Zeithistoriker/innen, die sich mit Ostdeutschland beschäftigen, haben sich deshalb verstärkt den ostmitteleuropäischen Umbrüchen von 1989 bis 1991 zugewandt. Dabei sind weniger die Forschungsvorhaben selbst vergleichend angelegt als vielmehr die wissenschaftlichen Diskussionszusammenhänge. Ostdeutschland kann dabei analytisch als ein Fall betrachtet und in verschiedene Kontexte eingeordnet werden. Das ist bereits für die DDR-Forschung gefordert worden²⁸ und erscheint so auch für die Geschichte Ostdeutschlands über den Epochenbruch hinaus hilfreich.

Das Ergründen des Auseinanderfallens der Geschichten verlangt zudem eine Perspektiverweiterung im Hinblick auf die historischen Akteure. Während in den Geschichten von oben vor allem die politischen Protagonist/innen im Vordergrund standen und für die Perspektive von unten in diesen Erzählungen meist nur auf Meinungsumfragen Bezug genommen wurde, ist das für eine Geschichte, die die verschiedenen Akteure und ihre Erfahrungen ergründen und darstellen will, nicht ausreichend. Meinungsumfragen haben in dieser Hinsicht eine begrenzte Aussagekraft, weil

27 Vgl. Aron Buzogány, *25 Jahre 1989: Osteuropa zwischen Euphorie und Ernüchterung*, in: *APuZ* 24–26/2014, S. 10–15.

28 Vgl. Dorothee Wierling, *Die DDR als Fall-Geschichte*, in: Ulrich Mählert (Hrsg.), *Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema*, Berlin 2016, S. 205–213; Thomas Lindenberger, *Ist die DDR ausgeforscht?*, in: *APuZ* 24–26/2014, S. 27–32.

sie Antworten auf vorformulierte Fragen geben: Wenn Umfrageinstitute beziehungsweise ihre Auftraggeber sich für Ost-West-Unterschiede interessieren, dann bekommen sie dazu auch Antworten, unabhängig davon, ob die Befragten das von sich aus thematisiert hätten. Außerdem haben erste wissenschaftliche Tiefenbohrungen gezeigt, dass Anfang der 1990er Jahre die Methoden sehr stark von westdeutschen Gegebenheiten ausgingen, die nur begrenzt auf die ostdeutsche Situation zutrafen.²⁹ Die Quellenbasis muss also erweitert werden. Die Methode der Oral History wird dann ebenso wichtig wie die Zweitanalyse der qualitativen und quantitativen Daten aus der umfassenden sozialwissenschaftlichen Forschung der 1990er Jahre. Dahinter steht ein Erkenntnisinteresse an Erfahrungen, Mentalitäten, Ideen, Alltag und Gesellschaft – eben an solchen Themen, die über den Epochenbruch von 1989 hinweg Bestand hatten beziehungsweise die von Menschen gestaltet werden mussten. Zwangsläufig ergibt sich aus dieser Verschiebung der thematischen Erkenntnisinteressen auch eine Verschiebung des Untersuchungszeitraums. Nun wird vermehrt auf die Zeit vor, während und nach 1989 geblickt. Denn banal formuliert ging das Leben weiter: Es fing nicht 1989 an und hörte dann auch nicht auf. Um sinnvolle Lebensgeschichten erzählen zu können, muss die Zäsur integriert werden.

Die so angelegten Untersuchungen bieten ein breites Dach für Themen, Vergleiche, Perspektiverweiterungen und Erklärungen. Drei Beispiele seien hier herausgegriffen: Aus zeithistorischer Perspektive wissen wir bisher etwa – abseits der grundsätzlichen Regelungen – relativ wenig über den konkreten Ablauf des Ab- oder Umbaus ostdeutscher Institutionen, also über Personalzusammensetzungen, Arbeitsverträge, Fluktuationen und Arbeitsabläufe. Das gilt einmal mehr in föderativer Hinsicht, denn die neuen Bundesländer wurden erst Anfang der 1990er Jahre eingeführt und unterscheiden sich auch in der administrativen und praktischen Umsetzung der Gesetze, die im Zuge des Beitritts erlassen wurden.³⁰ Auch zur Wissenschaftsgeschichte besteht noch großer For-

schungsbedarf. Gerade dann, wenn man die Daten der Sozialwissenschaften aus den 1990er Jahren als Quellen für die Zeitgeschichte verwenden will, wird eine Wissensgeschichte der akademischen Institutionen, ihrer Mitarbeiter/innen und Methoden zentral, um eine fundierte Quellenkritik leisten zu können. Im Bereich des Institutionenumbaus existieren viele persönliche Geschichten, aber wenig systematische Untersuchungen. Besonders deutlich wird das mit Blick auf den „erinnerungskulturellen Zombie der Wiedervereinigung“ Treuhand,³¹ zu der fast jeder Ostdeutsche eine persönliche Erfahrungsgeschichte oder eine Meinung hat, um die sich aber nach wie vor auch viele Mythen ranken. Neben den mittlerweile für das Institut für Zeitgeschichte geöffneten Archivquellen gibt es zur Treuhand eine Vielzahl von Daten aus der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung der 1990er Jahre. Der Zeitgeschichtsforschung kommt hier die Aufgabe zu, die unterschiedlichen Quellen zu sichten, das Wissen zu ordnen und in eine sinnvolle Geschichte zu bringen.

Geschichten zu Institutionen beginnen oft 1990, aber erst aus der Zusammenschau der Zeitabschnitte vor, während und nach 1989/90 lassen sich die Lebensgeschichten mit ihren Gewinn- und Verlusterzählungen verstehen.³² Das im Staatssozialismus erlernte Wissen und die dort gesammelten Erfahrungen wirken nach 1989 fort. So zeigt sich, dass Ostdeutsche sich in ihrem Alltag und im Berufsleben an ähnlichen Werten orientierten wie ihre westdeutschen Nachbar/innen. Sparsamkeit und Leistung bildeten zentrale Bezugspunkte, die nicht erst nach 1990 handlungsleitend wurden.³³ Wichtig ist diese lange Perspektive über die Zäsur von 1989/90 hinaus auch, weil davor konkrete Erwartungen an Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft beobachtet werden können, die mit den Erfahrungen der 1990er Jahre teilweise kollidierten. Das Zusammenspiel von Erwartungen und Erfahrungen ist elementar für

²⁹ Vgl. Kerstin Brückweh, Wissen über die Transformation. Wohnraum und Eigentum in der langen Geschichte der „Wende“, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 1/2019, S. 19–45.

³⁰ Vgl. Stefan Creuzberger/Fred Mrotzek/Mario Niemann (Hrsg.), Land im Umbruch. Mecklenburg-Vorpommern nach dem Ende der DDR, Berlin 2018.

³¹ Marcus Böick, Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994, Göttingen 2018, S. 15.

³² So der Ansatz der von 2016 bis 2020 von Kerstin Brückweh geleiteten Forschungsgruppe „Die lange Geschichte der ‚Wende‘. Lebenswelt und Systemwechsel in Ostdeutschland vor, während und nach 1989“ am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

³³ Vgl. Kerstin Brückweh/Clemens Villinger/Kathrin Zöllner, Ein Schriftgespräch zu unseren Ergebnissen, in: dies. (Hrsg.), Die lange Geschichte der „Wende“. Geschichtswissenschaft im Dialog, Berlin (i. E.).

die Formung und Formulierung der Erinnerungen von heute – sie sagen aber häufig mehr über die Bewertung der Gegenwart aus als über die Erfahrungen der Vergangenheit. Hier bedarf es weiterer Mikro- oder Lokalstudien und einer Kombination aus Oral History und erneuten Analysen qualitativer Interviews aus den 1990er Jahren.

Freiheit, Demokratie, Kapitalismus und die Orientierung an der EU folgten in der einen oder anderen Form in allen ostmitteleuropäischen Ländern, vor allem aber erlebten diese Länder in der konkreten Zeit des Umbruchs und danach eine besondere Betonung des Nationalen. „Aufgrund seiner Vielschichtigkeit und symbolischen Aufladung eignet sich das Symboljahr 1989 besonders gut zur politischen Instrumentalisierung.“³⁴ Gegenerzählungen, dass hinter den politischen Umwälzungen weniger das „Volk“ als vielmehr der Zusammenbruch des sowjetischen Herrschaftssystems standen,³⁵ gibt es ebenso wie empirisch gesättigte Studien über die Gesellschaft im Spätsozialismus und in der Umbruchszeit.³⁶ Instrumentalisierungen der Begriffe von 1989 ließen sich jüngst auch in Ostdeutschland beobachten, als die AfD mit „Wende 2.0“ oder „Wir sind das Volk“ bei Landtagswahlen für sich warb. Da populistische Strömungen aber nicht allein ein ostmitteleuropäisches Phänomen sind, sollte schnellen Rückführungen auf die DDR-Vergangenheit mit Skepsis und vor allem mit empirischer Forschung begegnet werden. Auch die globalgeschichtlichen Forschungstrends der zurückliegenden Jahre haben für interessante Kontextualisierungen und Relativierung der Ereignisse von 1989 bis 1991 gesorgt.³⁷ Zudem bieten sich diachrone Vergleiche mit anderen eu-

ropäischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts beziehungsweise ihres Übergangs zur Demokratie an, etwa in Spanien, Portugal oder Griechenland. Ob man das Transformation, verstanden als besonders tief greifender, umfassender und beschleunigter Wandel des politischen Systems, der Wirtschaft und Gesellschaft, nennen soll,³⁸ bleibt dabei unter den Forschenden umstritten. In mehrfacher Hinsicht hat sich also eine florierende internationale Forschungslandschaft entwickelt.

SONDERFALL (OST-)DEUTSCHLAND

Nun könnte der Eindruck entstanden sein, dass es zwar spannende zeithistorische Forschung zur Transformationsgeschichte gibt, diese aber im Elfenbeinturm verbleibt, sie also in gewisser Weise den Meistererzählungen und Identitätspolitik – und der Aufarbeitungslandschaft – den Platz in den gesellschaftlichen Diskussionen überlässt. Die Situation kann auch anders beschrieben werden: Allen wissenschaftlichen Bemühungen zum Trotz, Ostdeutschland als Teil dieser verschiedenen Transformationsgeschichten zu analysieren, kreisen die Diskussionen in Deutschland vielfach um sich selbst. Wahrscheinlich sind auch deswegen die bundesrepublikanischen Erfolgsgeschichten und die ostdeutschen Gegenerzählungen so präsent und viel beachtet. Ostmitteleuropäische Länder dienen im Alltag nicht als Referenz für die eigenen ostdeutschen Erfahrungen und Perspektiven. Angebotene positive ostdeutsche Narrative wie die von der besonderen „Umbruchkompetenz“³⁹ oder den Ostdeutschen als „Avantgarde“⁴⁰ haben sich ebenfalls nicht durchgesetzt. Im dreißigsten Jahr nach 1989/90 werden die Debatten oft emotional geführt – eine Versachlichung und empirische Fundierungen von Meinungsäußerungen wären wünschenswert. Wenn die zeithistorische Transformationsforschung dazu beitragen will, muss sie stärker als bisher ihr Wissen nach außen kommunizieren. Letztlich geht es darum, die Vielfalt zuzulassen und auszuhalten.

34 Buzogány (Anm. 27), S. 15.

35 Vgl. Stephen Kotkin, *Uncivil Society. 1989 and the Implosion of the Communist Establishment*, New York 2009.

36 Vgl. Alexei Yurchak, *Everything Was Forever, Until It Was No More. The Last Soviet Generation*, Princeton 2006; Olga Shevchenko, *Crisis and the Everyday in Postsocialist Moscow*, Bloomington–Indianapolis 2009; James Krapfl, *Revolution with a Human Face. Politics, Culture and Community in Czechoslovakia 1989–1992*, Ithaca–London 2013; Corinna Kuhr-Korolev, *Gerechtigkeit und Herrschaft. Von der Sowjetunion zum neuen Russland*, Paderborn 2015.

37 Vgl. Ulf Engel/Frank Hadler/Matthias Middell (Hrsg.), *1989 in a Global Perspective*, Leipzig 2015.

38 Vgl. Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent*, Frankfurt/M. 2014, S. 28.

39 Matthias Platzeck, *Zukunft braucht Herkunft. Deutsche Fragen, ostdeutsche Antworten*, Hamburg 2009.

40 Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen als Avantgarde*, Berlin 2002.

KERSTIN BRÜCKWEH

ist promovierte Historikerin, Fellow am Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt und Privatdozentin an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen.

kerstin.brueckweh@uni-tuebingen.de

DER OSTEN ALS PROBLEMZONE?

Eine Skizze zur ostdeutschen Soziopolitik

Steffen Mau

Manche Historiker, die in langen historischen Bahnen des zu sich selbst gekommenen Westens denken, haben die DDR zur „Fußnote“ in der Entwicklung der Bundesrepublik erklärt.⁰¹ Sie sahen mit der Wiedervereinigung die Kontinuität des Bismarck-Staates wiederhergestellt und mithin wenig Anlass, der DDR-Sozialgeschichte einen besonderen Platz einzuräumen. In der Soziologie ist das ein wenig anders, aber auch hier gibt es 30 Jahre nach der Wiedervereinigung einen Mangel an Forschung und Reflexion: Große Mentalitätsstudien, Sozialstrukturanalysen, Ethnografien oder sozialgeschichtliche Abhandlungen, die auch international reüssieren konnten, gibt es für Ostdeutschland nicht.

Das erstaunt vor allem deshalb, weil es sich bei der Wiedervereinigung um ein soziologisches Experimentierfeld par excellence handelt: Was kann für Soziologen spannender sein als das Zusammentreffen zweier unterschiedlicher, antipodischer, politisch-militärisch sogar verfeindeter Gesellschaften mit dem Ziel der Vereinigung? Ein besseres soziologisches Labor kann man sich nicht vorstellen, zumal damit die Gelegenheit verbunden war, die gesellschaftliche Entwicklung von Anbeginn mit dem gesamten Instrumentarium der Sozialforschung zu begleiten. Allerdings gelang es weder im Fachdiskurs noch in den internationalen Debatten, die spezifische ostdeutsche Transformationsgeschichte so aufzubereiten, dass sie als Brennglas für eine verallgemeinerbare Erfahrung hätte dienen können. Viele Analysen, so verdienstvoll sie im Einzelnen auch sein mögen, waren eher kleines Karo statt großer Wurf.

Was lässt sich nunmehr – nach 30 Jahren – zu Ostdeutschland sagen? Was bietet die Nachbetrachtung mit zeitlichem Abstand mehr als eine Fußnotenkorrektur und den unentwegten Kampf um Deutungshoheit darüber, was die DDR gewesen ist und was nicht, und welche der heute erkennbaren Frakturen Ostdeutschlands als Erbe der DDR gelten dürfen und welche als Brüche der Transformationszeit? Zunächst einmal muss es um

eine selbstbewusste und differenzierte Aneignung der Geschichte gehen, jenseits von Verteufelung oder Verherrlichung der DDR. Ähnliches kann man auch in den Anforderungskatalog der Analyse des Vereinigungsprozesses hineinschreiben. Wer den Weg in die Einheit und den ostdeutschen Transformationspfad verstehen will, muss sich gegenüber dem politisch Wünschbaren weitgehend immunisieren. Immerhin handelt es sich um ein politisch umkämpftes Deutungsfeld, wo stets die Vereinnahmung oder Abwehr von Erkenntnissen droht. Jürgen Habermas hat jüngst in einem Interview angemahnt, es hätte „seit Langem informierte und anhaltende Debatten über die Fehler beider Seiten beim Modus der Wiedervereinigung geben sollen“.⁰² Erst wer sich Geschichte selbstbewusst und kritisch aneignet, kann verstehen, warum vieles noch nicht so zusammengewachsen ist, wie man es politisch erwartet hatte.

Dies vorangestellt, werde ich im Folgenden einige Thesen zum Vereinigungsprozess skizzieren, die die soziopolitische Verfasstheit der ostdeutschen Teilgesellschaft ins Zentrum stellen. Mit dem Begriff der „Soziopolitik“ ziele ich auf die spezifischen Übertragungsverhältnisse gesellschaftlicher Strukturen, Mentalitäten und Lebensweisen in die politische Arena. Dabei interessiert mich nicht Parteipolitik im engeren Sinne, ich möchte vielmehr auf Politisierungsformen, also Haltungen, Ansprüche und Artikulationsweisen hinaus. In diesem Zusammenhang fokussiere ich mich vor allem auf jene strukturellen Brüche und Fehlstellungen, die auf die politische Kultur einwirken.

SCHWIERIGE DEMOKRATISIERUNG

Die DDR war ein gängelnder und kontrollierender Staat, der seinen Bürgern wesentliche Mitwirkungsmöglichkeiten an politischen Entscheidungen versagte. Daher konnte sich auch kein gelebtes Repertoire an demokratischer Beteiligung ausbilden. Erst in der Phase seines Ablebens emanzipier-

ten sich die Bürger von der Bevormundung und forderten auf der Straße Meinungsfreiheit und Demokratisierung ein. Dies mündete in die erste und letzte freie Wahl der Volkskammer der DDR am 18. März 1990. Die Wahlerfolge der „Allianz für Deutschland“ statteten die letzte Regierung der DDR mit einem starken Handlungsmandat dafür aus, die Weichen in Richtung Wiedervereinigung zu stellen. Allerdings führten die eklatanten ökonomischen und politischen Schwächen der dem Untergang geweihten DDR dazu, dass ihre Repräsentanten als Sachwalter der Interessen der DDR-Bevölkerung nur wenig Einfluss auf die weitere Entwicklung haben konnten. Es stellte sich zwischen Ost und West ein erhebliches Machtgefälle ein. Auch stand das von der Mehrheit der DDR-Bevölkerung unterstützte Ziel der schnellen Einheit einer Vereinigung auf Augenhöhe entgegen.⁰³ Der „Einigungsvertrag“ mag aus Sicht der Verhandlungsführer das Beste gewesen sein, was man in der damaligen historischen Situation und unter dem Druck der zeitlichen Abläufe bewerkstelligen konnte, dennoch entlässt einen eine solche Feststellung nicht aus der Verantwortung, die Effekte des Modus der Wiedervereinigung für die nachgängige Entwicklung in Ostdeutschland zu reflektieren.

Man kann den Übergang von der Friedlichen Revolution zur Deutschen Einheit als „ausgebremste Demokratisierung“⁰⁴ interpretieren: Genau in jenem Moment, als sich die Ostdeutschen als politische Subjekte erfanden und sich eine Sprache herausbildete, mit der sich Interessen artikulieren ließen und Foren der Aushandlung gesellschaftlicher Verhältnisse entstanden, setzte mit der Weichenstellung in Richtung Wiedervereinigung ein starkes Entpolitisierungsmoment ein. Hier entstand eine Verriegelungssituation, bei der der Wille der Mehrheit der Bevölkerung, schnell zur Einheit zu kommen – gepaart mit dem Machtkalkül westdeutscher Politikzentralen –, alternative Gestaltungsoptionen von vornherein ausschloss. Weder mutete man der alten Bundesrepublik zu, über die eigenen Gewissheiten und Besitzstände Rechen-

schaft abzulegen und im Einigungsprozess auch zu einem neuen politischen Bewusstsein zu kommen, noch gab man den Ostdeutschen zu verstehen, es handle sich um mehr als einen Beitritt zum institutionellen und rechtlichen Regelwerk der Bundesrepublik und ihre eigenen Vorstellungen über das Wie der gemeinsamen politischen Gemeinschaft seien gefragt.

So weitete sich die Bundesrepublik in der Fläche aus und inkorporierte die DDR ohne weitergehende Berücksichtigung der Strukturen und Mentalitäten vor Ort. Manche sprechen recht drastisch von einer „Übernahme“⁰⁵ angemessener ist der Begriff des „ready-made state“⁰⁶ der in den Osten transferiert wurde. Beide Begrifflichkeiten implizieren einen politischen „Subjektverlust“, weil die Eigenleistungen der politischen Akteure vor Ort nun nur noch insoweit gefragt waren, als es darum ging, das im Osten zu implementieren, was im Westen schon vorhanden war. Das Gefühl, überrollt oder übernommen worden zu sein oder an Handlungsmacht einzubüßen, stellte sich bei vielen ein, interessanterweise auch bei jenen, die im Herbst 1989 euphorisch aufgesprungen waren. Bei manchen gipfelte dies im an den Westen gerichteten Vorwurf der „Kolonialisierung“ des Ostens durch den Westen – ein letztlich schiefer historischer Vergleich, da der Prozess mehrfach durch Wahlergebnisse bestätigt wurde.

Im Zuge der Wiedervereinigung blieb das mit der Friedlichen Revolution verbundene Potenzial an demokratischer Mobilisierung vielfach ungenutzt. Viel zu wenig dachte man daran, dass man den demokratischen Einsatz und das Erleben von Selbstwirksamkeit der Ostdeutschen selbst brauchte, um die Demokratie mit Leben zu füllen. Durch den Mangel an Beteiligung entstand ein bis heute fortwirkender antiinstitutioneller Affekt. Die vor allem auf Flächenextension setzenden „Westparteien“ waren zwar im Osten durchaus erfolgreich, blieben aber mit Blick auf mitgliederschaftliche Struktur und Breite der gesellschaftlichen Trägerschaft schwach. Hinzu kommt, dass der vorpolitische Raum im Osten bis heute anders ausgestaltet ist als im Westen, wo es einen dichten Kranz an zivilgesellschaftlichen Initiativen, pfadfinderischer

01 Vgl. z.B. Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München 2008.

02 Jürgen Habermas, *Moralischer Universalismus in Zeiten politischer Regression*, in: *Leviathan* 1/2020, S. 7–28, hier S. 15.

03 Vgl. Claus Offe, *Der Tunnel am Ende des Lichts: Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*, Frankfurt/M. 1994., S. 21 ff.

04 Steffen Mau, Lütten Klein. *Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*, Berlin 2019, S. 122.

05 Ilko-Sascha Kowalczyk, *Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde*, München 2019.

06 Richard Rose/Christian Haerpfer, *The Impact of a Ready-made State: East Germans in Comparative Perspective*, in: *German Politics* 1/1997, S. 100–121.

Jugendarbeit, gewerkschaftlicher Initiative und kirchlichem Engagement gibt. In der DDR hatten die staatlichen Instanzen und die volkseigenen Betriebe eine große Rolle gespielt. Nach der Wende entstanden hier Leerstellen, in die rechte politische Akteure hineindrängen konnten. Etliche von ihnen kamen aus Westdeutschland in den Osten, weil sie dort mehr „Beinfreiheit“ für nationalistische und völkische Programmatiken fanden. Außerdem konnten sie an auch in der DDR ausgeprägte nationalistische und rassistische Sentiments anknüpfen. Die Pulverisierung des alten ideologischen Überbaus, die dadurch hervorgerufene ideelle Orientierungslosigkeit und die im Einigungsprozess forcierte Aufwallung nationaler Gemeinschaftsgefühle taten ihr Übriges.

IMITATION UND NACHBAU WEST

Nicht nur in Ostdeutschland, auch in vielen anderen Ländern Osteuropas zeigt sich heute ein gehöriges Maß an Skepsis gegenüber liberalen Institutionen und Prinzipien. Die Fieberkurve des Demokratiebewusstseins erscheint als kritisch, das Vertrauen in die politischen Eliten ist gering, Systemkritik macht sich lautstark bemerkbar. Unmittelbar nach dem Fall der Mauer war die Erwartung eine andere. Das Motto lautete: Im Westen ankommen und die Basisinstitutionen Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft möglichst schnell übernehmen. Die Politologen Ivan Krastev und Stephen Holmes haben 2019 in ihrem Buch „Das Licht, das erlosch“ der These breiten Raum gegeben, dass es dieser Nachahmungsimperativ im Post-1989-Osteuropa war, der langfristig einen Widerwillen gegen ebenjenes Modell hat wachsen lassen. Mit dem erlöschenden Licht ist die schwindende Strahlkraft des liberalen Gesellschaftsmodells gemeint, das in Osteuropa auf immer mehr Vorbehalte treffe, die bis hin zu Forderungen nach der Errichtung einer „illiberalen Demokratie“ wie in Ungarn oder der politisch offen propagierten gesellschaftlichen Marginalisierung von Minderheiten reichen. Sie führen den Populismus in Osteuropa unter anderem darauf zurück, dass in der Nachahmung immer auch ein Verlust an eigenen Gestaltungsoptionen liegt. Zugleich sind Nachahmer, sofern sie die Vorbilder nicht souverän überholen können, stets dem Risiko eines anhaltenden Insuffizienzgefühls ausgesetzt. In Mitteleuropa sei hinzugekommen, dass „die Nachahmer glaubten, zum selben Kulturraum zu gehören wie die Nach-

geahmten, und zudem davon ausgingen, dass sie eingeladen waren, der ‚freien Welt‘ auf Augenhöhe mit ihren europäischen Nachbarn beizutreten“.⁰⁷

Auf Ostdeutschland übertragen, lässt sich ein solches Argument zuspitzen: Mit dem Institutionen- und Normtransfer von West nach Ost galt als ausgemacht, dass sich im Osten alles und im Westen nichts verändern sollte. Das Aufgeben der DDR-geprägten Lebensweise und die schnelle Umgewöhnung und Anpassung, auch das Abschwören, wurden als zentral für die erfolgreiche Vereinigung angesehen. Jürgen Habermas' einschlägige Diagnose von der „nachholenden Revolution“ war der intellektuelle Wegweiser der damaligen Zeit.⁰⁸ Nachdem der Staatssozialismus à la DDR erledigt war, sollten nun im Osten jene Entwicklungen greifen, die im Westen schon vollzogen waren. Die Westdeutschen selbst hatten nach dem Zweiten Weltkrieg diese Erfahrung mit den westlichen Alliierten gemacht. Aus westdeutscher Sicht stellte sich die Frage, wie die „Bekehrung zu unseren Normen und Werten“, die „Re-education des deutschen Ostens“,⁰⁹ möglichst reibungslos über die Bühne gebracht werden könnte. Die Vorstellung war, dass es mit dem Institutionentransfer auch zu einer nachgelagerten Mentalitätsangleichung kommen werde. Es schien also ausgemacht, dass es mit dem Beitritt zu einer Verwestlichung des Ostens und einer sukzessiven mentalen Anpassung von Ost an West kommen werde. Ein langfristiges Überleben sozialer und kultureller Besonderheiten wurde damals nicht in Erwägung gezogen, ebenso wenig wie die Frage, ob ein neues politisches Bewusstsein nicht einen eigenen Aneignungsprozess braucht, was auch die Auseinandersetzung mit den verschleierte und verschlepten autoritären Strukturen in der DDR bedeutet hätte.

Die Nachahmung trat im Osten nicht nur im Sinne eines normativen Leitmodells auf, sondern wurde auch durch Transfereliten personifiziert. Da die Ostdeutschen als Anfänger in Sachen Rechtsstaat, Marktwirtschaft und Demokratie galten, übernahmen häufig Westdeutsche das Ruder. In den 1990er Jahren gingen mehrere Zehntausend

⁰⁷ Ivan Krastev/Stephen Holmes, *Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung*, Berlin 2019, S. 107.

⁰⁸ Jürgen Habermas, *Kleine politische Schriften. Die nachholende Revolution*, Frankfurt/M. 1990.

⁰⁹ Heinz Hartmann, *Für alles gerüstet? Die deutsche Vereinigung als Herausforderung für die Soziologie*, in: Bernhard Giesen/Claus Leggewie (Hrsg.), *Experiment Vereinigung*, Berlin 1991, S. 100–110, hier S. 102.

Personen von West nach Ost, um Leitungspositionen zu füllen und ihre Expertise einzubringen. Je höher und einflussreicher eine Position in Ostdeutschland, desto wahrscheinlicher war sie mit einem Westdeutschen besetzt. Das hatte zur Folge, dass Probleme der Umstrukturierung auf dieses Spitzenpersonal projiziert werden konnten und viele Veränderungen eher passiv hingenommen denn aktiv angeschoben wurden. Der Modus der „Übernahme“ wesentlicher Funktionen durch Westeliten nahm der ostdeutschen Gesellschaft die Möglichkeit, „eigene Fehler zu machen und aus diesen Fehlern zu lernen“.¹⁰ Natürlich gab es bei den Ostdeutschen intensive Umlern- und Anpassungsprozesse, aber eben als Anpassung an institutionelle Vorgaben und nicht als kollektiver und richtungsöffener Lernprozess.

Damit öffneten sich auch Einfallstore für populistische Kritik. Das DDR-Erbe ist ohne Zweifel ein misstrauisches Verhältnis zum Staat, aber der Vertrauensverlust gegenüber den demokratischen Institutionen lässt sich auch darauf zurückführen, dass dem Osten vieles übergestülpt oder als übergestülpt empfunden wurde. Manche der im Osten zu beobachtenden politischen Artikulationsformen nehmen dann auch Formen der konfrontativen und vorurteilsgetragenen „Erregungsdemokratie“ an,¹¹ die an einem aufklärerischen und emanzipatorischen Demokratieverständnis vorbeigehen. Es ist eine Lektion für alle Transformationsprozesse, dass die Implementierung von institutionellen Blaupausen nicht hinreicht, um soziale Bindungswirkung zu entfalten und Menschen in ihren Orientierungen und Handlungen darauf abzustimmen. Ein einfaches Übertragungsmodell birgt die Gefahr geringer Akzeptanz. Es ist unabdingbar, sicherzustellen, dass sich Menschen diese Institution aktiv aneignen und durch ihr Handeln bestätigen. Und diese Aneignung muss Möglichkeiten der Anpassung an die Gegebenheiten vor Ort und der Nachjustierung umfassen.

UNTERSCHICHTUNG/ ÜBERSCHICHTUNG

Wie bei den Mentalitäten wurde auch für die Sozialstruktur angenommen, dass es im Osten einen sukzessiven Umbau der Gesellschaft in Richtung

der Strukturmuster der Bundesrepublik geben sollte.¹² Obwohl diese Erwartung zu großen Teilen eingetroffen ist, gibt es dennoch Abweichungen davon, die damit zu tun haben, dass es zwischen Ost und West ein Ungleichheitsgefälle gibt. Man muss sich bewusst machen, dass sich im Zuge der Wiedervereinigung zwei sehr unterschiedliche Gesellschaftsmodelle miteinander verbunden haben: hier die nach unten nivellierte, ethnisch homogene und um die Arbeit zentrierte „proletarische Kleinbürgergesellschaft“¹³ der DDR, dort die pluralisierte und durch Migrationsprozesse heterogenisierte Mittelschichtsgesellschaft der alten Bundesrepublik. Die Wiedervereinigung war dementsprechend eine Mesalliance zweier Ungleicher, deren Verbindung durch ein national verstandenes Zusammengehörigkeitsgefühl getragen wurde. Was politisch als Einheit des 40 Jahre künstlich Getrennten erschien, überdeckte die Unterschiede, die sich gesellschaftlich zwischen Ost und West zwischenzeitlich ausgeprägt hatten.

Die DDR der 1980er Jahre war insgesamt eine mobilitätsblockierte Gesellschaft, die oberen Positionen in Politik und Wirtschaft waren durch eine überalterte und überwiegend männliche Führungsriege besetzt, in den Betrieben traten viele auf der Stelle, Loyalität zu Staat und Partei waren beim sozialen Aufstieg wichtiger als fachliche Kompetenz, und die Möglichkeiten des Hochschulzugangs schrumpften. So lässt sich die Abkehr der jüngeren und mittleren Generationen von Land und System sowohl mit dem Mangel an Demokratie und Freiheit als auch mit der sozialstrukturellen Erstarrung des Systems begründen.¹⁴ Viele, die 1989 auf die Straße gingen, versprachen sich auch ein Mehr an Möglichkeiten der beruflichen Verwirklichung. Mit dem schnellen Systemwechsel und der Wiedervereinigung wurden diese Hoffnungen allerdings nicht eingelöst. Das Wegbrechen der Märkte, die fast erdrutschartige Deindustrialisierung und grassierende Massenarbeitslosigkeit verstellten den Weg zu neuen

¹² Vgl. Wolfgang Zapf, *Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation. Soziologische Aufsätze 1987 bis 1994*, Berlin 1994.

¹³ Jens Bisky, *Die deutsche Frage, Warum die Einheit unser Land gefährdet*, Berlin 2005, S. 142.

¹⁴ Vgl. Karl Ulrich Mayer/Heike Solga, *Mobilität und Legitimität: Zum Vergleich der Chancenstrukturen in der alten DDR und der alten BRD oder: Haben Mobilitätschancen zu Stabilität und Zusammenbruch der DDR beigetragen?*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 2/1994, S. 193–208.

¹⁰ Habermas (Anm. 2), S. 15

¹¹ Vgl. Bernhard Pörksen, *Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung*, München 2018.

beruflichen Karrieren vor Ort – es kam millionenfach zu beruflichen Deklassierungen. Über 40 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten waren bis Mitte der 1990er Jahre mindestens einmal arbeitslos. Mehr als zwei Millionen Menschen wanderten in den Westen, dort zumeist in untere berufliche Ränge, mehr als eine Million wurden in den Vorruhestand geschickt. Mit Blick auf soziale Auf- und Abstiege zeigt sich eine deutliche Schlechterstellung der Ostdeutschen gegenüber den Westdeutschen.¹⁵ Intergenerational ist der Anteil an ostdeutschen Absteigern vor allem bei den Männern besonders groß.¹⁶ Das gilt auch für die Kohorten, die große Teile ihrer schulischen und beruflichen Laufbahn schon im vereinten Deutschland machen konnten. Ostdeutschland ist trotz erheblicher Angleichung an westdeutsche Muster sozialstrukturell und mentalitätsmäßig ein „Land der kleinen Leute“ geblieben.

Hinzu trat die Überschichtung des Ostens durch westdeutsche Eliten. Wenige Ostdeutsche schafften es bis in die oberen Ränge von Wirtschaft, Verwaltung, Hochschulen, Medien und Organisationen, sodass es ein nur schmales Band zwischen den gesellschaftlichen Eliten und der Bevölkerung gibt. Aus funktionaler Perspektive mag es nicht wesentlich erscheinen, dass Ostdeutsche in den Eliten unterrepräsentiert sind. In sozialer und politischer Hinsicht bedeutet eine derartige „Elitenschwäche“, dass bestimmte Perspektiven und Interessen wenig repräsentiert werden und sich die Bevölkerung nur unvollständig in den Eliten spiegeln kann.

BESCHLEUNIGUNG UND VERÄNDERUNGSERSCHÖPFUNG

Schließlich besteht eine Besonderheit der ostdeutschen Gesellschaft darin, dass sie in den vergangenen drei Jahrzehnten einen Transformationsgalopp durchlebt hat, der zumindest in einigen Segmenten der Bevölkerung eine Veränderungser schöpfung erkennen lässt. Außerhalb der urbanen Zentren und der größeren Universitätsstädte begegnet einem eine Gesellschaft, in der Bewahren und Festhalten zu einem wesentlichen Grundmotiv sozialer Orientierung geworden ist, das sich durchaus zu einer offenen Veränderungsaversion steigern

kann. Durch die erhebliche Geschwindigkeit sozialer Veränderungen bis in alle gesellschaftlichen Bestände hinein gab es nur wenig Gelegenheit, zur Ruhe und in die Balance zu kommen. Dies gilt, obwohl es in Ostdeutschland zugleich ein wachsendes Maß an Lebenszufriedenheit, deutlich geringere Arbeitslosigkeitsraten als noch in den 1990er Jahren und wirtschaftliche Aufholprozesse gibt.

Man kann dabei für Ostdeutschland eine mehrfache Beschleunigung ausmachen. Die erste Stufe war die Systemtransformation vom planwirtschaftlichen Staatssozialismus zu einer marktwirtschaftlich organisierten Demokratie. Damit waren sowohl Freiheitsgewinne als auch Sicherheitsverluste verbunden, denn nicht zuletzt garantierte die DDR ihren Werktätigen auch ein hohes Maß an sozialer Sicherheit. Mit dem Übergang in die Marktwirtschaft zerbrachen nicht nur diese Garantien eines bescheidenen und risikoarmen Lebenskomforts, die Ostdeutschen traf die Marktwirtschaft zugleich mit großer Härte: als strammes neoliberales Privatisierungsprogramm, das zur Deindustrialisierung in der Fläche führte. Der Historiker Philipp Ther hat eindrucksvoll dargelegt, dass es in ganz Osteuropa in den 1990er Jahren zu einer neoliberalen Drift kam, die später auch auf den Westen durchschlug.¹⁷ Für Ostdeutschland kamen schwerwiegende wirtschaftspolitische Fehler hinzu.¹⁸ Die radikale Privatisierung innerhalb kürzester Zeit verbunden mit grassierender Massenarbeitslosigkeit, die schnelle Währungsunion und der weitgehende Verzicht auf Sanierung und Erhalt richteten schwere gesellschaftliche Sturmschäden an. Hans-Werner Sinn, der ehemalige Chef des Münchner ifo-Instituts, hat die Treuhandprivatisierung als eine „Ramschaktion“ bezeichnet.¹⁹ Die ostdeutschen Betriebe sollten in kürzester Zeit veräußert werden, sodass sich weder vernünftige Preise erzielen noch vernünftige Strukturen entwickeln ließen. Auch habe man die Ostdeutschen viel zu wenig in die Lage versetzt, selbst am Produktivvermögen teilzuhaben und zu Unternehmern zu werden. Die neoliberale Entwicklung kulminierte dann in den Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung. Es ist nicht verwunderlich, dass die Hartz-Refor-

¹⁵ Vgl. Mau (Anm. 4), S. 169ff.

¹⁶ Vgl. Olaf Groh-Samberg/Florian Hertel, Ende der Aufstiegs-gesellschaft, in: APuZ 10/2015, S. 25–32.

¹⁷ Vgl. Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent: Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014.

¹⁸ Vgl. Gerlinde Sinn/Hans-Werner Sinn, Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der Deutschen Vereinigung, Tübingen 1992.

¹⁹ Ders., Der Osten hängt noch immer am Tropf des Westens, in: Münchner Merkur, 12./13. 10. 2019, S. 3.

men, die das „Fordern und Fördern“ plakativ in Szene setzten, besonders in den fünf ostdeutschen Bundesländern viel Widerspruch hervorriefen. Die Forderung nach mehr Eigenverantwortung wurde dort angesichts der hohen Arbeitslosigkeit besonders kritisch beurteilt.

Die jüngste Transformationswelle besteht aus unterschiedlichen Elementen, die hier nur kurz angerissen werden können. Die Einzelprozesse dieser gegenwärtigen Entwicklungen sind die Digitalisierung, gesellschaftliche Heterogenisierung und der ökologische Umbau. Sie alle bringen massive Veränderungszumutungen für den gesellschaftlichen Status quo mit sich, fordern uns alle auf, Gewohnheiten hinter uns zu lassen und neue Wagnisse einzugehen. Die Digitalisierung bedeutet eine fundamentale Veränderung von Kommunikation, Öffentlichkeit und Arbeitswelt. Migrationsbewegungen und der Diversitätsdiskurs irritieren jene Milieus und gesellschaftlichen Segmente, denen Homogenität und Eindeutigkeit als die Leitplanken von Vertrautheit und lieb gewonnenen Privilegien gelten, treffen aber auch auf chauvinistische und rassistische Einstellungen. Schließlich stellt die ökologische Frage das industriegesellschaftliche „Weiter so“ zur Disposition und erfordert von allen gesellschaftlichen Akteuren eine Neuausrichtung ihres Handelns, vom Konsum über den Lebensstil bis hin zur Mobilität. Es ist nicht überraschend, dass die ostdeutsche Gesellschaft auf manche dieser Veränderungsaufforderungen mit Reserve oder gar offener Ablehnung reagiert. Die Zurückhaltung, mit der zum Beispiel in der Lausitz zuweilen auf die Begriffe „Transformation“ und „Strukturwandel“ reagiert wird, ist möglicherweise symptomatisch für eine veränderungserschöpfte Gesellschaft.²⁰ Auch hier entsteht ein Einfallstor für rechtspopulistische Angebote, indem diese ein Entlastungsversprechen geben, das einen Zustand der Vergangenheit konserviert und suggeriert, alles könne so bleiben, wie es war.

FAZIT

Diese kritische Betrachtung der Deutschen Einheit soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wiedervereinigung und die ostdeutsche Transformation auch als Erfolgsgeschichte verstanden werden können. Der Vereinigungsoptimismus, getragen von Aufhol- und Angleichungserwartungen im

Osten und einem übergroßen Selbstbewusstsein des Sich-nicht-verändern-Müssens im Westen, hat sich jedoch als Trugschluss herausgestellt. Deutlicher als je zuvor wird nach drei Jahrzehnten Deutscher Einheit, dass sich die Ost-West-Unterschiede nicht ausschleichen, sondern als kontrastreiche Strukturunterschiede der politischen Kultur, der Mentalitäten und der Sozialstrukturen erhalten bleiben. Diese nicht zu verleugnen und mit Einheitslametta zu überhängen, ist eine Aufgabe der Sozialwissenschaften, aber auch des öffentlichen Diskurses.

Manche, die heute vom „weinerlichen“ Ostdeutschen genervt sind, verweisen darauf, dass die Geschichte vergangen ist. Sie haben Recht, dass ein ewiges Lamento über Vergangenes und Nicht-Rückholbares wenig ertragreich ist. Ebenso gilt, dass die Ostdeutschen keine Opfer sind, sondern auch Handelnde des Prozesses waren und sind, viele dabei sogar sehr erfolgreich. Dennoch braucht es ein Erkennen und Benennen der Fehlstellungen, mit denen wir heute umgehen müssen. Es geht nicht um das Zurückspulen der Geschichte, sondern um deren Aneignung und ihren Bezug zur Gegenwart. Ob Frakturen der Sozialstruktur, die demografischen Unwuchten in Ostdeutschland, die Probleme der politischen Kultur – all diese sind gesellschaftliche Tatsachen, die der Angleichung entgegenstehen. Wir brauchen Vorstellungen und Begriffe davon, was die Entfremdung und das Ressentiment im Osten Deutschlands antreibt, welche politischen Bewusstseinsformen sich ausgebildet haben. Dazu gehört, dass der Osten unverstanden bleibt, wenn man ihn nur im Hohlspiegel des Westens analysiert, nicht im Eigensinn der Kultur und Mentalitäten vor Ort. Es scheint eine Erkenntnis der jüngeren Entwicklung zu sein: Das Erbe der DDR und die sozialen Schattenseiten der Transformation lassen sich nicht einfach so abschütteln. Nur wer diese Brüche versteht, kann politische Handlungsfähigkeit gewinnen. Dazu gehört auch, dass die ostdeutsche Gesellschaft selbst Konflikte um die eigene politische Kultur offen austragen muss, die in den drei Jahrzehnten der Einheit zu oft von politischer Schönrederei weggerechnet wurden.

STEFFEN MAU

ist Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

steffen.mau@hu-berlin.de

²⁰ Siehe auch APuZ 6–7/2020: Lausitz (Anm. d. Red.).

SOLIDARITÄT

EINHEITSPREIS 2020

Bis zu 5.000 Euro
gewinnen für Projekte
zur Deutschen Einheit
und für mehr Solidarität!

Bewerben: 2. Juni – 15. Juli
Abstimmen: 16. Juli – 16. August

EINHEITSPREIS.DE

ESSAY

ZUM ENDE DER „ALTEN“ BUNDESREPUBLIK

Edgar Wolfrum

Mit der Wiedervereinigung erhielt Deutschland, das in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Welt seinen negativen Stempel aufgedrückt hatte, eine zweite Chance, wie sie selten vorkommt. Die Bundesrepublik hat sich seither erheblich verändert. Das Land ist territorial größer und bevölkerungsreicher geworden, und die Berliner Republik ist in die Rolle einer kontinentalen Großmacht mit weltpolitischem Gewicht geschlüpft. 1990 löste sich ein europäisches Jahrhundertproblem, die deutsche Frage, denn drei Dimensionen wurden geklärt: *erstens*, wo Deutschland lag und wo seine Grenzen verliefen, *zweitens*, ob Freiheit oder Einheit der Vorrang gebührte, denn nun gab es eine Vereinigung in Frieden und Freiheit, und *drittens* war Deutschland kein Problem der europäischen Sicherheit mehr, es war in die Europäische Union, die Nato und viele andere Organisationen supranational eingebunden.

Deutschland stieg nach 1990 in die erste Liga der Staatengemeinschaft auf. Wirtschaftswunderland war die „alte“ Bundesrepublik seit Mitte der 1950er Jahre gewesen, der Slogan „Wohlstand für alle“ ihr Gründungsmythos. Infolge der Deutschen Einheit kam zur Wirtschaftsmacht ein politischer Aufstieg hinzu, im Zuge einer Karriere sondergleichen, den das Land erst akzeptieren musste. Viele hatten es sich bequem gemacht und sich in einer Art „Superschweiz“ eingehaust. Die Erwartungen von außen waren enorm, vor allem die USA wünschten sich Deutschland als Juniorpartner in der Welt. Dass viele Wünsche sich nicht erfüllten, lag auch am deutschen Selbstzweifel sowie an inneren, gesellschaftlichen und vergangenheitspolitischen Beschränkungen.

Diese hatten sich in einer langen Periode ausgebildet, in der sich die Westdeutschen im Generationenwechsel mit der Demokratie versöhnten. Die Bundesrepublik war und ist eine Wohlstandsgesellschaft mit hoher Reformfähigkeit. Die deutsche Demokratie hat sich seit 1949

immer gewandelt, mal allmählich und still, mal rasch und ungestüm, sodass sich mit der Zeit ein Konsens der Demokraten entwickeln konnte. Zur lernenden Demokratie kam nach der Friedlichen Revolution der Ostdeutschen 1989 die eroberte Freiheit, und alles bündelte sich in der erwachsen gewordenen, europäisch eingebetteten Berliner Republik. Das war ein aufregender Prozess, der noch nicht an sein Ende gelangt ist. Und er verlangte den Ostdeutschen einen radikalen Umbruch ab, während die Westdeutschen scheinbar von der Wiedervereinigung kaum betroffen waren und fast alles so blieb, wie es war. Dies ist ein Trugschluss. Das ganze Land trat in eine Phase tief greifender Veränderungen ein.

PROVISORIUM BONN?

Im Jahrzehnt vor der Wiedervereinigung war es – rückblickend betrachtet: paradoxerweise – zu einer Selbstanerkennung der „alten“ Bundesrepublik gekommen. Fast 40 Jahre lang hatten sich dieser Staat und die westdeutsche Gesellschaft konfliktreich Identitätsfragen gestellt, nun verabschiedete man sich vom Provisorium. Die Bundesrepublik war offensichtlich zu einem Definitivum geworden, zu einem ganz normalen Staat mit eigenständiger Staatsräson und einem angesehenen Platz im westlichen Bündnis. Atlantikpakt, (west)europäische Integration und Entspannung durch Ostpolitik – das war die außen- und deutschlandpolitische Trias, die die deutsche Gesamtnation als Ordnungsrahmen gar nicht mehr benötigte. Die Wiedervereinigung sei, so verlautete es immer wieder, zur Lebenslüge geworden.

Im Inneren zeugte die Geschichtspolitik davon, wie man auf dem Weg zu einer „normalen“ Nation Bundesrepublik war: Das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn sollte Identität stiften und die Hauptstadt-

architektur krönen. Wer zweifelte noch daran, dass Bonn, die Stadt im Westen, die so sehr für (West-)Europa stand, zur dauerhaften Hauptstadt geworden war? Durch Aus- und Versöhnungsfeierlichkeiten sollten die Deutschen mit ihrer Geschichte ins Reine kommen: François Mitterrand und Helmut Kohl standen 1984 vor den Soldatengräbern von Verdun symbolträchtig Hand in Hand. Richard von Weizsäcker würdigte 1985 in seiner berühmten Rede zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa den 8. Mai als einen „Tag der Befreiung“, und das Identitätskonzept eines „Verfassungspatriotismus“ entfaltete eine gewisse Strahlkraft. In einem mühsamen und langen Prozess, der im Historikerstreit von 1986 kulminierte, wurde der Erinnerungsimpervativ an den Nationalsozialismus konstitutiv für den bundesdeutschen Rechtsstaat und dessen Westbindung. All das stiftete den Westdeutschen „nationale“ Identität und öffnete ihnen zugleich das Tor zum universellen Wertekosmos.

Am Vorabend der „unverhofften Einheit“ schien es vielen, als habe sich die Bundesrepublik Deutschland nach 40 Jahren selbst anerkannt. Dann stand plötzlich die Chance der Wiedervereinigung vor der Tür. Wie ein erratic Block ragte die Rückkehr der Nation in die allgemeine Entwicklungstendenz dieser Zeit hinein. Denn seit den 1970er Jahren hatte sich die Bedeutung von Territorialität und Nationalstaat zugunsten von regionalen, europäischen und globalen Tendenzen reduziert. Die Selbstzufriedenheit und Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik wurde ab 1990 zum Problem: Man hatte gedacht, die Deutsche Einheit aus der Portokasse bezahlen und im Handumdrehen „blühende Landschaften“ schaffen zu können.

Der Trennungsschmerz vom Alten zeigte sich ganz offensichtlich bei der knappen Entscheidung vom 20. Juni 1991: In einer Kampfabstimmung entschied der Bundestag, von Bonn Abschied zu nehmen und Berlin zur Hauptstadt zu küren. Erfolg und Jubel für die einen, Niederlage und blankes Entsetzen für die anderen: 338 Abgeordnete stimmten für Berlin als Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschland, 320 votierten für Bonn, darunter die Mehrheit der Parlamentarier aus der „alten“ Bundesrepublik. In Bonn sei doch alles gut gewesen, der kleine Regierungssitz stehe für Modernität, westliches Demokratie-Modell und europäische Einbindung. Außerdem sei der Umzug teuer. Aber Berlin? War das nicht

das „böse“ Deutschland? Die Kapitale des militaristischen Preußens, wilhelminisch durchsäuert und vor allem Hitlers Reichshauptstadt? Viele priesen nun das kleine, verschlafene und brave Bonn und schienen zu vergessen, was sie während der 40-jährigen Teilung Deutschlands immer beschworen hatten: dass Berlin natürlich die Hauptstadt eines dereinst wiedervereinigten Landes sei. Bonn gegen Berlin, was wurde da nicht alles hochstilisiert: Bundestaat gegen angeblichen Zentralstaat, „altehrwürdige“ Länder gegen neue Länder, Rheinland gegen Preußen, Westbindung gegen Ostdrift, christliches Abendland gegen entchristlichter Osten. Ein Lichtblick war, dass die meisten prominenten Politiker von Willy Brandt bis Richard von Weizsäcker sich für Berlin einsetzten. Die Abgeordneten aus dem Osten taten das ohnehin, denn das neue Deutschland dürfe doch keine „vergrößerte alte Bundesrepublik“ sein, empörten sie sich. So begann die „Berliner Republik“ im Streit, und die Hälfte der Volksvertreter wollte sie gar nicht. Hat sich damit Deutschland verändert?

MYTHOS MITTE

Im Inneren ist die „neue“ Bundesrepublik viel heterogener, als es die „alte“ je war. Niemals zuvor in der deutschen Geschichte hatte es einen Staat gegeben, der in seiner Struktur so homogen, so ausgeglichen war wie die „alte“ Bundesrepublik. Das betraf die großen politischen Lager, das betraf die Konfessionen mit einem fast ausgeglichenen Verhältnis zwischen Katholiken und Protestanten, das betraf die föderale Gliederung und die Regionen mit je eigenen „Hauptstädten“ ohne zentralstaatliche Dominanz: Wo es kein Zentrum gab, gab es auch keine Peripherie.

Maß und Mitte wurden geradezu mystifiziert. Auf die gesellschaftliche Mitte war lange Zeit Verlass gewesen. Nach der Hyper-Emotionalisierung durch den Nationalsozialismus waren die Deutschen nach 1945 zur Ruhe gekommen, zuerst aus Erschöpfung, dann aus Einsicht. Sie haben seither auch in schwierigen Zeiten ihre Fassung und Ausgewogenheit bewahrt. Eine „Politik des mittleren Weges“ war charakteristisch für die „alte“ Bundesrepublik und unterschied sie von anderen Industriestaaten. Diese lag zwischen zwei Polen: dem nordeuropäischen Wohlfahrtskapitalismus und dem nordamerikanischen marktorientierten Kapitalismus. In die bundesdeutschen Normen und Institutionen war dies eingeschrieben: Die

soziale Marktwirtschaft, die Sozialpartnerschaft und die Verflechtung von Industrie, Banken sowie ihren Aufsichtsräten mitsamt ihren Vertretern der Arbeitnehmer- wie Arbeitgeberseite galten als Markenzeichen eines „Modells Deutschland“; der Sozialstaat von der dynamischen Rente und dem Lastenausgleich seit den 1950er Jahren bis zum Wohlfahrtsstaat mit Pflegeversicherung 30 Jahre später war die alles umspannende gesellschaftliche Integrationsklammer; die D-Mark als harte „Weltwährung“ war nationales Identitätssymbol, und die Menschen glaubten, in einer zwar nicht besonders innovationsfreudigen, aber soliden „Fahrstuhlgesellschaft“ zu leben, in der es immer nach oben ging.

ENDE ALTER GEWISSHEITEN

Doch das bundesdeutsche Sozialstaatsmodell, das 1990 auf Ostdeutschland übertragen wurde, war in die Jahre gekommen. Längst fällige Reformen wurden gestoppt und unter dem Diktat der Zeit nicht mit dem Prozess der Deutschen Einheit verknüpft. Erst als die Rahmenbedingungen sich erheblich verschlechtert hatten, schellten die Alarmglocken. Mit der Agenda 2010 endete die politische Logik der westdeutschen Nachkriegszeit, die von einem stetigen Ausbau der Wohlfahrtsstaatlichkeit ausging und kaum mehr haltbare Sozialstaatsgarantien kontinuierlich weiter versprach. Die „alte“ Bundesrepublik hatte in den 1980er Jahren Rekordstände der Massenarbeitslosigkeit und eine Spaltung zwischen wohlhabenden Beschäftigten und Arbeitslosen erlebt. Doch nun trieb der Niedriglohnsektor die soziale Ungleichheit voran – immer mehr „arbeitende Arme“ kamen hinzu. So erwiesen sich die 1990er und frühen 2000er Jahre als „doppelter Umbruch“, denn es folgten Wandlungen nicht nur im Osten. Entscheidend war: Der neoliberale Umbau der sozialistischen Gesellschaften führte mit Verzögerungen zu analogen „Ko-Transformationen“ im Westen.

Die Fixierung auf die „innere Einheit“ ließ alte, aber nicht gelöste Konflikte in den Hintergrund treten. In der „alten“ Bundesrepublik gab es seit den 1960er Jahren ein Süd-Nord-Gefälle; es besteht bis heute. Der Länderfinanzausgleich ist deshalb erfunden worden. Blickt man nur auf die durchschnittlich verfügbaren Einkommen der Privathaushalte in den gegenwärtigen 401 deutschen Landkreisen und kreisfreien Städten, war

der wohlhabendste Landkreis 2019 Starnberg bei München, wohingegen Gelsenkirchen das Schlusslicht bildete. Halle an der Saale hatte den niedrigsten Durchschnitt im Osten, rangierte jedoch noch deutlich vor Duisburg im Westen. Teile des Ruhrgebietes, des Saarlandes und Niedersachsens lagen weit zurück, also nicht allein Ostdeutschland, wo es neben ärmeren Kreisen auch reichere gibt.

Kaum eine andere Demokratie verfügte über ein beständigeres Parteiensystem und stabilere Koalitionsregierungen als die „alte“ Bundesrepublik, was sich auch in dem am Ende der 1950er Jahre viel zitierten Satz „Bonn ist nicht Weimar“ spiegelte. Dieser Zustand war spätestens um die Jahrtausendwende einem unübersichtlicheren Parteiensystem gewichen, das die Erosion der alten Volksparteien SPD und CDU/CSU mit sich brachte. Die Gesellschaft war vielfältiger, individualistischer und streitlustiger geworden. Dies warf die Frage auf, wo die Schnittmengen zwischen den einzelnen Lagern und Parteien zu suchen waren. Das bundesdeutsche Parteiensystem hatte seit 1949 mehrere Phasen durchlaufen: Der Neuformierungsphase nach dem Krieg war eine Konsolidierungsphase in den 1950er Jahren gefolgt. Schließlich hatte sich auf Bundesebene das Dreiparteiensystem von Union, SPD und FDP herausgebildet, auf dessen Höhepunkt in den 1970er Jahren den beiden Volksparteien Union und SPD 91 Prozent der Wählerstimmen zukommen sollten. Mit Beginn der 1980er Jahre hatte eine kleine Pluralisierung eingesetzt, als die Grünen hinzukamen, die CSU mit der Unions-Fraktionsgemeinschaft haderte und sich am rechten Rand verschiedene Gruppen formierten. Einen Fragmentierungsschub hatten die Neugründungen während der Friedlichen Revolution bewirkt, und ein Jahrzehnt später konnte sich die Linke als gesamtdeutsche Partei etablieren. Die Bundestagswahl im September 2017 stellte als Summe aller Wandlungen in der Berliner Republik das traditionelle politische System der „alten“ Bundesrepublik endgültig auf den Kopf. Niemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik seit 1949 hatten sowohl die Union als auch die SPD so schlechte Ergebnisse erzielt. Hingegen zog die rechtspopulistische AfD als drittstärkste Kraft in den Deutschen Bundestag ein – das Tabu, das die Geschichte scheinbar auferlegt hatte, war gebrochen.

Alte Gewissheiten verschwanden auch auf außenpolitischem Gebiet. Die Geschichte, so ließen sich 1989/90 viele einreden, sei an ihr Ende

gelangt, der liberale Kapitalismus habe weltweit gesiegt, und es würde sich eine lange friedliche Ära, ein neues goldenes Zeitalter fortwährender Glückseligkeit ausbreiten. Stattdessen begannen militärische Konflikte, zunächst in Südosteuropa, dann auf der ganzen Welt, und in diesem Zeitalter der „neuen Kriege“ wandelte sich die außenpolitische Stellung und militärische Rolle Deutschlands fundamental. Deutschland wurde wieder zu einer Krieg führenden Nation. Das für die „alte“ Bundesrepublik so zentrale Credo „Nie wieder Krieg“ veränderte sich, und der kategorische Imperativ hieß von nun an „Nie wieder Auschwitz“. Krieg müsse geführt werden, um Schlimmeres zu verhindern: Völkermord.

Beim Zweiten Golfkrieg, der im Januar 1991 begann, hatte sich Deutschland in einer Art und Weise beteiligt, wie bis dahin die „alte“ Bundesrepublik immer: Es zahlte die Rechnungen. Diese „Scheckbuchdiplomatie“ war sprichwörtlich geworden. Im Irak-Krieg gegen Saddam Hussein ab 2003, den die USA mit einer „Koalition der Willigen“ führte, verweigerte Deutschland die Gefolgschaft. Dass sich die Bundesrepublik solchermaßen von der einstigen Schutzmacht emanzipierte, war Ausdruck eines neuen deutschen Selbstbewusstseins und bedeutete einen ungeheuerlichen Vorgang. Es handelte sich nicht um die erste Krise im deutsch-amerikanischen Verhältnis. Seit Ende der 1950er Jahre war es immer wieder zu Spannungen gekommen, sei es während der Berlin-Krise von 1958 bis 1961, der Ostpolitik Willy Brandts oder der Nachrüstungsdebatte in den frühen 1980er Jahren. Doch in Zeiten des Kalten Krieges und der Semisouveränität der „alten“ Bundesrepublik waren die Kräfte der Einigung und die des Nachgebens stark. Das, was 2003 geschah, war ein Bruch mit der außenpolitischen Tradition der Bundesrepublik Deutschland.

Der Irak-Krieg spaltete Europa. Während sich die großen (west)europäischen Gründungsstaaten Frankreich und Deutschland verweigerten, stellten sich die osteuropäischen Länder an die Seite der USA. Dabei war für viele Osteuropäer traditionell Berlin eine Hoffnung. Besonders Politiker aus Polen und Ungarn wiesen gern auf die Schlüsselrolle der deutschen Hauptstadt hin. Einem gängigen Bonmot zufolge war Berlin der einzige Ort, an dem man den Westen erleben konnte, ohne den Osten ganz zu verlassen. Manche Westeuropäer betrachteten das deutsche Faible für den Osten durchaus skeptisch, nicht selten

kam Argwohn auf, wie schon bei der Neuen Ostpolitik. Vom traditionellen, ja Jahrhunderte alten „Ostdrang“ der Deutschen war die Rede – und das Ergebnis würde Deutschlands Stellung als Zentralmacht Europas stärken. War Deutschland ein ehrlicher Makler und eine sanfte Führungsmacht, der es vor allem darum ging, den Konsens unter den europäischen Partnern herzustellen?

NEUES SELBSTVERSTÄNDNIS

Die „alte“ Bundesrepublik stand in der moralisch-politischen Pflicht gegenüber Ost- und Ostmitteleuropa, wo sich seit Ende der 1970er Jahre Freiheitsbewegungen formierten. Mit solchen Bewegungen in ihrer eigenen Geschichte taten sich die Deutschen lange schwer. Wer in Aufständischen und Freiheitskämpfern seit den Bauernkriegen nur meuternde Rotten zu erblicken vermochte, hatte ein Problem damit. Die freudigen Menschenmassen bei der Maueröffnung am 9. November 1989 konnten daran etwas ändern, endlich eine Revolution von unten. Bis 1990 bezog sich das westdeutsche Geschichtsbewusstsein hauptsächlich auf eine negative Erinnerung an den Nationalsozialismus, die Kontrastfolie war für die „geglückte Demokratie“. Nun kamen positive Bezugseignisse hinzu, vor allem 1918 und 1989 – zwei deutsche Revolutionen. Deutschland ist nicht mehr das Land der ausgebliebenen oder gescheiterten Revolutionen. Die Bundesrepublik vermag ihre Identität nicht zu denken, ohne die Katastrophe zweier Weltkriege, ohne das „Dritte Reich“, ohne das Menschheitsverbrechen der Shoah. Aber zwischen den Nationalsozialismus und der Berliner Republik hat sich wie ein Puffer die Erfolgsgeschichte der „alten“ Bundesrepublik gelegt, und zusammen mit der Friedlichen Revolution von 1989 veränderte dies nicht nur das Geschichtsbild, sondern auch das Selbstverständnis.

EDGAR WOLFRUM

ist Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und Autor zahlreicher Veröffentlichungen zur deutschen und europäischen Geschichte.

edgar.wolfrum@zegk.uni-heidelberg.de

INTEGRATIONSBEITRAG UND VERTEILUNGSKONFLIKT

Geschichte und Perspektiven des Solidaritätszuschlags

Henrik Scheller

Der Solidaritätszuschlag ist ins Getriebe der bundesdeutschen Steuerdebatte geraten. Als finanzieller Integrationsbeitrag 1991 beziehungsweise 1995 eingeführt, ist er über die Jahre zu einem Lieblingsobjekt der Steuersenkungsbefürworter geworden. Im November 2019 beschlossen Bundestag und Bundesrat seine Teilabschaffung ab 2021 – ohne dass in diesen Diskussionen noch der ursprüngliche Grund seiner Einführung eine wesentliche Rolle gespielt hätte. Vielmehr dominierten verfassungsrechtliche, steuertechnische, haushalterische und verteilungspolitische Fragen den Gesetzgebungsprozess. Auf die regional nach wie vor bestehenden Ost-West-Unterschiede wurde nur noch partiell eingegangen. Dieser Fokuswandel in der Debatte über den Solidaritätszuschlag steht damit beispielhaft für die anhaltende Entfremdung zwischen Ost- und Westdeutschland seit der Wiedervereinigung, die die Politik zuletzt offenbar immer weniger kommunikativ aufzufangen und zu überbrücken vermochte – selbst wenn bereits die argumentative Begründung zur Ein- und Fortführung dieser Ergänzungsabgabe nicht immer glücklich war.

Dieser knappe Problemaufriss verdeutlicht, dass der Solidaritätszuschlag eine vielschichtige Materie ist, die über die Jahre nicht nur als Projektionsfläche politisch-kultureller Divergenzen diente, sondern eben auch grundlegende Aspekte des föderalen Verfassungsgefüges, haushalterische Verteilungskonflikte zwischen den Ebenen sowie Fragen der (steuerlichen) Einkommens(um)verteilung berührt. Im Folgenden sollen diese unterschiedlichen Dimensionen des Solidaritätszuschlags jeweils kurz beleuchtet werden, um die daraus resultierenden politischen Dilemmata aufzuzeigen, die er bis heute in sich trägt.

GENESE

Nicht einmal zwölf Monate nach dem Fall der Berliner Mauer sollte die Vereinigung der beiden deutschen Staaten qua Einigungsvertrag vollzogen werden. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurden die fünf „neuen“ Bundesländer gegründet und die Stadt Berlin fusioniert. Der finanzielle Status der neuen Gebietskörperschaften wurde zunächst provisorisch geregelt – zu unübersichtlich waren die unmittelbaren Finanzbedarfe der neuen Länder, die im Wesentlichen auf Basis von Schätzungen festgesetzt werden mussten. Mehrfach sollte sich innerhalb kurzer Fristen herausstellen, dass diese zu niedrig veranschlagt worden waren. So wurde 1990 zunächst der „Fonds Deutsche Einheit“ als Sondervermögen des Bundes zugunsten der ostdeutschen Bundesländer aufgelegt, der in den Jahren 1990 bis 1994 zwei Mal aufgestockt werden musste und am Ende ein Gesamtvolumen von 160,7 Milliarden D-Mark umfasste.⁰¹ Sinn und Zweck des Fonds war es, eine Integration der neuen Bundesländer in den bestehenden Bund-Länder-Finanzausgleich aufzuschieben, der zuvor immer wieder zu konflikträchtigen Auseinandersetzungen geführt hatte.

Erst 1995 wurden Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin in den Bund-Länder-Finanzausgleich integriert. Dessen grundlegende Ausgleichsmechanik wurde dabei nicht verändert, auch wenn die Umverteilungsvolumina massiv erhöht wurden – ein Umstand, der bis heute als enorme Anpassungs- und Integrationsleistung gilt.⁰² Mit der Finanzausgleichsreform 1993/95 wurde zusätzlich der Solidarpakt I für die neuen Bundesländer aufgesetzt. Dieser sah für die Jahre 1995 bis 2004 zum einen „Sonderbedarfs-Bundes-

ergänzungszuweisungen zum Abbau teilungsbedingter Sonderbelastungen sowie zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft“ (SoBEZ) in Höhe von rund 82 Milliarden Euro vor. Zum anderen stellte der Bund von 1998 bis 2001 mit dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost rund 24 Milliarden Euro bereit, die vor allem für Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur vorgesehen waren.

Keine vier Jahre nachdem der Solidarakt I beschlossen worden war, gelangte das Thema erneut auf die politische Agenda. Dahinter standen Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, die sogar das Bundesverfassungsgericht anriefen. Nach langwierigen Verhandlungen umfasste die Einigung auch einen Solidarakt II. Dem vorausgegangen war ein Gutachtenstreit, da sich Bund und Länder nicht auf die Höhe der fortbestehenden Sonderbedarfe der ostdeutschen Länder einigen konnten. So hatten die neuen Länder und Berlin 1999 gemeinsam vier Wirtschaftsforschungsinstitute mit der Erstellung von Gutachten zum infrastrukturellen Nachholbedarf Ostdeutschlands betraut. Trotz zum Teil stark voneinander abweichender Einzelergebnisse kam ein gemeinsamer Abschlussbericht zu dem Schluss, dass die neuen Bundesländer auch nach Ende des Solidarpakts I einen Kapitalstock zwischen 275 und 335 Milliarden D-Mark benötigen würden, um in etwa das Infrastrukturniveau der alten Bundesländer erreichen zu können.⁰³ Ein Gegengutachten im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen kam auf einen Nachholbedarf in Höhe von rund 160 Milliarden D-Mark.⁰⁴ Letztlich umfasste der Solidarakt II für die Jahre 2005 bis 2019 Zuweisungen in Höhe von 156,4 Milliarden Euro in zwei „Körben“: 105 Milliarden Euro in Form von „Sonderbedarfs-BEZ zur Deckung teilungsbedingter Sonderlasten“ nach dem Finanz-

ausgleichsgesetz, plus weitere rund 51 Milliarden Euro in Form einer politischen Zielvereinbarung. Der Bund sollte demnach die neuen Länder mithilfe seiner strukturpolitischen Instrumente (Gemeinschaftsaufgaben, Finanzhilfen und Investitionszulagen) gezielt fördern.⁰⁵

Für den Verhandlungserfolg der ostdeutschen Bundesländer dürften mehrere Gründe ausschlaggebend gewesen sein. Zum einen erwiesen sich die Gutachten zum infrastrukturellen Nachholbedarf Ostdeutschlands offenbar als veritables Druckmittel in der politischen Auseinandersetzung. Zum anderen hatte ein zeitgleich vorgestelltes Papier des damaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse (SPD) die politische Diskussion bestimmt, dessen Kernaussage in der Feststellung bestand, dass „Ostdeutschland auf der Kippe“ stehe.⁰⁶ Daneben sollten 2001 drei Landtagswahlen in den neuen Bundesländern stattfinden, die den Druck auf die Bundesregierung in den Solidaraktverhandlungen zusätzlich erhöhten und ein deutliches Bekenntnis zum „Aufbau Ost“ verlangten.

Neben der eigentlichen Höhe der Finanzbedarfe für die ostdeutschen Länder wurde kontrovers über die Transferwege zwischen den föderalen Ebenen sowie die Refinanzierung diskutiert. Besonders unmittelbar vor und nach der Vereinigung 1990 war die Frage, wie die öffentliche Hand ihre enormen Finanzbedarfe decken sollte, vor allem zwischen der damaligen Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP sowie der SPD als größter Oppositionsfraktion im Bundestag hoch umstritten. Während der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) eine Finanzierung der Deutschen Einheit über eine öffentliche Kreditaufnahme und die Sozialversicherungen präferierte, vertrat SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine die Auffassung, dass Steuererhöhungen aufgrund der Dimension der zu stemmenden Aufgabe unumgänglich seien.

Erst im März 1991 rang sich die Bundesregierung angesichts der enormen Haushaltsbelastungen dazu durch, einen Entwurf für ein Gesetz zur Einführung eines befristeten Solidaritätszuschlags und zur Änderung von Verbrauchsteuer- und anderen Gesetzen (Solidaritätsgesetz) in den Bundestag einzubringen.⁰⁷ Damit wurde eine auf ein Jahr

01 Vgl. Wolfgang Renzsch, *Finanzverfassung und Finanzausgleich*, Bonn 1991, S. 274 ff.

02 Vgl. Henrik Scheller, *Politische Maßstäbe für eine Reform des bundesstaatlichen Finanzausgleichs*, Lüdenscheid 2005.

03 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung/Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung/Institut für Ländliche Strukturforchung/Ifo Institut/Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle, *Infrastruktureller Nachholbedarf in Ostdeutschland*, Anhang zur Pressemitteilung der ostdeutschen Ministerpräsidenten vom 29.3.2000.

04 Vgl. Bernhard Seidel/Dieter Vesper, *Einige Ergänzungen zur Berechnung des staatlichen Anlagevermögens in Ost- und Westdeutschland*, Berlin 2001. Zur durch diese Differenz ausgelösten Kontroverse vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll (BT-PlPr.) 14/180, S. 17724.

05 Vgl. Bundesratsdrucksache 485/01, 6.7.2001, S. 4.

06 Wolfgang Thierse, *Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland*, Berlin 2000.

07 Vgl. Bundestags-Drucksache (BT-Drs.) 12/220, 11.3.1991.

befristete Ergänzungsabgabe zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 3,75 beziehungsweise 7,5 Prozent erhoben. Bemerkenswert war die Begründung: „Vor dem Hintergrund der jüngsten Veränderungen in der Weltlage (Entwicklungen im Mittleren Osten, in Südost- und Osteuropa und in den neuen Bundesländern), die die Bundesrepublik Deutschland verstärkt in die Pflicht nehmen, müssen zur Finanzierung der zusätzlichen Aufgaben die Haushaltseinnahmen des Bundes verbessert werden.“ Ein Verweis auf die ostdeutschen Länder fand sich darin nur versteckt: „Hinzu kommen zusätzliche, früher nicht absehbare Aufgaben in den neuen Bundesländern, die sich aus externen Entwicklungen, insbesondere aus dem Zusammenbruch der früheren RGW-Absatzmärkte, ergeben.“⁰⁸ Zusammen mit einer Erhöhung der Versicherung-, Mineralöl- und Tabaksteuer erwartete der Bund Mehreinnahmen in Höhe von rund 17,4 beziehungsweise 27,2 Milliarden D-Mark in den Jahren 1991 und 1992 – davon allein 11,3 und 10,7 Milliarden D-Mark aus dem Aufkommen des Solidaritätszuschlags.

1993 entschied der Bund, den Solidaritätszuschlag erneut einzuführen. In seiner Kommunikation vollzog er dabei einen Schwenk. So hieß es in der Gesetzesbegründung: „Zur Finanzierung der Vollendung der Einheit Deutschlands ist ein solidarisches finanzielles Opfer aller Bevölkerungsgruppen unausweichlich. Die Bundesregierung schlägt deshalb mit Wirkung ab 1. Januar 1995 einen – mittelfristig zu überprüfenden – Zuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer für alle Steuerpflichtigen vor. Dies ist auch unter dem Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit der richtige Lösungsweg. Der Zuschlag ohne Einkommensgrenzen belastet alle Steuerpflichtigen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit.“⁰⁹ Konkret sah das Solidaritätszuschlagsgesetz (SolzG) eine Ergänzungsabgabe zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 7,5 Prozent der Bemessungsgrundlage vor. Dieser Satz galt bis 1997 und wurde dann auf 5,5 Prozent gesenkt. Bis Ende 2019 dürften sich die Gesamteinnahmen des Bundes aus der Erhebung des Solidaritätszuschlags auf rund 331 Milliarden Euro belaufen haben.¹⁰

⁰⁸ Ebd., S. 1, S. 6.

⁰⁹ BT-Drs. 12/4401, 4.3.1993, S. 51.

¹⁰ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (BMF), Kabinett beschließt die weitgehende Abschaffung des Solidaritätszuschlags, Pressemitteilung, 21.8.2019.

RECHTLICHE DIMENSION

Der Solidaritätszuschlag stellt finanzverfassungs- und steuerrechtlich eine Ergänzungsabgabe zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer dar. Der Bund kann solche Abgaben auf Grundlage von Art. 106 Abs. 1 Nr. 6 GG im Wege eines einfachen Einspruchsgesetzes einführen. Entsprechende Erträge stehen ihm allein zu. Da das Instrument der Ergänzungsabgaben vor Einführung des Solidaritätszuschlags erst zwei Mal in der Geschichte der Bundesrepublik genutzt wurde, bestehen verfassungsrechtliche und -politische Meinungsverschiedenheiten bezüglich der steuerrechtlichen und haushalterischen Behandlung. In der Finanzwissenschaft wurden diese Auslegungskontroversen in der jüngsten Vergangenheit im Sinne einer notwendigen Abschaffung dieser vermeintlich eindeutig verfassungswidrigen Abgabe rezipiert.¹¹ Der Solidaritätszuschlag ist inzwischen mehrfach Gegenstand der Finanzgerichtsbarkeit gewesen – sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Neben dem Bundesfinanzhof hat sich auch das Bundesverfassungsgericht mit der Problematik auseinandergesetzt – sowohl mit einem Grundsatzurteil zu Sonderabgaben im Allgemeinen (1972) als auch zum Solidaritätszuschlag selbst (2010).

Hauptstreitpunkte in der Diskussion über den Solidaritätszuschlag waren dabei immer wieder die Befristung solcher seit 1955 zulässigen Ergänzungsabgaben, die politische Begründung und Zweckbindung sowie die Finanzierungsbedürftigkeit des Bundes. Die Frage der notwendigen Befristung von Ergänzungsabgaben leitet sich für viele Beobachter bereits aus ihrer Bezeichnung ab. Zudem hatte der Gesetzgeber bei der Einführung dieses Instruments bereits in seiner Gesetzesbegründung festgestellt, dass die Ergänzungsabgabe dazu diene, „anderweitig nicht auszugleichende Bedarfsspitzen im Bundeshaushalt zu decken, den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes in begrenztem Rahmen eine elastische, der jeweiligen Konjunkturlage und dem jeweiligen Haushaltsbedarf angepaßte Finanzpolitik zu ermöglichen und das Steuerverteilungssystem im Verhältnis zwischen Bund und Ländern dadurch zu festigen, daß die Notwen-

¹¹ Vgl. stellvertretend Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2018/19, Wiesbaden 2018, S. 316 ff.

digkeit einer Revision der Steuerbeteiligungsquoten (...) auf solche Mehrbelastungen des Bundes beschränkt wird, die nicht aus dieser beweglichen Steuerreserve gedeckt werden können“.¹² Diese Ausführungen verdeutlichen, dass der Bundesgesetzgeber offenkundig eine Notwendigkeit zur Einführung eines flexiblen Refinanzierungsinstrumentes für sich selbst in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte sah. Diese Intention steht in einer gewissen Spannungslage zur Einstufung der Ergänzungsabgabe als echte Steuer gemäß Paragraph 3 Abgabenordnung (AO), wonach Steuern „Geldleistungen (sind), die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen allen auferlegt werden, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft“. Dieser sogenannte Fiskalzweck ermöglicht es der öffentlichen Hand, Steuern gerade ohne Zweckbindung zu erheben. Das Bundesverfassungsgericht stützte seine Einschätzung zur Zulässigkeit einer längeren Erhebung von Ergänzungsabgaben zwar nicht unmittelbar auf Paragraph 3 AO, verweist aber auf „die Funktion, die die Ergänzungsabgabe im gesamten Steuersystem erfüllen soll“.¹³

Ähnlich stellte der Bundesfinanzhof 2011 fest, dass es von Verfassung wegen nicht geboten sei, „eine Ergänzungsabgabe von vornherein zu befristen oder sie nur für einen kurzen Zeitraum zu erheben (...). Unerheblich ist, ob die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag zweckgebunden für den ‚Aufbau Ost‘ verwendet wurden. Der Solidaritätszuschlag ist eine Steuer, die dem Bund zur Deckung seiner Ausgaben zur Verfügung steht. Die Entscheidung darüber, welche Aufgaben in Angriff genommen werden und wie sie finanziert werden sollen, gehört zur Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers, die sich grundsätzlich der gerichtlichen Nachprüfung entzieht (...).“¹⁴ Gleichzeitig stellte der Bundesfinanzhof allerdings auch fest, dass eine Ergänzungsabgabe zeitlich zu begrenzen sei, wenn sie „nach ihrem Charakter den Zweck hat, einen vorübergehenden aufgabenbezogenen Mehrbedarf des Bundes zu finanzieren, und sie damit kein dauerhaftes Instrument der Steuerverteilung sein darf“. Eine Ergänzungsabgabe könne demnach verfassungswidrig werden, wenn

„sich die Verhältnisse, die für die Einführung maßgebend waren, grundlegend ändern, z. B. weil der mit der Erhebung verfolgte Zweck erreicht ist“. Der Bundesfinanzhof stellte in seinen weiteren Ausführungen dann einen unmittelbaren, von anderen Verfassungsrechtlern¹⁵ bestrittenen Nexus zwischen der Erhebung des Solidaritätszuschlags und dem degressiv ausgestalteten Solidarpakt II her: „Daraus ist ersichtlich, dass der Bund von einem sinkenden Finanzbedarf ausgeht. Für einen dauernden, nicht mehr durch eine Ergänzungsabgabe abdeckbaren Finanzbedarf im Jahr 2005 ergeben sich jedenfalls keine Anhaltspunkte.“

Die derzeitige Bundesregierung hat insofern auf die Kritik am Solidaritätszuschlag reagiert, als sie sich im steuerpolitischen Teil ihres Koalitionsvertrags verpflichtete: „Wir werden insbesondere untere und mittlere Einkommen beim Solidaritätszuschlag entlasten. Wir werden den Solidaritätszuschlag schrittweise abschaffen und ab dem Jahr 2021 mit einem deutlichen ersten Schritt im Umfang von zehn Milliarden Euro beginnen. Dadurch werden rund 90 Prozent aller Zahler des Solidaritätszuschlags durch eine Freigrenze (mit Gleitzone) vollständig vom Solidaritätszuschlag entlastet.“¹⁶ Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde im August 2019 in den Bundestag eingebracht und im November mit der Stimmenmehrheit der Regierungsfractionen gebilligt. Danach werden die Freigrenzen, die der Veranlagung des Solidaritätszuschlags zugrunde gelegt werden, deutlich angehoben. Ähnlich wie bereits die Maßgaben des Koalitionsvertrags fokussierte der Gesetzentwurf der Großen Koalition vor allem die Entlastungswirkungen der Reform – auch wenn der Bundesminister der Finanzen in seiner Rede zur zweiten und dritten Lesung im Parlament noch versuchte, mit einer Scheinkausalität an die ursprüngliche Intention zur Einführung des Solidaritätszuschlags anzuknüpfen: „Deshalb ist seine heutige weitgehende Reduzierung auch ein Zeichen des Erfolges des Zusammenwachsens in Deutschland.“¹⁷ Kritik kam von der FDP, aber auch die AfD-Fraktion im Bundestag setzte sich mit einem eigenen Antrag für eine vollständige und sofortige Ab-

¹² BT-Drs. 2/480, 29.4.1954, S. 72f.

¹³ BVerfG, Beschluss vom 9.2.1972, Az: 1 BvL 16/69, Rn. 24.

¹⁴ BFH, Urt. v. 21.7.2011 – II R 50/09, S. 5.

¹⁵ Vgl. Henning Tappe/Rainer Wernsmann, *Öffentliches Finanzrecht*, Heidelberg 2019, S. 84.

¹⁶ CDU/CSU/SPD, *Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode*, Berlin 2018, S. 68.

¹⁷ BT-PIPr. 19/127, 15777 A.

schaffung des Solidaritätszuschlags ein¹⁸ – eine Partei also, die gerade in den ostdeutschen Bundesländern über eine breite Wählerbasis verfügt. Auch in der wissenschaftlichen Debatte wurde die jüngste Reform im Wesentlichen unter dem Gesichtspunkt ihrer Verteilungswirkungen diskutiert.¹⁹ Während eher neoklassisch geprägte Ökonomen nachzuweisen versuchten, dass der Erhalt des „Rumpf-Solidaritätszuschlags“ nicht die von der Koalition intendierten Entlastungswirkungen entfalten und Unternehmen weiterhin belasten dürften, verwiesen eher keynesianisch geprägte Ökonomen auf die negativen Verteilungswirkungen zugunsten höherer Einkommensgruppen und den öffentlichen Gesamthaushalt.²⁰

ÖKONOMISCHE DIMENSION

In den Verhandlungen zum Solidaripakt II 2001 bestand unter den beteiligten Akteuren weitgehend Konsens, dass Ende 2019 mit dem Auslaufen der milliardenschweren Sonderförderung für die fünf neuen Bundesländer und Berlin eine Angleichung sowohl der Wirtschafts- und Finanzkraft als auch der Lebensverhältnisse erreicht sein müsste, sodass kein weiterer Solidaripakt erforderlich sei. Nicht umsonst wurde der Solidaripakt II degressiv ausgestaltet, sodass das Gesamtvolumen der Mittelzuweisungen von 10,5 Milliarden Euro 2005 auf 2,1 Milliarden Euro 2019 abgeschmolzen wurde. Daraus wurde verschiedentlich der Schluss abgeleitet, dass für die ostdeutschen Bundesländer ab 2020 eine (fiskalische) „Normallage“ ohne weitere finanzielle Sonderbehandlung anzunehmen sei. So stellte beispielsweise der Bundesrechnungshof in einem Gutachten für die Bundesregierung 2019 fest: „Ab dem Jahr 2020 werden die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern auf eine neue Grundlage gestellt. Die spezifische Ausrichtung des bisherigen Finanzausgleichs mit einer

Schwerpunktsetzung auf die neuen Länder wird ersetzt durch einen vertikalen Finanzausgleich, in dem der Bund mittels einer Reihe von z.T. neuen Bundesergänzungszuweisungen sowie der zusätzlichen Abgabe von Umsatzsteueranteilen alle Länder unterstützt. (...) Ab dem Jahr 2020 liegt dem Finanzausgleich damit wieder eine finanzverfassungsrechtliche Normallage zugrunde. Ein besonderer Finanzbedarf des Bundes zur Abdeckung neuer spezifischer Ausgabenbedarfe ist derzeit nicht erkennbar.“²¹

Tatsächlich war in den entsprechenden Verhandlungen 2017/19 die mögliche Neuauflage eines weiteren Solidaripakts kein Thema mehr. Gleichwohl wurden bei der Neuausrichtung des Bund-Länder-Finanzausgleichs einzelne Ausgleichsmechanismen so konstruiert, dass sie den spezifischen Finanzbedarfen der ostdeutschen Bundesländer in besonderer Weise Rechnung tragen.²²

Die fortbestehenden wirtschaftlichen und fiskalischen Eigenarten der ostdeutschen Bundesländer werden Jahr für Jahr im Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit dokumentiert. Ein Blick auf einschlägige ökonomische Indikatoren verdeutlicht dabei, dass zwischen „alten“ und „neuen“ Bundesländern nach wie vor ein deutliches Gefälle besteht. So lag 2018 das BIP je Einwohner in Ostdeutschland bei 74,7 Prozent des westdeutschen Vergleichswertes. Seit 2010 lässt sich hier nur noch eine sehr verlangsamte, eher stagnierende Angleichung auf hohem Niveau konstatieren.²³ Dies spiegelt sich auch in der Lohnentwicklung zwischen alten und neuen Bundesländern wider: 2018 wurden in Ostdeutschland 84 Prozent des Westniveaus erreicht. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die über Jahre hinweg zu einem der drängendsten Probleme vieler ostdeutscher Regionen zählte, hat sich im Ost-West-Vergleich zwar aufgrund der insgesamt positiven Wirtschaftsentwicklung bis zum Ausbruch der Corona-Krise deutlich verbessert. Nichtsdes-

¹⁸ Vgl. BT-Drs. 19/4898, 10.10.2018.

¹⁹ Vgl. Maximilian Blömer et al., Was bei einer Reform des Solidaritätszuschlags zu beachten ist, in: Ifo Schnelldienst 16/2019, S. 3–15.

²⁰ Vgl. Martin Beznoska/Tobias Hentze, Auswirkungen der Reform des Solidaritätszuschlags auf die Steuerzahler. Berechnungen anhand ausgewählter Fallbeispiele, Köln 2020; Katja Rietzler/Achim Truger, Ein gerechterer Einkommenssteuertarif ohne Soli, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, IMK Policy Brief, 24.10.2017, S. 1–30.

²¹ Gutachten des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung über den Ausbau des Solidaritätszuschlags. Rechtliche und finanzielle Aspekte, 2019, S. 11.

²² Vgl. Philipp Glinka/Thomas Lenk, Der neue bundesstaatliche Finanzausgleich – eine Reform und viel Reformaufschub, in: Wirtschaftsdienst 7/2017, S. 506–512.

²³ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2019, Berlin 2019, S. 20.

totrotz bestand bei den entsprechenden Quoten – Stichtag 31. Dezember 2019 – eine Diskrepanz zwischen 4,6 Prozent in Westdeutschland und 6,2 Prozent in Ostdeutschland, nachdem sie über Jahre hinweg in den neuen Bundesländern doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern gelegen hatten.²⁴

Selbst wenn diese aggregierten Indikatoren nur ein unzureichendes Bild der Situation in Ostdeutschland geben, da sie regional zum Teil erheblich variieren, sind die Ursachen für diese Eigenarten in der Wirtschafts- und Finanzstruktur – gerade auch im Vergleich mit strukturschwachen Regionen in Westdeutschland – vielfältig. Jenseits der boomenden Wachstumsregionen um Jena, Leipzig, Dresden, Erfurt und Potsdam leidet die Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands nach wie vor unter dem einheitsbedingten Wegbruch produzierender Großunternehmen. Keines der DAX-Unternehmen hat seine Unternehmenszentrale in den fünf ostdeutschen Bundesländern. Da dort zudem ausländische Direktinvestitionen deutlich niedriger als in Westdeutschland sind, verfügen Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern als „verlängerte Werkbänke“ oft allenfalls über entsprechende Produktionsstätten. Ansonsten wird die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur vornehmlich durch klein- und mittelständische Unternehmen dominiert. In der Folge betrug 2019 die originäre Finanzkraft der ostdeutschen Bundesländer im Verhältnis zum Gesamtdurchschnitt pro Kopf nach wie vor zwischen 72,0 Prozent in Brandenburg und 55,2 Prozent in Sachsen-Anhalt – im Saarland als finanzschwächstes westdeutsches Bundesland waren es 71,3 Prozent.²⁵

Ohne einen föderalen Finanzausgleich einschließlich entsprechender Zuweisungen des Bundes wären die ostdeutschen sowie ein Teil der westdeutschen Bundesländer kaum in der Lage, die sich aus ihrer Eigenstaatlichkeit ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. Neben regionalökonomischen Spezifika bestehen zwischen Ost und West auch Unterschiede hinsichtlich der demografischen Struktur sowie der politischen Kultur – Faktoren, die auch Wechselwirkungen mit der wirtschaftlichen Entwicklung entfalten.

AUSBLICK

Die wiederkehrenden Debatten über den Solidaritätszuschlag und den Solidarpakt verdeutlichen geradezu exemplarisch: Die Solidarität zwischen West- und Ostdeutschland scheint auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ein fragiles Gut zu sein. Denn die Diskussionen kreisen im Kern nicht nur um die Frage nach Maß und Grenzen interregionaler und interpersonaler Solidarität. Vielmehr sind sie auch immer wieder durch kommunikative Ungeschicklichkeiten, politisch intendierte Missverständnisse, wechselseitige Enttäuschungen und divergierende Interessen geprägt gewesen. Die zeitliche Dauer, das verbreitete Gefühl einer „solidarischen Einbahnstraße“ – insbesondere in Westdeutschland – sowie ein unzureichendes wechselseitiges Gespür für politische Sensibilitäten haben allenfalls bedingt dazu beigetragen, dass hier Solidarität im Sinne eines „inneren Zusammenhalts einer Gruppe, Gemeinschaft oder der Gesellschaft insgesamt“ etabliert wurde.²⁶ Letztlich konnten auch die normativ-appellativen Bezeichnungen des Solidaritätszuschlags und des Solidarpakts keine wirklich nachhaltigen „gemeinschaftsfördernde Formen des Handelns“ erzeugen, da das erwünschte Pflichtgefühl, diese Unterstützungsleistungen zu erbringen, nur von kurzer Dauer war. So wurde in hitzigen politischen Kontroversen und Wahlkämpfen immer wieder auch und gerade die finanzielle Unterstützung der ostdeutschen Bundesländer mit Verweis auf vermeintlich inopportune politische Sonderwege infrage gestellt. War dies in den 1990er Jahren mit der „Roten-Socken-Kampagne“ die Warnung vor einer Regierungsbildung von SPD und damaliger PDS, wurde mit ähnlichen Aussagen seit Mitte der 2010er Jahre das Erstarken der AfD und anderer rechtspopulistischer und -extremer Parteien in Ostdeutschland kritisiert.

Die Diskussion über das Für und Wider des Solidaritätszuschlags ist über die Jahre allerdings auch immer stärker ins Fahrwasser der bundesdeutschen Steuerdebatte geraten, die sich seit jeher durch eine starke parteipolitische Polarisierung auszeichnet. Während die bürgerlich-konservativen Parteien und vor allem die FDP

²⁴ Vgl. <https://statistik.arbeitsagentur.de>.

²⁵ Vgl. BMF, Monatsbericht März 2019, Berlin 2019, S. 22.

²⁶ Susanne Boshammer, Solidarität, in: Stefan Gosepath et al., (Hrsg.), Handbuch der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie, Bd. 2, Berlin, S. 1197–1201.

programmatisch für Steuersenkungen und -vereinfachungen stehen, propagieren die Parteien links der Mitte vor allem die Besteuerung höherer Einkommensgruppen. Die letzte große Einkommen- und Körperschaftsteuerreform wurde allerdings im Jahr 2000 ausgerechnet von einer rot-grünen Bundesregierung umgesetzt. Zu einer derart einschneidenden Entlastung der Steuerzahler ist es seitdem nicht mehr gekommen. Ein Grund dafür ist nicht zuletzt die Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz, die 2009 im Zuge der Föderalismusreform II erfolgte und sich mithin als „Steuersenkungsbremse“ erweist. Aufgrund seiner spezifischen Ausgestaltung entwickelte sich der Solidaritätszuschlag deshalb insbesondere für die Parteien und Interessengruppen, die stets über zu hohe Steuerquoten klagen und eine Entlastung von Unternehmen und Bürgern verlangen, zu einer willkommenen Projektionsfläche für entsprechende Forderungen. Zweckbindung und Begründungsbedürftigkeit dieses steuerpolitischen Instruments bieten dabei hinreichende Angriffspunkte, um eine vollständige Abschaffung zu fordern. Trotz der Grundsatzjudikatur des Bundesverfassungsgerichts scheint es nicht gänzlich unwahrscheinlich, dass die im November 2019 gesetzlich verabschiedete Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags von Karlsruhe perspektivisch als verfassungswidrig eingestuft werden könnte – zumal dort bereits eine Klage vom Bund der Steuerzahler anhängig ist und die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ Ähnliches anstrebt.

Eine langfristige Beibehaltung des Solidaritätszuschlags in seiner jetzigen Form dürfte deshalb politisch kaum durchzuhalten sein. Problematisch erscheint auch eine bloße „Um-etikettierung“ in Gestalt einer neu zu formulierenden und gegebenenfalls weiter zu fassenden Zweckbestimmung. Umso dringlicher scheint es, auf einer Metaebene die Lehren aus den Diskussionen über diese Ergänzungsabgabe zu reflektieren. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf die spezifischen Bedarfe Ostdeutschlands gerichtet werden, die auch in Zukunft fortbestehen werden – selbst wenn diese nicht mehr vorrangig investiver und infrastruktureller Natur sein mögen. Stattdessen braucht es ein strukturpolitisches Instrumentarium, das viel stärker auf eine integrierte Förderung von regionalökonomischen und sozialen Aspekten abhebt und dabei demografischen,

soziokulturellen und zivilgesellschaftlichen Spezifika Rechnung trägt. Ein so ausgerichtetes Förderinstrumentarium kann dann auch über die strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland hinaus genutzt werden.

Darüber hinaus braucht es aber auch eine steuerpolitische Debatte, die den „Fiskalzweck“ von Steuern als gegenleistungsfreie Leistungen ernst nimmt und anerkennt, dass der Staat zur Finanzierung von öffentlichen Aufgaben auf die Vereinnahmung von Steuern angewiesen ist. Vor Forderungen nach Steuersenkungen hat damit notwendigerweise immer eine Diskussion über die zukünftigen Aufgaben des Staates zu stehen. In der Debatte über den Solidaritätszuschlag wurde dieser Nexus faktisch immer stärker abstrahiert und auf eine Gegenrechnung von Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag und Ausgaben für den Solidarpakt reduziert. Dass sich dabei die Situation in Ostdeutschland inzwischen grundlegend politisch verändert hat, blieb in dieser Verkürzung außen vor. Angesichts einer Debatte über gesellschaftliche Transformationsnotwendigkeiten infolge „glokal“ wirkender Megatrends, massiver Verschiebungen im deutschen Parteiensystem und einer scheinbar wachsenden Entfremdung zwischen Bürgern und staatlichen Institutionen, ist eine grundlegende Auseinandersetzung über das, was „Staat“ leisten und finanzieren kann und soll, unausweichlich. Dies schließt verteilungspolitische Grundsatzfragen genauso ein wie die Möglichkeit des Bundes zur kurzfristigen, flexiblen und bedarfsbezogenen Erhebung von Ergänzungsabgaben. Aber auch die Einnahmenverteilung zwischen den föderalen Ebenen muss weiter und grundsätzlich diskutiert werden. Denn in einem Bundesstaat sollten im Idealfall natürlich alle Gebietskörperschaften über eine hinreichende Finanzausstattung verfügen, die es ihnen erlaubt, nicht nur phasenweise und projektbezogen aufgrund von Förderprogrammen, sondern verlässlich und auf Basis einer stabilen Einnahmenbasis autonom eine Politik zu gestalten, die sich an regionalen Bedarfen orientiert.

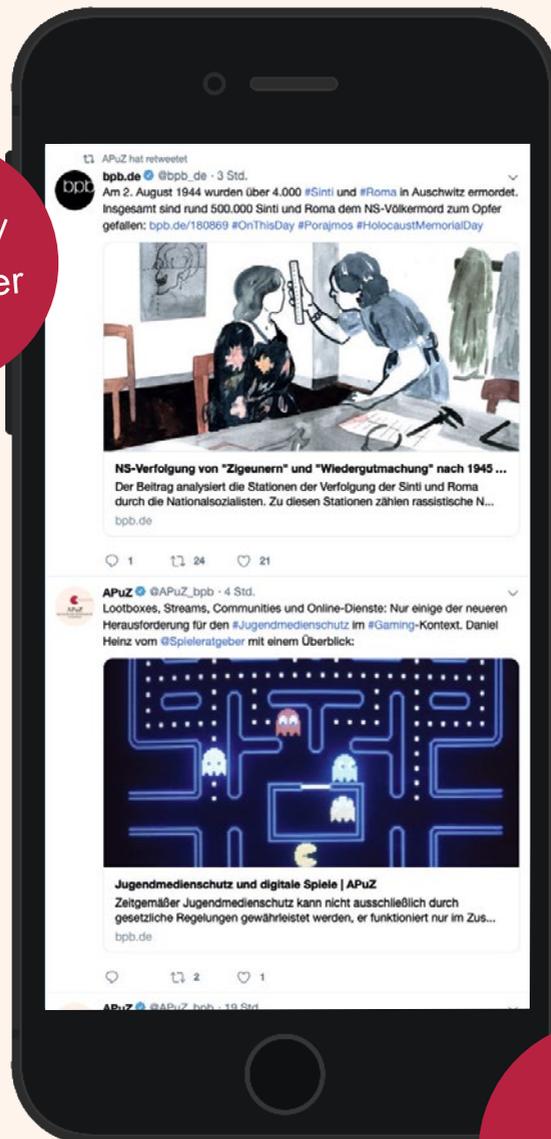
HENRIK SCHELLER

ist promovierter Politikwissenschaftler und Leiter des Teams Wirtschaft und Finanzen am Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin.

scheller@difu.de

Immer informiert.

Bestellen Sie den APuZ-Newsletter
oder folgen Sie uns auf Twitter!



Der Newsletter informiert Sie etwa 30 mal im Jahr per E-Mail über die Beiträge der aktuellen Ausgabe sowie über kommende Themenschwerpunkte, den jährlichen „Call for Papers“ und Veranstaltungen.

Auf Twitter meldet sich die Redaktion zu tagesaktuellen Themen mit Links zu Beiträgen aus der APuZ und dem Netzwerk der Bundeszentrale für politische Bildung.

VIETDEUTSCHLAND UND DIE REALITÄT DER MIGRATION IM VEREINTEN DEUTSCHLAND

Noa K. Ha

Die Geschichte der Migration aus Vietnam nach Deutschland ist eine Geschichte des 20. Jahrhunderts und des Kalten Krieges. Der Kalte Krieg bestimmte die globale Ordnung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, und auf zwei höchst unterschiedlichen Wegen kamen Menschen aus Vietnam in die Bundesrepublik und in die DDR. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten hatte die Neuordnung der globalen Verhältnisse auch direkte Auswirkungen auf die Menschen in der Diaspora – auf ihren Arbeitsplatz, ihren Aufenthaltstitel und auf das Verhältnis der verschiedenen vietnamesischen Communities zueinander.

Die Geschichte der Migration aus Vietnam nach Deutschland, die sich scheinbar auf eine spezifische Personengruppe reduzieren lässt, verweist auf die Komplexität der historischen, sozialen, kulturellen und politischen Voraussetzungen von Migrant*innen. Denn „Migration“ ist ein einfaches Wort für einen hochkomplexen Zusammenhang zwischen Arbeits-, Aufenthalts-, Asyl- und Staatsbürgerschaftsrecht, den Arbeits-, Wohnungs- und Bildungsmärkten sowie individuellen Erfahrungen. Im folgenden Rückblick auf die vietdeutsche Migrationsgeschichte bis in die heutige Zeit, in der die Deutsche Einheit sich zum 30. Mal jährt, werden daher ein paar Schlaglichter ausgewiesen, um die gesellschaftlichen Realitäten vietdeutscher Menschen zu umreißen. Wie war das gesellschaftliche Klima in jenen Zeiten? Welche Stimmung herrschte in Deutschland? Was hat sich verändert? Was ist nach wie vor präsent?

VON VIETNAM NACH DEUTSCHLAND

Die vietdeutsche Migrationsgeschichte beginnt in einer Zeit, in der Migrations- und Fluchtregime unter einem ideologischen und konkur-

rierenden Paradigma formuliert und praktiziert wurden. Derzeit leben etwa 185 000 vietnamesische Staatsbürger*innen und Deutsche vietnamesischer Herkunft in Deutschland.⁰¹ Deren Wege nach Deutschland kann man bis 1989 grob in zwei unterscheiden: die Ankunft von Geflüchteten aus Vietnam, bekannt als „Boat People“, in Westdeutschland zwischen 1975 und 1986 und die Ankunft der Vertragsarbeiter*innen in der DDR auf der Grundlage von Vertragsabkommen zwischen den sozialistischen „Bruderstaaten“ von 1980 bis 1989. Neben der Flucht- und Arbeitsmigration gab es Formen der Bildungsmigration in beide deutsche Staaten. Bereits in den 1950er Jahren reisten über 300 vietnamesische Schüler*innen in die DDR.⁰² In den 1960er und 1970er Jahren kamen junge Menschen zum Studium sowohl in die Bundesrepublik (2055 Personen bis 1975) als auch in die DDR (42 000 Personen),⁰³ die in der großen Mehrheit nach Vietnam zurückkehrten.⁰⁴ Diese Migrationsbewegungen erzählen eine vielschichtige Geschichte des Verlassens, des Austauschs und der Ankunft über mehrere Generationen und Länder hinweg.

Boat People in Westdeutschland

Nach dem Ende des Vietnam-Krieges 1975 flohen viele Menschen aus Vietnam, weil das Land verwüstet war oder sie Repressalien unter der neuen Regierung fürchteten. Man schätzt, dass 1,3 Millionen Menschen aus Vietnam flohen, von denen vermutlich 400 000 bis 500 000 starben.⁰⁵ Aufgrund ihres Fluchtweges über das Südchinesische Meer wurden sie als „Boat People“ bekannt. Die Berichterstattung über die Seenotrettungsaktionen, die der Journalist Rupert Neudeck 1979 mit dem gemieteten Frachtschiff Cap Anamur startete, wurden in Westdeutschland intensiv verfolgt, und in den 1980er Jahren war die Bundesrepublik

einer von 16 Staaten, die 38000 Boat People als Kontingentflüchtlinge aufnahmen.⁰⁶ Durch eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung und die sofortige Arbeitserlaubnis sowie Eingliederungsmaßnahmen wie Sprachkurse, Beratung und Betreuung sollten die Geflüchteten die Möglichkeit erhalten, sich langfristig niederzulassen. Mit der Unterstützung von Wohlfahrtsverbänden kamen inklusive Familiennachzug 45779 geflüchtete Menschen aus Vietnam bis in die 1990er Jahre hinein in der Bundesrepublik an.⁰⁷

Viele von ihnen richteten sich in Deutschland ein, und die Integration in die Arbeits-, Bildungs- und Wohnungsmärkte verweisen heute auf einen gelungenen Niederlassungsprozess. Jedoch liegen kaum Studien vor, die sich mit dem Alltag und dem Leben der Boat People und ihrer Nachfahren befassen.⁰⁸ Die Geschichte der Boat People aus Vietnam wurde und wird häufig als erfolgreiche Integration einer vorbildlichen, weil fleißig, höflich und angepasst erscheinenden Minderheit dargestellt.⁰⁹ Jedoch gilt es bei dieser Interpretation zweierlei zu beachten. Zum einen trafen die Boat People auf eine besondere gesellschaftliche

Empathie, die auch auf den Kalten Krieg zurückzuführen ist. Denn sie flohen vor einem kommunistischen Regime und wurden vorrangig von westlichen Staaten aufgenommen. Die Niederlassung wurde ihnen großzügig erleichtert. Das stellt im Vergleich zu anderen geflüchteten Personengruppen eher eine Ausnahme dar. Zum anderen waren auch sie den Formen des Alltagsrassismus und der rassistischen Gewalt in Deutschland ausgesetzt und wurden mit dieser Differenzierung in Konkurrenz zu anderen migrantischen Gruppen gesetzt. Dieses Konkurrenzverhältnis, basierend auf einem Erfolgsnarrativ als „Model Minority“, pauschalisiert verschiedene Gruppen zueinander und ignoriert sowohl die strukturellen Voraussetzungen als auch die diskriminierenden Verhältnisse durch eine Kulturalisierung von Unterschieden.

Vertragsarbeiter*innen in der DDR

Im Gegensatz zur Geschichte der Boat People kann die der vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen in der DDR als eine des Aufbaus erzählt werden, die vorrangig auf den Interessen zweier sozialistischer Staaten basierte. Schon in den 1950er Jahren reisten vietnamesische Kinder nach Deutschland, die im Rahmen eines Solidaritätsprogramms zwischen der DDR und Nordvietnam aufgenommen und beschult wurden. Im sächsischen Moritzburg befand sich ein Kinderheim, in dem Waisenkinder aus China, Korea und Vietnam untergebracht wurden.¹⁰ Später studierten junge Menschen aus Nordvietnam an den Universitäten der DDR – manche von ihnen sollten später als Dolmetscher*innen für die Vertragsarbeiter*innen arbeiten. Zu dieser Zeit berichteten die vietnamesischen Studierenden, dass sie freundlich und offen aufgenommen wurden und gerne wieder in die DDR reisen wollten. In den 1980er Jahren trafen sie jedoch vermehrt auf eine feindselige Umgebung.¹¹

Da bis zur Errichtung der Berliner Mauer 1961 3,1 Millionen DDR-Bürger*innen das Land verlassen hatten, war der Arbeitskräftemangel in

01 Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2018, Fachserie 1 Reihe 2.2, 2019, www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/migrationshintergrund-2010220187004.pdf?__blob=publicationFile. Für einen Überblick über die Zahl der Menschen mit vietnamesischer Staatsbürgerschaft in Deutschland sowie der eingebürgerten Menschen mit Bezügen nach Vietnam vgl. Ann-Julia Schaland/Antonie Schmitz, Die vietnamesische Diaspora in Deutschland, Bonn-Eschborn 2015, www.cimonline.de/static/media/gjz2016-de-diasporastudie-vietnam.pdf.

02 Vgl. Schaland/Schmitz (Anm. 1), S. 8.

03 Vgl. ebd., S. 8f.

04 Vgl. Stefan Canham/Phuong-Dan Nguyen/Kristin Mundt, Die Deutschen Vietnamesen, Berlin 2011.

05 Vgl. Uta Beth/Anja Tuckermann, Geschichte, Arbeit und Alltag vietnamesischer Migrant_innen, in: Kien Nghi Ha (Hrsg.), Asiatische Deutsche – Vietnamesische Diaspora and Beyond, Berlin 2012, S. 99–117, hier S. 99.

06 Vgl. Schaland/Schmitz (Anm. 1), S. 9.

07 Vgl. Beth/Tuckermann (Anm. 5), S. 100.

08 Vgl. Phi Hong Su/Christina Sanko, Vietnamesische Migration nach Westdeutschland. Ein historischer Zugang, in: Bengü Kocatürk-Schuster et al. (Hrsg.), Unsichtbar. Vietnamesisch-Deutsche Wirklichkeiten, S. 6–23, hier S. 23.

09 Vgl. Hans Dieter Laux/Günter Thieme, Asian Americans – von einer verachteten Minderheit zur Model Minority?, in: Werner Gameraith/Ulrike Gerhard (Hrsg.), Kulturgeographie der USA, Berlin–Heidelberg 2017, S. 105–114; Rosalind S. Chou/Joel R. Feagin, Myth of the Model Minority: Asian Americans Facing Racism, Abingdon 2015.

10 Vgl. Maximilian Kalkhof, Vietnamesen in der DDR. Als „Onkel Ho“ seine Kinder schickte, 22.11.2015, www.spiegel.de/a-1060680.html.

11 Vgl. Beth/Tuckermann (Anm. 5); Katja Illgen, Erfahrungsräume und Lebensgeschichten: Vietnamesen in der DDR und in den neuen Bundesländern, Jena 2013.

der DDR spürbar.¹² Ab den 1960er Jahren schloss die DDR daher mehrere Abkommen über Vertragsarbeit ab: mit Polen (1963), Ungarn (1967), Algerien (1974), Kuba (1975), Mosambik (1979), Vietnam (1980) und Angola (1984) sowie in geringem Umfang mit der Mongolei (1982), China (1986) und Nordkorea (1986). Diese Abkommen legten maßgeblich die Dauer und die Form des Aufenthalts der Vertragsarbeiter*innen fest und umfassten Vereinbarungen zwischen den Staaten, die jedoch nicht der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht wurden.

Das Abkommen zur Vertragsarbeit zwischen der DDR und Vietnam wurde 1980 unterzeichnet und erlaubte der DDR die Anwerbung von rund 70 000 Vertragsarbeiter*innen.¹³ Diese reisten in zwei Phasen ein: In der ersten Phase von 1980 bis 1984 kamen vor allem qualifizierte Personen, die als Facharbeiter*innen in der DDR arbeiteten, während in der zweiten Phase von 1987 bis 1989 vorrangig Personen ohne Ausbildung und deutsche Sprachkenntnisse einreisten, um einfache Tätigkeiten zum Beispiel in der Textilindustrie zu übernehmen.¹⁴ Den einreisenden Männern und Frauen war es nicht gestattet, die Vertragsarbeit und eine Familiengründung in der DDR zu vereinbaren: Im Falle einer Schwangerschaft mussten vietnamesische Frauen die DDR verlassen. Kontakte zwischen den Vertragsarbeiter*innen und Kolleg*innen beziehungsweise der breiteren Gesellschaft waren nicht vorgesehen: Die Unterbringung und Freizeitgestaltung erfolgte segregiert, und eine Niederlassung beziehungsweise eine Integration in die DDR-Gesellschaft sollte tunlichst vermieden werden. Die umfangliche Versorgung und Überwachung der ausländischen Vertragsarbeiter*innen wurde in der DDR als „Fürsorgediktatur“ bezeichnet,¹⁵ wobei die eigenen Bedürfnisse der Vertragsarbeiter*innen keine Rolle spielten.¹⁶

VIETDEUTSCHE POSTWENDEZEIT

Mit dem Ende der DDR prekarierten sich die Zukunftsperspektiven der bisherigen Vertragsarbeiter*innen. Erst 1997 wurde eine rechtliche Grundlage für diejenigen ehemaligen Vertragsarbeiter*innen geschaffen, die noch in Deutschland lebten. Bis dahin waren die Aufenthalts- und Arbeitsbestimmungen derart erschwert worden, dass eine Niederlassung nur bei selbstständiger Arbeit möglich war, und es wurden Abfindungen bei einer Rückkehr nach Vietnam gezahlt.¹⁷ In den Städten machten sich viele ehemalige Vertragsarbeiter*innen mit Lebensmittelgeschäften, Imbissen und Blumenläden selbstständig. Die ökonomischen Netzwerke erstreckten sich von den neuen Bundesländern bis nach Polen, Tschechien und in die Slowakei, wo sich in größeren Städten Handelszentren ethnisiert Ökonomien etabliert hatten, bekannt als „Asia-Märkte“,¹⁸ an denen sich beispielsweise die Eröffnung des Dong-Xuan-Center in Berlin-Lichtenberg 2005 orientierte. Manche ehemaligen Vertragsarbeiter*innen zogen auch nach Westdeutschland und richteten sich unter den gegebenen Umständen ein. Hier zeigte sich, dass die gesellschaftlichen Kodierungen von Süd- und Nordvietnames*innen fortwirkten.¹⁹ So spielte und spielt bis heute in der Bezugnahme beider Gruppen untereinander die Unterscheidung in Nord- und Südvietnam beziehungsweise eine (anti)kommunistische Orientierung weiterhin eine Rolle. In Westdeutschland gibt es nach wie vor viel mehr vietdeutsche Vereine und buddhistische Gemeinden als in Ostdeutschland, die vorrangig auf Aktivitäten ehemaliger Boat People zurückgehen, im wiedervereinigten Deutschland aber auch vermehrt von ehemaligen Vertragsarbeiter*innen besucht wurden.²⁰

Im Kontext der Verunsicherung der ökonomischen Lebensgrundlagen in einer Gesellschaft, die

12 Vgl. Beth/Tuckermann (Anm. 5), S. 101; Sandra Gruner-Domic, Zur Geschichte der Arbeitskräftemigration in die DDR. Die bilateralen Verträge zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter (1961–1989), in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 32/1996, S. 204–240.

13 Schaland/Schmiz (Anm. 1), S. 9.

14 Vgl. Beth/Tuckermann (Anm. 5), S. 106 ff.

15 Vgl. ebd., S. 7.

16 Einen anschaulichen Einblick in den Alltag und das Leben der vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen geben neben den zitierten Arbeiten die Online-Dokumentationen unter www.sorge87.de und www.bruderland.de.

17 Vgl. den Dokumentarfilm „Bruderland ist abgebrannt“ von Angelika Nguyen, die eine persönliche Nähe zum Alltagserleben der ehemaligen Vertragsarbeiter*innen einfängt.

18 Vgl. Antonie Schmiz, Transnationalität als Ressource? Netzwerke vietnamesischer Migrantinnen und Migranten zwischen Berlin und Vietnam, Göttingen 2014; Gertrud Hüwelmeier, Socialist Cosmopolitans in Postsocialist Europe: Transnational Ties among Vietnamese in the Cold War Period and Thereafter, in: *Journal of Vietnamese Studies* 1/2017, S. 126–154.

19 Vgl. Phi Hong Su, There's No Solidarity, in: *Journal of Vietnamese Studies* 1/2017, S. 73–100.

20 Schaland/Schmiz (Anm. 1), S. 13.

sich scheinbar in Auflösung befand, waren die ehemaligen Vertragsarbeiter*innen auch mit einer gesellschaftlichen Atmosphäre konfrontiert, in der sie sich körperlich bedroht sahen. Die Transformationserfahrung stellte sie nicht in eine solidarische Gemeinschaft zu den anderen ostdeutschen Bevölkerungsgruppen. Vielmehr wurde ihre Anwesenheit als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wahrgenommen, wie es schon in den letzten Jahren der DDR immer stärker artikuliert worden war, und ihnen schlug offene Feindseligkeit entgegen.²¹ Insofern müsste vor allem aus einer viet-ostdeutschen Perspektive von einer verdichteten Transformationserfahrung gesprochen oder zumindest die Verschränkung von Transformation und Migration hervorgehoben werden. Die Beschreibungen der Transformationserfahrung und der Transformationsgesellschaft im Zuge der Deutschen Einheit beziehen sich in den diskursiven Setzungen zur Postwendezeit jedoch hauptsächlich auf jene (weiß) deutsche Bevölkerungsgruppe, die nach 1990 in den neuen Bundesländern blieben.²²

Die frühen Jahre der Deutschen Einheit waren spürbar davon geprägt, dass die einen sich wiedervereinigten und die anderen zu Anderen wurden.²³ Parallel zur Frage nach der nationalen Identität des nunmehr vereinigten Deutschland entspann sich eine politische Debatte um die Asylgesetzgebung.²⁴ Anlass war der Anstieg der Zahl der Asylsuchenden seit den 1980er Jahren, der in der globalen Umbruchsituation mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall Jugoslawiens nochmals stark an Tempo gewonnen hatte. Die starke emotionale Aufladung der Debatte schlug sich auch in Gewalt gegen gesellschaftlich konstruierte Andere nieder und kulminierte in den Ausschreitungen von Hoyerswerda vom 17. bis zum 23. September 1991 und Rostock-Lichtenhagen vom 22. bis zum 26. August 1992, als Rechts-extreme vor johlenden Menschenmengen Wohn-

heime für ehemalige Vertragsarbeiter*innen aus Vietnam und Asylbewerber*innen angriffen und die Polizei über mehrere Tage nicht effektiv einschritt. Während hier wie durch ein Wunder keine Menschen starben, wurden in Mölln am 23. November 1992 und in Solingen am 29. Mai 1993 bei Brandanschlägen auf Häuser, in denen Menschen türkischer Herkunft wohnten, 8 Menschen getötet und 26 zum Teil schwer verletzt. Zwischen 1990 und der Verabschiedung des „Asylkompromiss“ im Mai 1993, mit dem sich die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP mit der oppositionellen SPD auf eine das Asylrecht verschärfende Grundgesetzänderung einigten, wurden 27 Menschen aufgrund von rassistischer Gewalt getötet.²⁵

Jedoch nahm die rassistische Gewalt nicht erst mit der Wiedervereinigung zu, sondern war bereits vorher sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland eine Gefahr gewesen.²⁶ Allein mit Blick auf vietnamesische Opfer sind seit 1980 fünf Fälle bekannt, bei denen Menschen ermordet wurden oder an den Folgen eines rassistisch motivierten Angriffs starben.²⁷

VIETNAMESISCHE DIASPORA IN DEUTSCHLAND HEUTE

„Vietdeutsche“, „Vietnamesische Deutsche“, „Vosis“, „Deutsch-Vietnamesen“ – diese Begriffe verweisen auf wandelbare und fluide kontextbezo-

21 Hier sei auf die äußerst pejorative Bezeichnung „Fidschi“ für Menschen vietnamesischer Herkunft verwiesen, die sich bis heute im Alltagssprachlichen Gebrauch feststellen lässt. Vgl. Pamo Roth, Warum ich das nicht mehr hören will: „Fidschi“, 13. 11. 2008, www.belltower.news/warum-ich-das-nicht-mehr-hoeren-will-fidschi-30118.

22 Vgl. z. B. Ost Journal 5/2019: „Die Wende der Anderen“, www.ost-journal.de/ausgabe-5-die-wende-der-anderen.

23 Vgl. die Gedichte von May Ayim oder die Filme „Die Leere Mitte“ von Hito Steyerl von 1992 und „Die Mauer ist uns auf den Kopf gefallen“ von Diane Izabiliza von 2019.

24 Vgl. Patrice Poutrus, Umkämpftes Asyl: Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart, Berlin 2019.

25 Vgl. Frank Jansen et al., Interaktive Karte: Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland seit der Wiedervereinigung, 27. 9. 2018, www.tagesspiegel.de/23117414.html.

26 Siehe die Recherchen von Harry Waibel für den MDR zu rassistischer Gewalt in der DDR und der Vertuschung durch den Staat im Film „Schuld und Sühne“ (www.mdr.de/tv/programm/sendung767494.html) und die Kartierung ausländerfeindlicher Übergriffe in der DDR unter www.mdr.de/investigativ/rueckblick/exakt/die-story/map-eds-angriffe-ddr-vertragsarbeiter-100.html.

27 Nguyen Ngoc Chau, gestorben am 22. August 1980 in Hamburg nach einem Brandanschlag auf eine Unterkunft für geflüchtete Menschen; Do Anh Lan, gestorben am 31. August 1980 in Hamburg nach einem Brandanschlag auf eine Unterkunft für geflüchtete Menschen; Nguyen Van Tu, am 24. April 1992 in Marzahn erstochen; Phan Van Toan, angegriffen am 31. Januar 1997 am Bahnhof von Fredersdorf (Brandenburg) und drei Monate später in einer Rehabilitationsklinik an den Folgen gestorben; Pham Duy Doan, am 27. März 2011 in Neuss beschimpft, ausgeraubt und gequält und an den Folgen gestorben. Vgl. Nguyen Ngoc Chau und Do Anh Lan, o.D., <https://inhaltskestrasse.blackblogs.org/nguyen-ngoc-chau-und-do-anh-lan>; Nguyen Van Tu und Ingo Binsch: Von Nazis ermordet, 4. 10. 2018, Ingo Salmen, o.T., 2. 10. 2018, <https://leute.tagesspiegel.de/marzahn-hellersdorf/unter-nachbarn/2018/10/02/59762>; Jansen et al. (Anm. 25); Kien Nghi Ha, Rassismus Sucks. Eine Einleitung, in: ders. (Anm. 5), S. 9–22, hier S. 14.

gene Selbstbezeichnungen, um sich begrifflich in Deutschland einzurichten und die Erfahrungen der Diaspora zum Sprechen zu bringen. Dazu tragen viele Menschen an vielen Orten bei, und es sind vor allem die jungen Frauen der zweiten Generation mit vietdeutschen Bezügen, die sich offen und aktiv mit der eigenen Geschichte auseinandersetzen. Sie suchen den Dialog untereinander und reflektieren die Diversität ihrer Migrationsgeschichte sowie die Homogenität rassistischer Stereotype, denen sie begegnen.

2012 gab der Politikwissenschaftler Kien Nghi Ha den Band „Asiatische Deutsche – Vietnamesische Diaspora and Beyond“ heraus, der einen neuen Gesprächsraum für die Artikulierung asiatisch-diasporischer Erfahrungen in Deutschland über nationale Zugehörigkeiten hinweg ermöglichte und eine Verbreitung vietnamesisch-deutscher Perspektiven auf die eigene Geschichte in Deutschland, die gemeinsamen Erfahrungen mit anderen asiatisch gelesenen Menschen und anderen rassifizierten Communities ermöglichte. Der Hamburger Theaterregisseur Dan Thy Nguyen hat das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen entlang von Interviews in dem Theaterstück und Hörspiel „Sonnenblumenhaus“ inszeniert. Vanessa Vu, eine der „Top 30 unter 30“-Journalist*innen des „Medium-Magazins“ 2018, schreibt unter anderem für die „Zeit“ über Rassismus, Diskriminierung und die Geschichten der Vietnames*innen in der deutschen Diaspora. Sie produziert mit der Hörfunkjournalistin Minh Thu Tran den 2019 für den Grimme Online Award nominierten Podcast und das Community-Projekt „Rice and Shine“ über vietdeutsche Diaspora-Geschichten. Die Journalistin Nhi Le führt ihren eigenen Blog, in dem sie sowohl über ihren Alltag in der Diaspora und in Ostdeutschland als auch über ihre feministischen Analysen zu Popkultur schreibt.²⁸ Die Menschenrechtsaktivistin Thuy Nonnemann setzt sich seit Jahrzehnten für die Rechte und Interes-

sen von Geflüchteten und Migrant_innen ein und wurde 2013 mit dem Verdienstorden des Landes Berlin ausgezeichnet. Die Wissenschaftsjournalistin Mai Thy Nguyen erreichte mit ihrem Video „Corona geht gerade erst los“ auf Youtube sechs Millionen Ansichten.²⁹ Marcel Nguyen ist ein erfolgreicher Kunstturner, und Minh-Khai Phan-Thi eine bekannte Schauspielerin, Moderatorin und Regisseurin.

Sie alle und viele weitere Menschen mit vietnamesischen Herkünften und Bezügen zeugen von der Vielfalt im vereinten Deutschland. Zugleich verweisen sie darauf, dass 30 Jahre Deutsche Einheit nicht nur eine Geschichte der Pluralisierung ist, sondern auch eine der Kontinuität rassistischer Diskriminierung im post-national-sozialistischen Deutschland.

EPILOG

Ich schreibe hier als asiatisch-deutsche Person, die keinen eigenen explizit vietdeutschen Familienhintergrund hat, also über eine Geschichte der Migration, die nicht meine ist. Jedoch teile ich gerade in Zeiten der Corona-Pandemie eine gemeinsame Erfahrung mit anderen vietnamesisch-, japanisch-, koreanisch-, chinesisch-deutschen und asiatischen Menschen in Deutschland: den alltäglichen Rassismus in Form von kleinen Bemerkungen, Beschimpfungen, Verallgemeinerungen und offenen Anfeindungen auf der Straße.³⁰ Diese Erfahrung verweist auf eine rassistische Stereotypisierung, unabhängig von den persönlichen Migrationsgeschichten und geografischen Bezügen, und kann Menschen treffen, die in der dritten Generation in Deutschland leben, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Die Folge sind Ausschlüsse, die auch nach der Migration, der Ankunft und der Integration in Bildungsinstitutionen, in Arbeits- und Wohnungsmärkte, weiterhin bestehen und anhalten – und im Zuge der Corona-Pandemie offen stattfinden.

Mein Dank geht an all diejenigen, ohne deren Arbeiten und deren Wissen und deren Engagement dieser Artikel nicht möglich wäre.

NOA K. HA

ist Mitglied des Leitungsstabs des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) in Berlin, Referentin Community Engagement und Nachwuchsförderung.

ha@dezim-institut.de

²⁸ Siehe <https://nhi-le.de>.

²⁹ Vgl. mailLab, Corona geht gerade erst los, 2.4.2020, www.youtube.com/watch?v=3z0gnXgK8D0.

³⁰ Siehe den Hashtag #ichbinkeinivirus. Vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Coronavirus: Gehäufte Anfragen wegen Diskriminierungen bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Pressemitteilung, 12.2.2020, www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/20200212_Coronavirus.html; Rassismus in Corona-Zeiten: Integrationsbeauftragte beklagt Übergriffe, 23.5.2020, www.tagesschau.de/inland/rassismus-uebergriffe-deutschland-101.html.

DEUTSCH-DEUTSCHE IDENTITÄTEN IN DER NACHWENDEGENERATION

Daniel Kubiak

Beobachtet man den Markt der öffentlichen Debatten und Aufmerksamkeit, dann ist das Thema „Ostdeutschland“ in all seinen Facetten wieder zu einer wichtigen Größe geworden. Nach den Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien bei den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen im Herbst 2019 und ganz besonders nach dem politischen Debakel im Thüringer Landtag im Frühjahr 2020, als der FDP-Abgeordnete Thomas Kemmerich unter anderem mit Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, blickte die ganze Republik auf Ostdeutschland als Problemfall. Wenig später löste das Virus SARS-CoV-2 eine Pandemie aus, und als Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) im Zusammenhang mit den Eindämmungsmaßnahmen vor allem an die „besonderen Fähigkeiten“ der Ostdeutschen appellierte, verschob sich der Fokus der Aufmerksamkeit. Ostdeutsche wüssten mit Krisen umzugehen und hielten sich besonders vorbildlich, weil diszipliniert, an die Restriktionen.⁰¹ Das erinnerte sehr an die Diskussionen um die Ostdeutschen als „Avantgarde“ und „Pioniere der Prekarität“.⁰² Staatliche Einschränkungen, Autoritäts- und Mangelerfahrungen, der Umgang mit Krisen, Transformationskompetenz – immer wieder wird „den Ostdeutschen“ zugeschrieben, darauf besser vorbereitet zu sein.⁰³

Meist werden Ostdeutsche als kollektive Gruppe aufgerufen,⁰⁴ wenn es um negative Zuschreibungen geht.⁰⁵ Der Versuch von Ministerpräsident Haseloff, die Krisenerfahrungen „der Ostdeutschen“ positiv zu deuten, ist aber auch aus einer anderen Perspektive interessant, denn nicht alle Menschen, die in Ostdeutschland leben, haben auch DDR-Erfahrungen. Das betrifft die „Zugezogenen“ aus den alten Bundesländern, vor allem aber die „Nachwendegeborenen“, die heute in Ostdeutschland leben.

Letztere zeigten in den vergangenen Monaten öffentlichkeitswirksame Bestrebungen der Identitätsfindung und des politischen Aktivismus als

Ostdeutsche. So gründete sich nach der Europawahl 2019 die Initiative #wirsindderosten, die besonders erfolgreiche junge Ostdeutsche vorstellen wollte, die sich eindeutig gegen rechtsextremes Gedankengut stellen, sowie das linke Kollektiv „Aufbruch Ost“, das unter anderem eine Aufarbeitung der Geschichte der Treuhand fordert.⁰⁶ Beide Gruppen bestehen aus jungen Ostdeutschen, die Debatten über Ostdeutschland aktiv beeinflussen wollen. Nach den „alten westdeutschen Männern“, die in den ersten Jahrzehnten der Deutschen Einheit in Talkshows über ostdeutsche Befindlichkeit sprachen und mehrheitlich Chefredaktionen, Forschungsprojekte und Unternehmensvorstände leiteten,⁰⁷ sollen vermehrt auch junge Ostdeutsche die Perspektive auf den Osten prägen.

Solche Initiativen sind nicht neu. Es ist zu beobachten, dass ostdeutsche Generationenselbstbeschreibungen in einer Art Fünfjahresintervallen auftreten. 2002 beschrieb Jana Hensel mit ihrem Buch „Zonenkinder“ erstmalig die Generation der jungen Ostdeutschen, die als Kinder noch die DDR erlebten und im vereinten Deutschland groß wurden. Fünf Jahre später folgte Robert Ide mit seinem Buch „Geteilte Träume“. 2012 formierte sich, gefolgt von weiteren Selbstportraits,⁰⁸ die „3te Generation Ostdeutschland“, die vor allem für eine neue Form der Erinnerung eintrat.⁰⁹ Zum Ende des aktuellen Jahrzehnts melden sich nun die Vertreter*innen jener Alterskohorte zu Wort, die nicht mehr in der DDR geboren wurde, sich aber dennoch mit ihrer ostdeutschen Herkunft auseinandersetzt.¹⁰ Auch nach 30 Jahren Deutscher Einheit scheint die einstige Teilung in Ost- und Westdeutschland die junge Generation identitär zu prägen.

GENERATIONEN-TRANSFER

Valerie Schönian, die 1990 geboren wurde, beschreibt in ihrem Buch „Ostbewusstsein“, wie ihr journalistisches Interesse an ihrer eigenen ostdeutschen Identität bei ihren Verwandten auf Irritati-

on stößt. Was haben die jungen Menschen denn noch mit Ost und West zu tun? Interessant ist dabei, woran Ostdeutsch- und Westdeutschsein festgemacht wird. Wenn ein Leben in der DDR nötig ist, um ostdeutsch sein zu können, dann haben „Nachwendekinder“ keine ostdeutsche Identität mehr. Wenn aber der Raum Ostdeutschland nur als historisch-politischer (DDR) und geografischer Raum (neue Bundesländer) wahrgenommen wird, dann greift die Analyse zu kurz. Vielmehr ist Ostdeutschland ein diskursiver Raum, in dem gesellschaftliche Neuaushandlungen stattfinden.¹¹ Junge Ost- und Westdeutsche interagieren mit ihren Eltern, den Medien, politischen Entscheidungen, Bildungserfahrungen und Zuschreibungen, die der konstruierten sozialen Gruppe „Ostdeutsche“ gegenüber formuliert werden.

Die Annahme, dass Fragen der Identität in den späteren Generationen immer weniger relevant werden, ist ambivalent zu betrachten. Eine quantitative Studie der Otto-Brenner-Stiftung zur Nachwendegeneration zeigt, dass zwar nur 20 Prozent der jungen Ostdeutschen sich selbst als „Ostdeutsche“ bezeichnen, aber knapp 65 Prozent der Meinung sind, dass Herkunft aus

Ostdeutschland weiterhin eine Rolle im Alltag spielt.¹² Für die Westdeutschen fallen beide Werte mit 8 beziehungsweise 41 Prozent geringer aus. Diese Studie zeigt einerseits, dass es in einigen Kategorien unterschiedliche Einstellungen gibt. So sind die jungen Ostdeutschen etwas pessimistischer bei der Einschätzung der ökonomischen Situation. Andererseits werden auch gemeinsame, für einen demokratischen Staat eher erschreckende Einstellungen erkennbar. So stimmen etwa der Aussage, dass sie „lieber einen starken Führer als eine parlamentarische Demokratie und Wahlen“ hätten, junge Ost- und Westdeutsche mit 26 beziehungsweise 23 Prozent fast gleich stark zu.

Die Ost-West-Differenz bleibt auch für die Nachwendegeborenen eine Strukturkategorie, und sie wird es voraussichtlich noch einige Jahrzehnte bleiben. Empirisch ist nachweisbar, dass die ostdeutschen Bundesländer in so gut wie allen relevanten sozialstrukturellen Kennzahlen (Vermögen, Einkommen, Spitzenpositionen, Infrastruktur, Hauptsitz von DAX-Unternehmen) den westdeutschen Bundesländern noch immer unterlegen sind. Transformationsforscher*innen gehen davon aus, dass eine gesellschaftliche Transformation ungefähr 30 bis 50 Jahre andauert.¹³ Somit sind wir eher mittendrin im gesellschaftlichen Umbruch, den der Soziologe Steffen Mau als „ostdeutsche Frakturen“ bezeichnet.¹⁴ Dieser

01 Vgl. „Staatliche Autorität wird im Osten offenbar stärker akzeptiert“. Interview mit Ministerpräsident Reiner Haseloff, 31.3.2020, www.welt.de/politik/deutschland/article206922881.

02 Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen als Avantgarde*, Berlin 2002; Elena Buck/Jana Hönke, *Pioniere der Prekarität. Ostdeutsche als Avantgarde des neuen Arbeitsmarktregimes*, in: Rebecca Pates/Maximilian Schochow (Hrsg.), *Der „Ossi“*. Mikropolitische Studien über einen symbolischen Ausländer, Wiesbaden 2013.

03 Vgl. Raj Kollmorgen, *Was hat denn Corona mit der DDR zu tun?*, in: *Thüringer Allgemeine*, 8.4.2020, S. 3.

04 Vgl. Rogers Brubaker, *Ethnicity Without Groups*, Cambridge MA 2006.

05 Vgl. Thomas Ahbe/Rainer Gries/Wolfgang Schmale (Hrsg.), *Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990*, Leipzig 2009. Siehe auch Matthias Quent, *Sonderfall Ost – Normalfall West?*, in: Wolfgang Frindte et al. (Hrsg.), *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“: Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen*, Wiesbaden 2015; Kathleen Heft, *Kidsmord in den Medien. Eine Diskursanalyse ost-westdeutscher Dominanzverhältnisse*, Opladen u. a. 2020.

06 „Wir wollen ostdeutsche Systemkritik nach links verschieben“. *Aufbruch Ost* im Interview, in: *Ost Journal* 5/2019.

07 Vgl. Heinrich Best/Lars Vogel, *Politische Eliten im vereinten Deutschland. Strukturen, Einstellungen und Handlungsbedingungen*, in: Astrid Lorenz (Hrsg.), *Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der (Wieder-)Vereinigung*, Wiesbaden 2011, S. 120–152.

08 Vgl. Sabine Rennefanz, *Eisenkinder. Die stille Wut der Wendegeneration*, München 2013; Andrea H. Hünigler, *Das Paradies. Meine Jugend nach der Mauer*, Stuttgart 2011.

09 Vgl. Adriana Lettrari/Christian Nestler/Nadja Troi-Boeck (Hrsg.), *Die Generation der Wendekinder. Elaboration eines Forschungsfeldes*, Wiesbaden 2016; Judith C. Enders et al., *Fach- und Führungskräfte-mangel in Ostdeutschland. Eine qualitative Untersuchung der „Dritten Generation Ostdeutschland“*, Bielefeld 2013; dies./Mandy Schulze/Bianca Ely (Hrsg.), *Wie war das für euch? Die Dritte Generation Ost im Gespräch mit ihren Eltern*, Berlin 2016.

10 Vgl. Johannes Nichelmann, *Nachwendekinder. Die DDR, unsere Eltern und das große Schweigen*, Berlin 2019; Valerie Schönian, *Ostbewusstsein. Warum Nachwendekinder für den Osten streiten und was das für die Deutsche Einheit bedeutet*, München 2020.

11 Vgl. Sandra Matthäus/Daniel Kubiak, *Neue Perspektiven auf „den Osten“ jenseits von Verurteilung und Verklärung – eine Einleitung*, in: dies. (Hrsg.), *Der Osten. Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung*, Wiesbaden 2016, S. 1–15, hier S. 2.

12 Vgl. hier und im Folgenden Rainer Faus/Simon Storks, *Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten?*, *Otto Brenner Stiftung, OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration*, Frankfurt/M. 2019, S. 25, S. 28, S. 33.

13 Vgl. Raj Kollmorgen, *Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft*, Wiesbaden 2005.

14 Vgl. Steffen Mau, Lütten Klein, *Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*, Berlin 2019.

Umbruch ist ferner nicht mehr nur auf die DDR-Erfahrung zurückzuführen, sondern auch auf die Entwicklungen nach 1990 in Ostdeutschland. Aus diesem Grund ist die „Nachwendegeneration“ als Untersuchungseinheit so wichtig.

In meiner Dissertation habe ich die Alterskohorte der zwischen 1990 und 1995 Geborenen unter Berücksichtigung von Vertreter*innen aus den alten Bundesländern hinsichtlich ihrer Identität und Identifikation als junge Ost- beziehungsweise Westdeutsche mithilfe von Imitation Games und Gruppendiskussionen beforstet.¹⁵ Dabei ist weniger der „Inhalt“ der identitären Selbst- und Fremdzuschreibung interessant, sondern der Prozess, in dem die Fremdzuschreibung zu einer Selbstzuschreibung wird, also zu einer „sozialen Identität“.¹⁶ Ich habe dabei drei Thesen formuliert, wie diese langsame und fortschreitende Transformation der ostdeutschen, aber auch der gesamtdeutschen Gesellschaft sich auf die Selbstverortung der „Nachwendegeneration“ auswirkt, die ich im Folgenden skizzieren werde.

AMBIVALENTE SOLIDARITÄT MIT DER ELTERNGENERATION

Bei den Ostdeutschen der Nachwendegeneration wird eine ostdeutsche Identität unter anderem über die eigenen Eltern beziehungsweise die Elterngeneration und die Aushandlung mit ihr und ihrer Identität hergestellt.¹⁷ Der Bezug zu den Eltern erweist sich dabei vor allem als ambivalent. Einerseits gibt es einen hohen Grad der Solidarität mit den Eltern und deren Erfahrungen im gesellschaftlichen Umbruch. Erfahrungen der Arbeitslosigkeit, Herabstufung im Job und kultureller Umgewöhnung waren in den Familien präsent und berühren auch die Kinder in Bezug auf Zugehörigkeit. Die Teilnehmer*innen meiner Studie berichten von Vätern, die vom westdeutschen Chef entlassen wurden, von Müttern, die regel-

mäßig Hunderte Kilometer aus einer brandenburgischen schrumpfenden Stadt in der deutsch-polnischen Grenzregion in eine norddeutsche Metropole zurücklegten, um dort zu arbeiten. Sie berichten von Erzählungen ihrer Eltern über nicht anerkannte Bildungsabschlüsse und Erwerbsbiografien. Andererseits lehnen sie es ab, sich mit möglichen „ostalgotischen“ Aussagen der Eltern zu solidarisieren. Sie haben die DDR nicht erlebt und haben einen kritischen Blick auf dieses vergangene politische System. Die Mischung aus Solidarität mit den biografischen Erfahrungen und Ablehnung eines „Früher war alles besser“-Diskurses verteilt sich in den Aussagen sehr unterschiedlich, aber alle Teilnehmer*innen müssen sich dazu verhalten und finden eine Position zur DDR-Biografie ihrer Eltern. Ihre eigenen Erfahrungen mit Ostdeutschland beruhen dabei stark auf den Nachwendeerlebnissen. DDR-Geschichte spielt in ihren Erzählungen über das Ostdeutschsein nur am Rande eine Rolle.

Für die Westdeutschen der Nachwendegeneration ist die Westsozialisation durch ihre Eltern nahezu irrelevant. Eine Teilnehmerin berichtet zwar von den Migrationserfahrungen ihrer Eltern und Fragen von Anpassung, Integration und Diskriminierung aufgrund von religiösen Symbolen in der Schule, die sie beschäftigt haben. Aber dass sich Eltern um 1990 einheitsbedingt neu einrichten mussten, ist keine allgemein geteilte Familienerfahrung der Westdeutschen, sodass sie auch keine Position dazu einnehmen müssen.

ABWERTUNGSERFAHRUNGEN ALS KATALYSATOR DER IDENTIFIKATION

Junge Ostdeutsche reagieren stark auf Abwertungen und Pauschalisierungen von Ostdeutschland und Ostdeutschen. Angesprochen werden dabei die Darstellung der Ostdeutschen als rechts-extrem, eine einseitige mediale Berichterstattung sowie Witze über Ostdeutsche. Auch die schulische Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit wird kritisch diskutiert. Der Geschichtsunterricht ist demnach geprägt von Stasi, SED und Diktatur,¹⁸ während für Aspekte der Alltagskultur und -geschichte ihrer Meinung nach sehr viel weniger

15 Vgl. Harry Collins et al., *The Imitation Game and the Nature of Mixed Methods*, in: *Journal of Mixed Methods Research* 4/2017, S. 510–527; Siegfried Lamnek, *Gruppendiskussion. Theorie und Praxis*, Weinheim 2005.

16 Vgl. Richard Jenkins, *Social Identity*, London–New York 2008 (1996).

17 Siehe auch Pamela Heß, *Gleichförmig statt vielfältig: Die DDR im öffentlichen Erinnern*, in: *Matthäus/Kubiak (Anm. 11)*, S. 99–123; Hanna Haag, *Im Dialog über die Vergangenheit. Tradierung DDR-spezifischer Orientierungen in ostdeutschen Familien*, Wiesbaden 2017.

18 Siehe auch Sabine Moller, *Diktatur und Familiengedächtnis. Anmerkungen zu Widersprüchen im Geschichtsbewusstsein von Schülern*, 15.3.2011, www.bpb.de/54080.

Raum bleibt. In der Wahrnehmung der jungen Ostdeutschen wird der Osten Deutschlands ausnahmslos negativ konnotiert. Das deckt sich mit Forschungsergebnissen, die aufzeigen, dass der Osten in der medialen Berichterstattung fast immer dann begrifflich besetzt wird, wenn über ein Problem berichtet wird.¹⁹

In den Gruppendiskussionen findet bei den jungen Ostdeutschen eine Zugehörigkeit zum Ostdeutschsein spätestens in dem Diskurs über Abwertungen Zustimmung. Als Beispiel ist die Aussage einer Teilnehmerin der Gruppendiskussion in einer nordostdeutschen Großstadt zu nennen: „Ich weiß nicht, ich identifizier mich quasi nicht aktiv. Also ich sag nicht aktiv, hej ich bin aus dem Osten, aber quasi wenn es woanders kommt und wenn wer anderes sagt, das ist total scheiße. Dann denke ich mir schon, na ich bin ja schon von hier und ich weiß es ist anders. (...) Ich bin aus dem Osten und ich muss meine Heimat jetzt verteidigen (...)“

DER OSTEN ALS DAS „ANDERE“, DER WESTEN ALS DIE „NORM“

Auffällig in der Nachwendegeneration ist, dass die ostdeutsche Identität sehr schnell in den Aussagen der jungen Ostdeutschen sichtbar wird. So haben einige der Teilnehmer*innen in den ostdeutschen Gruppendiskussionen teilweise gleich zu Beginn nach der allgemeinen Frage zu „Identität“ Ostdeutschsein als einen wichtigen Aspekt der eigenen Identität angesprochen. In den westdeutschen Gruppendiskussionen hingegen wurde westdeutsche Identität über die gesamte Dauer als Selbstzuschreibung überhaupt nicht erwähnt. Stattdessen konnte nur über das eigene Westdeutschsein nachgedacht werden, in dem über die „Anderen“, die Ostdeutschen, gesprochen wurde. Während einerseits eine westdeutsche Identität abgelehnt wurde, gab es durchaus Aussagen und Zuschreibungen zu Ostdeutschen. Das Muster lautete meist, dass es eigentlich keine relevanten Unterschiede mehr in der Nachwendegeneration gebe, aber die Ostdeutschen hier und da ja schon besonders seien.

Diese Ungleichheit in der Benennung der Kategorien führe ich auf das „Othering“ von Ostdeutschen zurück, das sich daraus ergibt, dass

„westdeutsch“ als hegemoniale Norm angenommen wird und somit in den Zuschreibungen unsichtbar bleibt, während alle „Anderen“ immer wieder als soziale Gruppe thematisiert werden und somit auch sichtbar gemacht und bewertet werden können. Othering entstammt als Konzept der postkolonialen Theorie²⁰ und wurde bereits im Zusammenhang mit der deutschen Ost-West-Differenz untersucht.²¹ In meinen Daten findet sich auch eine kritische Reflektion dieses Otherings durch die Teilnehmer*innen selbst. Vor allem in der Gruppendiskussion in einer rheinländischen Großstadt wurde dieser Aspekt explizit angesprochen: „Ja, ich glaub halt auch, weil Westdeutschland immer noch als die Norm wahrgenommen wird. Und die Norm nimmt sich ja selbst nicht als besonders wahr. Das ist ja genauso wie weiß zu sein oder so. Wie häufig fällt einem das auf, dass man weiß ist. Wahrscheinlich sehr selten, wenn man sich in einem rein weißen Kontext bewegt. Und genauso denke ich mir ist das auch mit West- und Ostdeutschland.“

Durch die westdeutsche Dominanz im Diskurs über Differenz ergeben sich auch Analogien zu Gruppen, die im gesamtgesellschaftlichen Diskurs ebenfalls als „Anderer“ markiert sind. So scheint etwa bei der Verbindung von Aspekten der Identitäts- und Diskursforschung über Ostdeutschland mit der vielfältigen Forschung zu Mi-

20 Vgl. María do Mar Castro Varela/Nikita Dhawan, *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*, Bielefeld 2005; Edward Said, *Orientalism. Western Conceptions of the Orient*, London 2012 (1978). Zur Unsichtbarmachung des Westens vgl. Stuart Hall, *The West and the Rest. Discourse and Power*, in: ders./Bram Gieben (Hrsg.), *Formations of Modern Society: An Introduction*, Cambridge 1992, S. 275–331.

21 Vgl. Sandra Matthäus, „Der Osten“ als Teil „des Westens“ und „des Rests“. Eine unmöglich knappe Skizze der Potenziale Postkolonialer Theorien für eine Analyse „des Ostens“, in: *Femina politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 2/2019, S. 130–135; Heft (Anm. 5); Christiane Wilke, *Östlich des Rechtsstaats: Vergangenheitspolitik, Recht und Identitätsbildung*, in: Matthäus/Kubiak (Anm. 11), S. 169–193; Pates/Schochow (Anm. 2); Urmila Goel, *Westprivilegien im vereinten Deutschland*, in: *Telegraph* 120–121/2010, S. 8–15.

22 Vgl. Naika Foroutan et al., *Ost-Migrantische Analogien, Konkurrenz um Anerkennung*, Berlin 2019, www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Ost-Migrantische_Analogien/Booklet_OstMig_1_web.pdf.

23 Vgl. dies., *Die postmigrantische Gesellschaft, Ein Versprechen der pluralen Demokratie*, Bielefeld 2019.

24 Zum Begriff der „Kapitalien“ vgl. Pierre Bourdieu, *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital*, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten*, Göttingen 1983, S. 183–198.

19 Vgl. *Ostdeutschland in der Presse*, 12.5.2020, www.mdr.de/zeitreise/wer-braucht-den-osten-datenanalyse-der-osten-in-den-medien-100.html.

gration und Integration²² der Ansatz einer „post-migrantischen Gesellschaft“ hilfreich, um den Integrationsprozess der deutschen Gesellschaft pluraler fassen zu können. Genauso wie junge Ostdeutsche sind auch Vertreter*innen der zweiten und dritten „migrantischen“ Generation nie aktiv migriert und finden sich trotzdem in teilweise auch nur zugeschriebenen Prozessen der „Integration“ und „Identitätsdiffusion“ wieder.²³

So zeigt sich, dass für junge Ostdeutsche das Ostdeutschsein nicht nur deshalb relevant wird, weil sich sozioökonomische Unterschiede auch durch die regionale Herkunft erklären lassen und durch die Erwerbsbiografien und das Übertragen von Kapitalien der Eltern aus der DDR auf ihre Kinder,²⁴ die im vereinten Deutschland erfolgreich sein wollen, sondern eben auch durch ein Dominanzverhältnis, in dem Ostdeutschsein noch immer als Abweichung von der Norm wahrgenommen wird. Ostdeutsche bleiben im Ost-West-Verhältnis die „Anderen“.

FAZIT

Im Zuge des 30-jährigen Jubiläums von Friedlicher Revolution, Mauerfall und Beitritt der neuen Bundesländer wird die Debatte um die Ost-West-Differenzen wieder neu geführt. Viele alte Aspekte spielen dabei weiterhin eine Rolle, aber neue Stimmen sind hinzugekommen. In der Bundesrepublik als plurale Gesellschaft 60 Jahre nach dem Wirtschaftswunder, 55 Jahre nach den Anfängen der Einwanderungsgesellschaft, 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, fünf Jahre nach dem „Sommer der Migration“ und zu Zeiten einer grassierenden Pandemie ist es wohl angebracht, die Vielschichtigkeit der Gesellschaft anzuerkennen und alte Pfade, in denen nach kultureller Einheit gesucht wird, zu verlassen.

DANIEL KUBIAK

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung. daniel.kubiak@hu-berlin.de

euro|topics

30 Länder – 300 Medien – 1 Presseschau

Die euro|topics-Presseschau: Der tägliche Blick in europäische Kommentare aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur – in drei Sprachen.

www.eurotopics.net

BILDERSTÖRUNG

Fehlwahrnehmungen im deutschen Verständigungsprozess am Beispiel der Kunst

Karin Thomas · Rüdiger Thomas

2019 ließ sich in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ eine fast ausschließlich von Ostdeutschen ausgetragene Kontroverse über den Anteil der DDR-Bevölkerung an der Friedlichen Revolution verfolgen. Während der Soziologe Detlef Pollack von einem „Aufstand der Normalbürger“ sprach,⁰¹ der von einem erheblichen Teil der Bevölkerung getragen wurde, hob der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk die Rolle der Oppositionellen als Träger hervor.⁰² Die eindimensionale Verkürzung des einen wie des anderen Ansatzes dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass auch 30 Jahre nach dem Ende der DDR noch immer nicht zureichend zwischen der ostdeutschen Diktatur- und Gesellschaftsgeschichte unterschieden wird.

Bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 16,8 Millionen erscheint die Zahl der von der Staatssicherheit erfassten aktiven Oppositionellen gegenüber den zuletzt 2,3 Millionen SED-Mitgliedern, zu denen noch etwa 470 000 Mitglieder der vier „Blockparteien“ kamen, mit wenigen Hundert als verschwindend gering. Der sich daraus ergebende Schluss auf ein hohes Maß an Systemanpassung in der Bevölkerung lässt sich bei näherer Betrachtung in dieser Verallgemeinerung jedoch nicht aufrechterhalten. Die Bundesrepublik war für viele Menschen aus der DDR die „Beziehungsgesellschaft“ (M. Rainer Lepsius). Befragungen von Bürgern aus der DDR, die in der Bundesrepublik zu Besuch waren, erbrachten zwischen 1968 und 1990 unter anderem, dass 90 Prozent der DDR-Bürger über Jahrzehnte hinweg die Lebensbedingungen in der Bundesrepublik für besser hielten als die im eigenen Land. Außerdem „wollten bereits Ende der 70er Jahre zwei Drittel der DDR-Bevölkerung lieber in der Bundesrepublik leben“.⁰³

WAHRNEHMUNGSBLOCKADEN

Wer die Gesellschaftsgeschichte der DDR analysiert, kann sich nicht an der pauschalierenden Gegenüberstellung von Systemnähe und Opposition orientieren, sondern muss vor allem das in der Bevölkerung überwiegende Distanzverhalten differenziert in den Blick nehmen, das besonders in der jungen Generation seit Mitte der 1970er Jahre stark angewachsen war.⁰⁴ Für große Teile der DDR-Bevölkerung rückte im Widerspruch zur politischen Propaganda eines kollektivistisch gedeuteten „sozialistischen Menschenbildes“ die private Lebensgestaltung immer mehr in den Vordergrund. Der Staatssozialismus hatte seine Bürgerinnen und Bürger entgegen seinem Anspruch zunehmend privatisiert. Erst in einer gesellschaftsgeschichtlichen Perspektive lässt sich diese Fokussierung auf die individuelle Lebensgestaltung und die daraus resultierenden Autonomiepotenziale erkennen und würdigen.

Der Bürgerrechtler und Verleger Klaus Wolfgram stellt die „schlechten Umgangsformen der Denkkzettel-Demokratie“ in einen direkten Zusammenhang mit den heutigen Wahlerfolgen der AfD.⁰⁵ Den Hauptgrund sieht er in einer bereits 1992 erfolgten „Zerstörung der eigenen medialen Öffentlichkeit“, in deren Zuge der Westen die Regie in Rundfunk- und Zeitungsredaktionen übernommen habe: „Die Generalaussprache, das politische Bewußtsein, die soziale Erinnerung, alle Selbstverständigung, die sich eine ganze Bevölkerung gerade eben erobert hatte, verwandelte sich in Entmündigung und Belehrung.“⁰⁶ Neue Studien bestätigen ebenso den Befund, dass Eliten in Ostdeutschland weiterhin überwiegend aus Westdeutschen rekrutiert werden.⁰⁷ „Kaum Posten für den Osten“ resümiert der Soziologe Hol-

ger Lengfeld.⁰⁸ Die Journalistin Jana Hensel konstatiert zudem eine „Ossiphobie“ im Westen,⁰⁹ und Kowalczuk befindet bereits im Hinblick auf die erste frei gewählte Volkskammer 1990: „Herabwürdigung wurde zur Staatsräson.“¹⁰

Die gegenwärtige ostdeutsche Gesellschaft ist in ihren Mentalitätsstrukturen nicht allein aus ihrer DDR-Geschichtstradition zu erklären, sondern auch als Reflex auf die abwertende Einordnung durch eine westdeutsche Sichtweise, die als gesellschaftsspezifische Wahrnehmungsverzerrung charakterisiert werden kann. Der fehlende Respekt, den viele Ostdeutsche – zumal in den älteren Generationen – gegenüber ihren individuellen Lebensleistungen vermissen und empfinden, ist für die Distanzierung von westdeutschen Wahrnehmungsmustern ein entscheidender Grund. Um diesem Umstand zu begegnen, wäre es erforderlich, die Beiträge der Ostdeutschen zu einer gesamtdeutschen Geschichte angemessen zu würdigen und entsprechende politische Schlussfolgerungen zu ziehen.

Da die DDR als politische Diktatur auch ökonomisch gescheitert ist, rückt die Kultur in den Mittelpunkt einer solchen Betrachtung. In Zeiten der staatlichen Teilung Deutschlands wurde die „Einheit der deutschen Kultur“ als nationales Bindeglied verstanden. Diese gemeinsame Wahrnehmung wurde nach der Friedlichen Revolution bereits ab 1990 durch den „Literaturstreit“ sowie einen „Bilderstreit“ maßgeblich beeinträchtigt. Während der Literaturstreit vornehmlich um Christa Wolfs frühe, wenig belastbare Mitarbeit

für die Staatssicherheit geführt wurde,¹¹ rasch abebbte und mit der 1998 veröffentlichten Studie „Sicherungsbereich Literatur“ von Hans-Joachim Walther einen Abschluss fand, hat der Bilderstreit Jahrzehnte angehalten.¹²

BILDERSTREIT

Bereits kurz nach dem Mauerfall brach im Windschatten der Wiedervereinigungseuphorie ein Streit um den Stellenwert der unter den Bedingungen eines diktatorischen Regimes entstandenen Kunst aus. Der Künstler Georg Baselitz konstatierte im Juni 1990, dass auch im Westen bekannte, 1977 auf der Documenta 6 prominent präsentierte Künstler aus der DDR wie Bernhard Heisig oder Wolfgang Matheuer überhaupt keine Künstler seien. „Keiner von denen hat je ein Bild gemalt. Die haben an Wiederherstellungen gearbeitet, an Rekonstruktionen, aber nichts erfunden.“¹³ Im pauschalen Begriff der „Staatskultur“ hat sich der Vorbehalt gegenüber der Kultur in der DDR auf irritierende Weise verdichtet. Dabei wurde völlig außer Acht gelassen, dass die Kulturszenen in der DDR ein viel weiter gespanntes Spektrum aufwiesen, als im staatlich sanktionierten Kulturbetrieb sichtbar werden konnte.

Im Herbst 1990 markierte die Ausstellung „Bilder aus Deutschland“ in Köln, die ausschließlich der Sammlung Ludwig zugehörige Kunst aus der DDR präsentierte, mit einer Auswahl von 27 Künstlerinnen und Künstlern eine erste Gegenposition. Denn sie wies jenseits von politisch-moralischen Frontstellungen auch auf die zerfließenden „Grenzen zwischen Ost und West“ in den Werken der jüngeren Generation hin.¹⁴ Ein gesamtdeutscher Blick zeigte sich in den folgenden Jahrzehnten substantiell nur in wenigen Ausnahmen.¹⁵

01 Detlef Pollack, Historischer Irrglaube zur DDR. Es war ein Aufstand der Normalbürger, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 12.7.2019, S. 9.

02 Ilko-Sascha Kowalczuk, Eine Minderheit bahnte den Weg, in: FAZ, 15.7.2019, S. 9.

03 Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Baden-Baden 1999, Bd. VIII/1, S. 26.

04 Vgl. Walter Friedrich, Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR, in: APuZ 16–17/1990, S. 25–37.

05 Klaus Wolfram, Was war und zu welchem Ende kam die politische Energie der Ostdeutschen?, in: Abwärts!, 35.1.2020, S. 6.

06 Ebd., S. 4.

07 Vgl. Michael Bluhm/Olaf Jacobs, Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung, Leipzig 2016.

08 Holger Lengfeld, Kaum Posten für den Osten, 10.9.2019, www.bpb.de/296773.

09 Jana Hensel, Wie alles anders bleibt, Berlin 2019, S. 100.

10 Ilko-Sascha Kowalczuk, Die Übernahme, München 2019, S. 103.

11 Vgl. Thomas Anz (Hrsg.), „Es geht nicht um Christa Wolf“. Der Literaturstreit im vereinten Deutschland, München 1991.

12 Vgl. Rüdiger Thomas, Wie sich die Bilder gleichen. Ein Rückblick auf den deutsch-deutschen Literatur- und Bilderstreit, in: Deutschland Archiv 5/2007, S. 72–82.

13 „Ein Meister, der Talent verschmäh“. Interview mit Georg Baselitz, in: Art 6/1990, S. 70. Baselitz hat dieses Verdikt später zurückgenommen.

14 Christoph Tannert, „DDR-Kunst“ – letztes Kapitel, in: Bilder aus Deutschland. Kunst aus der DDR aus der Sammlung Ludwig. Malerei, Skulptur, Grafik, Josef-Haubrich-Kunsthalle, Köln 1990, S. 65.

15 Vgl. Karin Thomas, Kunst in Deutschland seit 1945, Köln 2002; Stephanie Barron/Sabine Eckmann (Hrsg.), Kunst und Kalter Krieg. Deutsche Positionen 1945–1989, Köln 2009. Diese

In der Rezeption von Kunst aus der DDR wurde häufig scharf zwischen einer staatsaffirmativen, von rückwärtsgewandtem Historismus getragenen Figuration und einer nonkonformistischen Abstraktion mit Anschlussbemühungen an die verdrängte Moderne unterschieden – eine Polarisierung, in der die spezifischen Lebenswelten von ostdeutschen Künstlern nach dem Mauerbau ebenso ausgeblendet wurden wie ihre sinnstiftende Rezeption in der DDR-Gesellschaft. Wie im Kalten Krieg blieben Abstraktion und Realismus in der westdeutschen Bewertung von ostdeutscher Kunst konfrontative Sprachformen, obwohl diese sich im Stilrepertoire der 1980er Jahre mit größter Selbstverständlichkeit ineinander verwoben hatten und eine auf subjektive Expressivität ausgerichtete Ästhetik hervorbrachten.

Als die Neue Nationalgalerie in Berlin im Rahmen einer Neuhängung ihrer Bestände 1993 Kunstwerke von Malern aus der DDR einbezog, die über den Staatlichen Kunsthandel der DDR in ihren Besitz gelangt waren, wurden wechselseitige Ressentiments offenkundig. Zu den Ausschlussforderungen westdeutscher Kritiker gesellten sich nun auch Vorbehalte aus der jüngeren ostdeutschen Kunstszene, die den Bildern von sogenannten Staatskünstlern wie Willi Sitte und Bernhard Heisig ein Qualitätspotenzial absprachen und gleichzeitig die Ausgrenzung von unangepassten Künstlern der jüngeren Generation monierten.¹⁶

Solche Tendenzen setzten sich fort, als 1998 der ostdeutsche Ausstellungsmacher Christoph Tannert zusammen mit 58 Personen aus der inoffiziellen Kunst- und Dissidentenszene offene Kritik an der Einbeziehung von Bernhard Heisig in die künstlerische Ausgestaltung der Parlamentsgebäude im Berliner Reichstag übte. Eine Gegeninitiative des Malers Hartwig Ebersbach, Heisig-Schüler und wesentlicher Akteur innerhalb der nonkonformistischen Kunstszene, führte

Ausstellung wurde bezeichnenderweise zuerst in Los Angeles, danach im Germanischen Nationalmuseum gezeigt. Zum Kontext vgl. Eckhart Gillen, *Feindliche Brüder. Der Kalte Krieg und die deutsche Kunst 1945–1990*, Bonn 2009.

16 Vgl. Klaus Werner, *Verdammt in alle Ewigkeit? Die Kunst geht weiter: der Formationsflug der Leipziger Maler in die Nationalgalerie*, in: FAZ, 25.5.1994, abgedruckt in: Karl-Siegbert Rehberg/Paul Kaiser (Hrsg.), *Bilderstreit und Gesellschaftsumbruch. Die Debatten um die Kunst aus der DDR im Prozess der deutschen Wiedervereinigung*, Berlin–Kassel 2013, S. 391 ff.

zu einer öffentlichen Austragung des Bilderstreits und lenkte den Konflikt über den Fall Heisig hinausgehend auf die eklatante Unterrepräsentanz ostdeutscher Künstler an diesem staatsrepräsentativen Projekt der „Kunst im Deutschen Bundestag“.¹⁷

Die Abwertung von Kunst aus der DDR kulminierte 1999 in der Weimarer Ausstellung „Aufstieg und Fall der Moderne“. Während die klassische Moderne in den Räumen des Schlosses inszeniert wurde, platzierten die westdeutschen Ausstellungsmacher mit eklatantem Dilettantismus die sogenannte Antimoderne in Gestalt von Nazikunst aus Hitlers nachgelassenen Beständen und Kunst aus der DDR unter dem gemeinsamen Dach einer ehemals zum Gauforum gehörenden Mehrzweckhalle. Auftragsarbeiten aus DDR-Staatsdepots mischten sich hier mit einzelnen Werken inoffizieller Provenienz in willkürlich dichter Hängung auf mit Packpapier bezogenen Wänden.

Jenseits solcher polemischen Auswüchse verlagerten sich die Kunstdebatten zunehmend auf die Wechselwirkungen zwischen Kunst und Gesellschaft in der DDR sowie auf historische Kontexte, die ost- und westdeutsche Kunst im Gefolge des Zivilisationsbruchs von Auschwitz gleichermaßen durchlebt hatten.

BILDERSUCHE CONTRA AUSGRENZUNG

Impulse gingen dazu 1997 von zwei Berliner Ausstellungen aus. Im Martin-Gropius-Bau unternahm die Berliner Ausstellung „Deutschlandbilder. Kunst aus einem geteilten Land“ unter der Regie von Eckhart Gillen erstmals die Sondierung von gemeinsamen Konflikthorizonten bei ost- und westdeutschen Künstlern vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte zwischen nationalsozialistischer Machtergreifung und Blockbildung im Kalten Krieg.¹⁸ Eine ausgewogene Proportionierung der Teilnahme zwischen ost- und westdeutscher Kunst erwies sich als schwierig angesichts gewachsener Animositäten aus dem

17 Vgl. Christoph Tannert et al., *Offener Brief*, 31.1.1998; Hartwig Ebersbach, *Offener Brief*, 20.2.1998, in: Rehberg/Kaiser (Anm. 16), S. 425 f.

18 Vgl. Eckhart Gillen (Hrsg.), *Deutschlandbilder. Kunst aus einem geteilten Land*, 47. Berliner Festspiele im Martin-Gropius-Bau, Berlin 1997.

Westen und Ausgrenzungsvorwürfen ostdeutscher Künstler. Zeitgleich zeigte das Deutsche Historische Museum „Boheme und Diktatur in der DDR“.¹⁹ Nach der Zwangsausbürgerung von Wolf Biermann im November 1976 hatte sich eine vielgestaltige Nischenkultur mit künstlerischem Eigensinn etabliert, deren gemeinsamer Motivationshorizont im „Ausstieg aus dem nicht mehr sinnstiftenden System“²⁰ bestand. Während sich die offizielle Kunst auf die kanonisierten Disziplinen Malerei, Plastik und Grafik festlegen ließ, entfaltete sich in dieser subkulturellen Szene als Ausdruck des „Authentischen“ ein Sprachrepertoire im vielschichtigen Medienverbund.

2003 kam die Neue Nationalgalerie vornehmlich den Erwartungen in den ostdeutschen Bundesländern entgegen. Ihre umfassende Retrospektive „Kunst in der DDR“ zielte darauf, das inzwischen vielfach abgewertete künstlerische Erbe der DDR zu rehabilitieren. Die Kuratoren Roland März und Eugen Blume trugen rund 400 Exponate von 145 Künstlern aus allen Regionen und Zeitspannen zwischen 1946 und 1990 zusammen, darunter viele Werke, die in der DDR unter Verschluss gehalten worden waren. Ihre Intention richtete sich darauf, die ausgewählte Kunst den Niederungen politischer Instrumentalisierung zu entziehen und – angelehnt an die Sichtweise der Moderne – einen Kanon zu bilden. Die Ausstellung fand in Berlin große Resonanz, während das Gastspiel in Bonn deutlich geringeren Anklang fand. Diffuse Ressentiments, die ihre Wurzeln in den wirtschaftlichen Problemen und mentalen Differenzen des Vereinigungsprozesses hatten, behinderten im Westen eine vorurteilsfreie Rezeption von Kunst aus der DDR.

Diese Tendenz schlug sich auch in der rückläufigen Wertschätzung von staatlich approbierter Kunst aus der DDR nieder, die das Aachener Sammlerehepaar Ludwig seit 1977 nach der Documenta 6, an der auch sechs von der DDR bestimmte ostdeutsche Künstler teilgenommen hatten, über den Staatlichen Kunsthandel in erheblichem Umfang erworben und seinen Vertragsmuseen eingegliedert hatte. Die 1983 zum Zentrum der Kunst-

bestände aus der DDR avancierte Ludwig Galerie Schloss Oberhausen blieb in der westdeutschen Kunstlandschaft ein Fremdkörper. Ihr Versuch, 2006 mit einer Ausstellung aus der Sammlung Ludwig ost- und westdeutsche Kunst „gleichberechtigt auf einer Augenhöhe“ aus ihren künstlerischen Traditionen zu legitimieren,²¹ fand kaum Aufmerksamkeit, weil die politischen Verwerfungen der deutschen Nachkriegsgeschichte nicht genügend konkretisiert wurden. Niemand regte sich in der rheinischen Kunstszene auf, als Oberhausen seine umfangreiche ostdeutsche Kollektion an Bildern und Skulpturen in das Museum der bildenden Künste Leipzig und das Konvolut an grafischen Blättern in das Depot des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg transferierte.

Wie sehr die Kunst aus der DDR in der westdeutschen Wahrnehmung ins Abseits geraten war, zeigte sich in der von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 30. April 2009 eröffneten und staatlich mitfinanzierten Ausstellung „60 Jahre 60 Werke Kunst aus der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 2009“, die ostdeutsche Kunst grundsätzlich ausklammerte. Aus naheliegenden Gründen sollte der Staat DDR in diesem bundesdeutschen Jubiläumsjahr nicht in Erscheinung treten. Aber auch die aus der DDR-Gesellschaft hervorgegangene Kunst, die sich nicht mit dem SED-Regime identifizierte, blieb von dieser Ausstellung ausgeschlossen.

NEUE IMPULSE

Im Unterschied zum westdeutschen Desinteresse an der Kunst aus der DDR holten ostdeutsche Museen zunehmend ihre Bestände aus den Depots und unterzogen die Offizialkunst gleichermaßen wie die regionalen Gegen- und Nischenkulturen einer diskursiven Sichtung.²²

Der jahrelange Stillstand im deutsch-deutschen Verständigungsprozess über die Kunst aus

¹⁹ Vgl. Paul Kaiser/Claudia Petzold (Hrsg.), *Boheme und Diktatur in der DDR. Gruppen Konflikte Quartiere 1970–1989*, Deutsches Historisches Museum, Berlin 1997.

²⁰ Christoph Tannert, *Seid Kunst im Getriebe*, in: *Der Tagespiegel*, 3.9.1997, abgedruckt in: Rehberg/Kaiser (Anm. 16), S. 434.

²¹ Bernhard Mensch/Peter Pachnicke (Hrsg.), *Deutsche Bilder aus der Sammlung Ludwig*, Ludwig Galerie Schloss Oberhausen, Oberhausen 2006, S. 7.

²² Vgl. Frank Eckhardt/Paul Kaiser (Hrsg.), *Ohne Uns! Kunst & alternative Kultur in Dresden vor und nach '89*, Dresden 2009; Karl-Siegbert Rehberg/Wolfgang Holler/Paul Kaiser (Hrsg.), *Abschied von Ikarus. Bildwelten in der DDR neu gesehen*, Weimar 2013; Deutsche Gesellschaft e.V./Künstlerhaus Bethanien (Hrsg.), *Gegenstimmen. Kunst in der DDR 1976–1989*, kuratiert von Eugen Blume und Christoph Tannert, Martin-Gropius-Bau, Berlin 2016; Ortrud Westheider/Michael Philipp (Hrsg.), *Hinter der Maske. Künstler in der DDR*, Museum Barberini, Potsdam 2017.



Abbildung: Vor Mattheuers Gemälde „Die Ausgezeichnete“ im Dresdner Albertinum, aufgenommen von Evelyn Richter 1975.
© Evelyn Richter Archiv der Ostdeutschen Sparkassenstiftung im Museum der bildenden Künste Leipzig, Foto: Herbert Boswank, Staatliche Kunstsammlungen Dresden.

der DDR erhielt erst durch die vielstimmigen Analysen eines Forschungsprojekts an der Technischen Universität Dresden innovative Impulse. In einer von dem Soziologen Karl-Siegbert Rehberg und dem Kulturwissenschaftler Paul Kaiser 2013 herausgegebenen Publikation zeichnet sich der Blick auf die sozialen Implikationen von Utopie, Irritation, Resignation, Rückzug und Ausbruch hinter den Werken als Voraussetzung eines genuinen Verstehens ab. Der Bilderstreit erweist sich hier in seinen Missverständnissen und Verwerfungen als Reflex auf die Probleme der Wiedervereinigung.²³

2019 suchten 30 Jahre nach dem Mauerfall eine ost- und eine westdeutsche Ausstellung nach Neubewertungen von Kunst aus der DDR. Die Ausstellungen „Utopie und Untergang“ im Kunstpalast Düsseldorf und „Point of No Return“ im Museum der bildenden Künste Leipzig hatten zwar unterschiedliche Auswahlkriterien für ostdeutsche Kunst, trafen sich aber in der Intention, die ausgestellten Werke aus politischen Polarisierungen zu lösen sowie ihre ästhetischen Qualitäten und Besonderheiten hervorzuheben.²⁴ Doch war die Düsseldorfer Ausstellung mit 13 Künstlern aus allen Phasen der DDR-Geschichte von einer Blickbeschränkung bestimmt, die gesellschaftliche Befindlichkeiten und Milieus nur spurenweise erkennen ließ.

Die wesentlich weiter dimensionierte Leipziger Ausstellung überraschte ihr Publikum mit zahlreichen unbekanntem Exponaten, die jeweils mit individueller Sprachgestik sehr viel über individuelle Befindlichkeiten vor und nach der revolutionären Wende auszusagen vermochten. Die Kuratoren Paul Kaiser und Christoph Tannert trugen im Leipziger Bildermuseum ein breites Spektrum an gegenkulturellen und inoffiziellen Positionen zusammen.

23 Vgl. dazu umfassend Rehberg/Kaiser (Anm. 16).

24 Vgl. Steffen Krautzig (Hrsg.), *Utopie und Untergang. Kunst in der DDR*, Kunstpalast, Düsseldorf 2019; Paul Kaiser/Christoph Tannert/Alfred Weidinger (Hrsg.), *Point of No Return. Wende und Umbruch in der ostdeutschen Kunst*, Museum der bildenden Künste, Leipzig 2019.

25 Vgl. Gabriele Muschter/Rüdiger Thomas (Hrsg.), *Jenseits der Staatskultur. Traditionen autonomer Kunst in der DDR*, München 1992.

26 Zuerst 1977/78 in der halleschen Galerie Roter Turm. Siehe Andreas Hüneke et al. (Hrsg.), *Medium Fotografie*, Leipzig 1982³, S. 187.

27 Vgl. die Rezension von Ilko-Sascha Kowalczyk vom 19.12.2018 unter www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-27653.

Sie machten damit ablesbar, dass deren Gesamtheit den Boden bereitete, auf dem sich dann im Umfeld der „Wende“ politische Initiativen, Programme der Selbstbehauptung und Aufbrüche differenzierten. Sie hätte auch den Westdeutschen neue Perspektiven auf ostdeutsche Mentalitäten „jenseits der Staatskultur“²⁵ erschließen können.

SCHLUSS

Kaum ein Bild hat die mentale Disposition vieler Menschen, die in der DDR lebten, so anschaulich ausgedrückt wie Evelyn Richters Foto, das vor Wolfgang Mattheuers Werk „Die Ausgezeichnete“ (1973) im Albertinum 1975 entstand (*Abbildung*). Schon Mattheuer hatte das sozialistische Wettbewerbspflicht in Melancholie zurückverwandelt und damit das utopische Potenzial des SED-Staates entscheidend relativiert. Evelyn Richters Museumsbesucherin hat dem Gemälde den Rücken gekehrt – eine signifikante Abwendung mit dem subtilen Mittel einer Fotografie. Es wurde in der DDR nur wenige Male öffentlich gezeigt, erlangte aber eine sinnbildliche Erzählfähigkeit, in der sich ein vielschichtiges Bild von der ostdeutschen Lebenswirklichkeit verdichtet hat.²⁶

2018 hat Gerd Dietrich eine umfassende „Kulturgeschichte der DDR“ in drei Bänden veröffentlicht – ein Standardwerk, in dem die ganze Spannweite der bildenden Kunst aus der DDR in einer kultursoziologischen Perspektive berücksichtigt wird.²⁷ Die wissenschaftliche Biografie ihres Autors, die im Institut für Marxismus-Leninismus beginnt, sich in der Akademie der Wissenschaften der DDR fortsetzt und in der leitenden Mitarbeit im Unabhängigen Historikerverband ihre Selbstverständigung abschließt, ist ein Lehrstück. Das individuelle Leben ändert sich ebenso wie das gesellschaftliche Bewusstsein. Dies zu erkennen und mentalitätsgeschichtlich anzuerkennen bleibt ein Erfordernis an die westdeutsche Gesellschaft. Andernfalls werden wir die vielfältigen Bilderstörungen nicht überwinden.

KARIN THOMAS

ist Kunsthistorikerin und Autorin.
krthomas@t-online.de

RÜDIGER THOMAS

ist Historiker, Publizist und Redakteur.
krthomas@t-online.de

Unterwegs und überall.

APuZ als E-Book oder PDF herunterladen
und in über 500 Ausgaben lesen, suchen, markieren ...

bpb.de/
shop/apuz



Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. Juni 2020

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel (verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Frederik Schetter (Volontär)
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.

APuZ
Nächste Ausgabe
30–32/2020, 20. Juli 2020

„WIR
SCHAFFEN
DAS“



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz